

Nº 88 Herbst 2023
Euro 10,-

Streifzüge



Die Sprache ist von solcher Fatalität durchdrungen, dass sie in erster Linie jede grundsätzliche Infragestellung des Warensystems lähmt.

Raoul Vaneigem

INHALTSVERZEICHNIS

FRANZ SCHANDL	3
Im Käfig der Sprache	
LORENZ GLATZ	13
Montagehöhlen des Krieges	
NIKOLAUS DIMMEL	16
Tote Pferde kann man nicht reiten	
FRANZ NAHRADA	18
Globale Dörfer	
HENDRIK WALLAT	23
Die Progressiven	
PETER KLEIN	29
Nachsommer der wehrhaften Demokratie	
EMMERICH NYIKOS	37
Leviathan als Famulus	
STEFAN MERETZ	44
Demokratischer Arbeitszwang	
HERMANN ENGSTER	46
Märchenunglück	
PETRA ZIEGLER	52
Bodenlos	

Sich zu positionieren, ist ein durchaus berechtigtes Anliegen. Allerdings vergiftet der Zwang unmittelbar Stellung beziehen zu müssen, das Gesprächsklima doch beträchtlich. Insbesondere das Bekenntnis zur Wertegemeinschaft, also zur Gemeinschaft des Werts, schmeckt uns gar nicht: da die liberale Demokratie und dort die Autokraten und Terroristen, da die Wissenschaft, dort Verschwörungstheorien und Querdenkertum. Diese Sucht nach Identifikation ist unsere Sache nicht. Das (Des-)Informationsgemenge, dem wir ausgesetzt sind, ist erschreckend, aber wuchtig. Viele Debatten wirken daher beängstigend und beklemmend, haben kaum analytischen Gehalt und noch weniger befreienden Charakter.

Covid, Ukraine, Israel-Palästina, das sind aktuelle Themen, die allemal eher vorsichtige als überzeugte Statements nahelegen. Es geht nach wie vor um den Abbau der Fronten, nicht um die Besetzung der Schützengräben. Wichtiger als schnelle Antworten zu liefern, ist es die richtigen Fragen zu stellen. Trotz aller infrastrukturellen Defizite: Wir tasten uns voran. Sich nicht irre machen zu lassen in dieser immer mehr aus den Fugen geratenden Welt, ist wichtig, wollen wir nicht im molekularen Bürgerkrieg enden.

Wir bitten um Geduld und wie immer um Unterstützung. Apropos Defizite und alles andere als nebenbei: Während die Einnahmen stagnieren, steigen unsere Ausgaben (Druck und Versand) kontinuierlich. Das geht sich auf Dauer nicht aus. Sobald die Rücklagen aufgebraucht sind, wird es für die *Streifzüge* eng, sehr eng. Wir bitten dem abzuhelpfen.

Franz Schandl

Vorschau

Streifzüge 89 · Frühling 2024

Streifzüge 90 · Herbst 2024

Franz Schandl

Im Käfig der Sprache

„Die Sprache ist von solcher Fatalität durchdrungen,
dass sie in erster Linie jede grundsätzliche
Infragestellung des Warensystems lähmt.“
(Raoul Vaneigem, *Buch der Lüste*)

Wir verstehen uns nicht blind, wir verstehen uns sprechend. Zu sprechen oder nicht zu sprechen, steht uns nicht frei. Wenn wir etwas wollen oder ablehnen, begehren oder verneinen, müssen wir sprechen. Explizit machen heißt sprechen, das zu Sagende auszuformulieren und festzuhalten. Sprechen heißt in den allermeisten Fällen, etwas zu verbalisieren. Impliziten Deutungen sind in unserer komplexen Ordnung engere Grenzen gesetzt, als dies in archaischen und älteren Zusammenhängen der Fall gewesen ist. Wir müssen ganz einfach sprechen und auch schreiben und lesen, um miteinander kommunizieren zu können. Wir sind explizit auf das Wort und den Satz, den Text angewiesen. Die Sprache ist Ausdruck des Bewusstseins und das Bewusstsein ist Ausdruck der Sprache, sie gehen ineinander über, bezeichnen nur unterschiedliche Aspekte ein und desselben, ohne dass das eine das Ursprüngliche und das andere das Folgende wäre. Sprache und Bewusstsein sind nicht zu trennen. Da nimmt nicht das eine auf das andere Bezug, schon gar nicht hintereinander, sondern das eine und das andere sind untrennbar verwoben.

Sprechen und entsprechen

Martin Heidegger schreibt: „Dies alles vermögen wir nur, wenn wir vor der anscheinend immer nächsten und allein als dringlich erscheinenden Frage: Was sollen wir tun, dies bedenken: *Wie müssen wir denken?* Denn das Denken ist das eigentliche Handeln, wenn Handeln heißt, dem Wesen des Seins an die Hand gehen. Dies sagt: dem Wesen des Seins inmitten des Seienden jene Stätte bereiten (bauen), in die es sich und sein Wesen zur Sprache bringt. Die Sprache gibt allem Überlegewollen erst Weg und Steg. Ohne die Sprache fehlt jedem Tun jede Dimension, in der es sich umtun

und wirken könnte. Sprache ist dabei niemals erst Ausdruck des Denkens, Fühlens und Wollens. Sprache ist die anfängliche Dimension, innerhalb deren das Menschenwesen überhaupt erst vermag, dem Sein und dessen Anspruch zu entsprechen und im Entsprechen dem Sein zu gehören. *Dieses anfängliche Entsprechen*, eigens vollzogen, ist das Denken. Denkend lernen wir erst das Wohnen in dem Bereich, in dem sich die Verwindung des Seinsgeschickes, die Verwindung des Gestells, ereignet. Das Wesen des Gestells ist die Gefahr. Als die Gefahr kehrt sich das Sein in die Vergessenheit seines Wesens von diesem Wesen weg und kehrt sich so zugleich gegen die Wahrheit seines Wesens. In der Gefahr waltet dieses noch nicht bedachte Sichkehren. Im Wesen der Gefahr *verbirgt* sich darum die Möglichkeit einer Kehre, in der die Vergessenheit des Wesens des Seins sich so wendet, dass mit *dieser* Kehre die Wahrheit des Wesens des Seins in das Seiende eigens einkehrt.“ (Die Technik und die Kehre, Pfullingen 1962, S. 40)

Entsprechen durch Sprechen ist Grundlage der Affirmation. Praktisch sowieso, aber ebenso auf geistiger Ebene. Die Frage „Wie müssen wir denken?“, die stellen nicht *wir*, sie stellt sich *uns*. Resultate gleichen Vollzügen, nicht Vorhaben. Freiheit kommt auch hier selten über die Einsicht in die Notwendigkeit hinaus. Eine Frage wird uns gestellt, auf dass wir sie beantworten. Sie hat impliziten Charakter, entsprechende Haltungen wie Handlungen sind die Konsequenz. Meist reicht Erfahrung, um das zu erledigen, was ansteht. Daher führt Heidegger dieses Handeln auch als Entsprechen und Vollzug aus. Mündigkeit ist vollzogene Hörigkeit. Man weiß vielleicht nicht, was man sagt, aber man weiß ziemlich sicher, was man zu sagen hat. Dieses Denken kommt über das Nach-

denken nicht hinaus, weil dieses völlig Genüge tut. Dieses Entsprechen ist ohne Widersprechen. Weg und Steg verlaufen schon, sie markieren, drängen uns dorthin, wo wir schon sind. Wir laufen also im Kreis. Tatkräftige Übereinstimmung vollzieht sich in Bewusstsein und Sprache durch Handeln. Wir denken kaum „Wie denken wir?“. Meist wird das Servierte neu serviert, das Gedachte abermals gedacht, das Geschriebene noch einmal geschrieben. Insofern sind digitale Algorithmen durchaus Konkurrenz und Ersatz analoger Konvention oder vielleicht auch deren adäquate Vollendung.

Meist wird das Servierte neu serviert,
das Gedachte abermals gedacht,
das Geschriebene noch einmal geschrieben.

„Das sprachliche Wesen der Dinge ist ihre Sprache; dieser Satz auf den Menschen angewandt, besagt: das sprachliche Wesen der Menschen ist seine Sprache. Das heißt: Der Mensch teilt sein eignes geistiges Wesen *in* seiner Sprache mit. Die Sprache des Menschen spricht aber in Worten. Der Mensch teilt also sein eignes geistiges Wesen (sofern es mittelbar ist) mit, indem er alle anderen Dinge *benennt*.“ (Walter Benjamin, *Über Sprache überhaupt und über die Sprache des Menschen* (1916). Gesammelte Werke I, Frankfurt am Main 2011, S. 208) Sprache ist *Konkretion durch Abstraktion*, ein Vorgang, der sich immer wieder zwangsläufig im Sprechen und Hören, Schreiben und Lesen synthetisiert. Ihre Zulässigkeit ist nicht Gegenstand der Verhandlung. Im Gegenteil, Sprache ist vorausgesetzt, ja *vorgesetzt*. Ihr Modus ist die ständige Reprise. Ihr Code mag verletzbar sein, ersetzbar ist er nicht. Zumindest noch nicht. Die herrschende Sprache ist die Sprache *des* Herrschenden. Sie wird nicht nur gelehrt in Bildungseinrichtungen von den Volksschulen bis zu den Universitäten, sie wird auch unablässig reproduziert durch das ökonomische, mediale und politische Geschehen, vor allem in seinen kulturindustriellen Dimensionierungen. Ihre Präsenz ist eine Omnipräsenz. Ihre Sätze und Redewendungen, ihre Phrasen und Begriffe setzen sich durch ständiges Wiederholen und Abspulen in Szene und somit auch durch. Es wird *so* geredet, also reden wir *so*.

Wir trainieren, ohne eigens zu üben. Diese Gewöhnung in Permanenz prägt uns und wir können nur mit großer Anstrengung und Mühe aussteigen, wenn überhaupt. Es gilt also, *so* zu sprechen und *so* zu schreiben, erstens, um subjektiv den

Anschluss zu wahren, und zweitens, um objektiv den Anschluss immer wieder zu bestätigen. Zugehörigkeit, also Hörigkeit, ist obligat. Der Einzelne konstituiert sich als treues Glied der Sprachgemeinschaft und die Sprachgemeinschaft konstituiert sich wiederum über diese Treue stets aufs Neue. Es ist der Prozess einer praktizierten Affirmation, die nicht einmal auf Zustimmung oder gar Bekenntnis angewiesen ist. Jene vollzieht sich synthetisch hinter dem Rücken bornierter Akteure. Normative Schreibweisen und Redewendungen sind elementar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Betätigung meint Bestätigung. Von Staaten und Gesellschaften, die sich eben *eine* Sprache zugelegt haben, wird das auch vorausgesetzt, ohne es wirklich regulieren oder gar verordnen zu müssen. Diese Sprache manifestiert sich nicht nur, sie multipliziert sich in den Äußerungen des Alltags, in Geschäft und Schule, Politik und Freizeit. Und die Digitalisierung hat diese Multiplikationen noch einmal potenziert.

„Die Sprache der Autorität regiert immer nur dank der Kollaboration der Regierten, das heißt mit Hilfe sozialer Mechanismen zur Produktion jenes auf Verknennung gegründeten Einverständnisses, das der Ursprung jeder Autorität ist.“ (Pierre Bourdieu, *Was heißt sprechen? Zur Ökonomie des sprachlichen Tauschs* (1982). Mit einer Einführung von John. B. Thompson. Übersetzt von Hella Beister. 2. erweiterte und überarbeitete Auflage, Wien 2005, S. 107) Anders ginge es gar nicht; jede Kommunikation würde misslingen. Und diese Kollaboration ist eine, die nicht nur *über* die Sprache erfolgt, sondern die *in der* Sprache bereits angelegt und vorgegeben ist. Der große ideelle Hegemon ist die gemeinsame Sprache. Sie ist Ausdruck des determinierenden Regulativs. Kein Bereich wird verschont. Verständnis setzt Einverständnis. Dieses Einverständnis ist keine Frage der Entscheidung. Im Normalfall ist hier nichts zu scheiden, sondern einzulösen. Die gesellschaftlichen Bedeutungen des Vokabulars sind vorgegeben, nur bedingt formbar. Jeder Zugriff auf ein Wort ist ein Zugriff des Wortes auf den Nutzer. „Die Sprache muss zwangsläufig immer auch Code sein. Stets muss sie Terme (als Elemente von Mengen) aufstellen und praktisch eindeutige (mengenlogische und mengenbildende) Relationen zwischen ihnen definieren, also eine identitätslogische Dimension von Eindeutigkeit umfassen und instituiieren.“ (Cornelius Castoriadis, *Gesellschaft als imaginäre Institution. Entwurf einer politischen Philosophie*. Übersetzt von Horst Brühmann (1975); Frankfurt

am Main 1990, S. 400) Jede Bezeichnung setzt *etwas für etwas anderes*. Die Verwandtschaft mit dem Tausch ist offensichtlich. Identitäten werden behauptet, und wenn viele diesen Identifizierungen folgen, dann werden daraus Identifikationen. Der Gegenstand assoziiert sich nicht bloß, er *bestimmt sich uns als solcher*. Sprache ist apodiktisch. Das Sich-Durchsetzende erscheint (wie könnte es anders sein) als Regel und Gesetz. Diesen Worten sind wir verpflichtet, daher pflichten wir bei, sind ihre Advokaten. Es ist ein symbiotisches Verhältnis, das scheinbar alles Ambivalente negiert, eine eherne Zusammengehörigkeit, die einfach als gegeben und nicht als sozial konstituiert erachtet wird.

Das unbedingte Bedingte ist sie. Sprache setzt sich als unbedingt, obwohl sie bloß bedingt verwendbar ist. Sie ist also nicht für dieses und jenes geschaffen, sondern sie ist die Präformation des Gesagten. Sie greift ontologisierend ein, indem sie ihre Termini nicht nur territorial, sondern auch temporal erweitert, nach hinten wie nach vorn ausgreift. Ihre Gegenwart hält sie für allgegenwärtig. Auch übersetzen können wir lediglich etwas in der und in die uns zur Verfügung stehende Sprache. Doch wer sagt, dass diese dem angesprochenen Inhalt adäquat ist? Durch unsere Begriffe und Vorstellungen zwingen wir das zu Betrachtende mit schierer Gewissheit in ein Korsett, das dem Gegenstand überhaupt nicht zuträglich sein muss. Außerhalb ihres Anwendungsgebietes beginnen diese Termini zu wildern, sie sind eigentlich nicht kompatibel, tun aber so. Je weiter etwas entfernt

ist, zeitlich (wie örtlich), desto mehr Zweifel sind angebracht. Wenn wir Aristoteles oder die Edda übersetzen, dann übertragen wir sie in unsere Worte, unabhängig davon, ob diese damals auch entsprechend gewesen wären. Wir eliminieren die historischen Schranken, unterstellen anderen Epochen unsere Kategorien, so als wäre dies das Selbstverständliche auf der Welt. Es herrscht eine temporale Kolonialisierung der Vergangenheit durch die Gegenwart. Und was für die Vergangenheit gilt, hat auch für die Zukunft zu gelten.

Man spricht nicht, was man sprechen will, man spricht, was gesprochen werden soll. Sprache ist keine Gabe, sondern eine Gebung. Menschen treten als ihre Charaktermasken auf. Man entspricht Erwartungen und man erwartet Entsprechungen. „Man akzeptiert, sich akzeptabel zu machen“, sagt Bourdieu (Was heißt sprechen?, S. 84), der Auftritt nimmt die „Form einer vorweggenommenen Zensur an, einer Selbstzensur“ (S. 85). Es ist eine integrierte Zensur, die den nunmehr identischen Zensoren und Zensierten erst gar nicht auffällt. Stets geht es um die Wartung der Formen. Diese ist durchaus umfassend zu interpretieren, sie ist mehr als eine taktische Haltung, sie ist eine grundsätzliche Programmierung. *Konform* heißt nicht, dass man bloß dominante und angepasste Inhalte von sich gibt, sondern vielmehr der herrschenden Form entspricht. Dass man sich an *die* Form und *die* Formen hält. Bei allem, was man sagt, ist das Wichtigste, die Form zu wahren, sie zu bestätigen. Die Form ist indes verdichteter Inhalt, sie komprimiert und konzentriert das jeweils Elementare.



Organisierung in der Krise

Man könnte verzweifeln: Aufstände und Kämpfe, soweit das Auge reicht, zugleich aber eine Krise von linken, emanzipatorischen Organisationen. Dabei ist Organisierung die Grundlage für gesellschaftspolitische Gestaltung.

Wie gehen die Akteur:innen – von den Gewerkschaften und dem Frauen*streik bis zur Klimagerechtigkeitsbewegung – damit um?

ISBN 978-3-03973-012-4, 232 Seiten, € 18.–

Jahresabonnement (2 Hefte) € 27.–

Förder-Abonnement (2 Hefte) € 100.–

Gönner:innen mindestens € 350.– pro Jahr

Info zu Abo und Heft: widerspruch.ch

Diese Form bestimmt wiederum auch die ihnen zulässigen und zuträglichen Inhalte. Aus der Form gefallen zu sein, ist einer der schlimmsten Vorwürfe, die einem gemacht werden können, dagegen ist jede inhaltliche Abweichung ein geringeres Vergehen. Inhalte mögen also schwanken, bedrohlicher wird es, wenn die Form selbst ins Schwanken gerät. Erst dann kann es wirklich zu Umbrüchen führen, die auch Brüche sind, nicht bloß einen Wechsel darstellen.

Besonders in der Sprache gilt es, die Form zu wahren. Gemeint sind hier in erster Linie soziale Gepflogenheiten und nicht Grammatik und Rechtschreibung. „Das Wort, und erst recht die Redensart, das Sprichwort und alle stereotypen oder rituellen Ausdrucksformen sind Wahrnehmungsprogramme; und die verschiedenen mehr oder weniger ritualisierten Strategien des täglichen symbolischen Kampfes gehen, genau wie die großen Kollektivrituale des Ernennens oder, deutlicher noch, der Zusammenprall der Vorstellungen von Gegenwart und Zukunft im eigentlichen politischen Kampf, mit einem bestimmten Anspruch auf symbolische Autorität einher, auf die sozial anerkannte Macht, eine bestimmte Vorstellung von der sozialen Welt, das heißt von ihrer Gliederung, durchzusetzen.“ (Pierre Bourdieu, Was heißt sprechen?, S. 100) Es geht nicht nur um die Sprache, es geht um den gesellschaftlichen Gebrauch der Sprache. Der Gebrauch folgt dem durchgesetzten Brauch, dies eben so und nicht anders vorzutragen. Wir sprechen, wie wir es gelernt haben zu sprechen. Ob wir wollen oder nicht, wir betreiben Traditionspflege. Wir folgen hier einer gewissen

Automatik, die wir in ihrer unmittelbaren Praxis gar nicht hinterfragen können. Wir singen also ihre Lieder. In der Sprache exerzieren wir für die bestehende Ordnung. Vergessen wir auch nicht, dass Formierung und Formation militärische Begriffe sind. Der Konsens ist die Bedingung sprachlicher Herrschaft, Dissens nur als Ausnahme möglich. Zu unterscheiden ist Letzterer auch von den Varianten des Konsenses, die sich sehr wohl klassenmäßig, schichtenspezifisch, milieubedingt oder szeneauffällig äußern und ihre jeweiligen Akzente setzen. Sie sind identitär bedingt und werden pluralistisch gepflegt, sie variieren aber bloß den herrschenden Duktus, der in all seinen Emanationen ein bürgerlicher ist und auch nur ein solcher sein kann. Der konjunkturelle Wechsel der Phrase macht noch keine Transformation, er ist lediglich Korrektur des Wortschatzes.

Worte sind *Losungsworte* und dokumentieren Abhängigkeiten. Wer permanent Losungsworte gebraucht, gibt zu verstehen, dass er einverstanden ist. Unsereiner spricht und unsereiner hört zu. Wir sind unter uns, auf Abweichung wird mit Verwunderung und Sanktion reagiert. Das Ritual wird als anerkannt vorausgesetzt. Anerkennung und Kenntnis der Sprache sind nicht eins. Die Anerkennung kann total sein, so dürftig die Kenntnis auch ist. Anerkennung ist keine Frage des Könnens, sondern des Handelns. Anerkennung vollzieht sich, Kenntnis erfordert Lehre und Lernen, also Bildung und Wissen. Der Elfenbeinturm als distanzierte Erhabenheit hat hier schon seine Meriten, geht es darum, sich mit dem auseinanderzusetzen, was ist.

Streifzüge TRAFO-Club

Wer regelmäßig was springen lassen will und kann und auch im Printbereich aus dem Vollen schöpfen möchte, die/den bitten wir in den TRA(ns)FO(rmations)club der *Streifzüge*.

Eine Mitgliedschaft kostet 180 Euro pro Jahr, zahlbar auf einmal, vierteljährlich oder monatlich, per Banküberweisung:
IBAN: AT87 6000 0000 9303 8948
BIC: BAWAATWW

- Gratisbezug der *Streifzüge*
- Aktuelles Buch als Einstiegsgeschenk
- Gratisbestellung von bis zu 10 Exemplaren der aktuellen Ausgabe
- Gratisnachbestellung aller alten Nummern (soweit vorhanden)
- Gratiszustellung ausgewählter Bücher
- Sonderpreise für diverse Publikationen
- Einladungen zum Transformationsheurigen

Möchte eins aus dem Trafoclub (wieder) ausscheiden: Nichtzahlung reicht, dann verwandelt sich die Trafomitgliedschaft in ein 6-Nummern-Abo.

Sprache als Tausch

„Nun hat sich vermutlich die rationale Haltung dem menschlichen Geist vornehmlich aus wirtschaftlicher Notwendigkeit aufgedrängt; es ist das wirtschaftliche Tagewerk, dem wir als Rasse die elementare Schulung im rationalen Denken und Verhalten verdanken – ich zögere nicht zu behaupten, dass die ganze Logik vom Muster wirtschaftlicher Entscheidung abgeleitet ist oder, um einen Lieblingsausdruck von mir zu verwenden, dass das wirtschaftliche Modell der Nährboden der Logik ist.“ (Joseph A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* (1947), Tübingen 2005, S. 201) Wir handeln nicht nur nach den Gesetzen des Markts, wir sprechen auch in der Sprache des Markts. Bürgerliche Kommunikation ist *Austausch*. „Kommunikationstheorie ist Theorie der vermarkteten Sprache. Kommunikation ist marktmäßig betriebenes Sprechen. Ihre Ware ist das Symbol. So, wie der Markt eine gigantische Ansammlung von Werterscheinungen, eine einzige große Warenhandlung, ist Kommunikation eine riesige Ansammlung von Symbolfunktionen, eine einzige große symbolische Aktion.“ Ulrich Enderwitz spricht zu Recht von einer „Versprachlichung des Marktes“. (Totale Reklame. Von der Marktgesellschaft zur Kommunikationsgemeinschaft, Berlin (West) 1986, S. 7 f.)

Sprache wird nicht angewendet, sondern *verwendet*. Sie ist uns intus. Besonders im Alltag sind wir ihr völlig untergeordnet und ausgeliefert. Sprache speist sich hier aus den Redewendungen und Gepflogenheiten. Dass wir im Deutschen etwa für „handeln“ zwar zwei Bedeutungen kennen, aber nur ein Wort haben, ist bezeichnend. Die Geschäftswelt will jede Tätigkeit prägen, letztlich soll alles Tun auf sie ausgerichtet sein. Und alle sollen ihre Sprache sprechen, nicht nur in der Wirtschaft, sondern überall. „Der Bourgeois hat es um so leichter, aus seiner Sprache die Identität merkantiler und individueller oder auch allgemein menschlicher Beziehungen zu beweisen, als diese Sprache selbst ein Produkt der Bourgeoisie ist und daher wie in der Wirklichkeit, so in der Sprache die Verhältnisse des Schachers zur Grundlage aller andern gemacht worden sind. Z.B. propriété Eigentum und Eigenschaft, property Eigentum und Eigentümlichkeit, ‚eigen‘ im merkantilen Sinn und im individuellen Sinn, valeur, value, Wert – commerce, Verkehr – échange, exchange, Austausch usw., die sowohl für kommerzielle Verhältnisse wie für Eigenschaften und Beziehungen von Individuen als solchen gebraucht werden. In den

übrigen modernen Sprachen ist dies ganz ebenso der Fall.“ (Karl Marx/Friedrich Engels, *Die deutsche Ideologie* (1845-46), MEW, Bd. 3, S. 212 f.) Jedes Handeln schreit nach einem „Handel“, jede Idee soll zu einem „Geschäft“ werden. Den Nasenring der Sprache kann eins nicht einfach ablegen. Die spezifische Terminologie der Ökonomie ist so zum allgemeinen Wortschatz des bürgerlichen Alltags und seines gesunden Menschenverstands geworden.

Und dieser Prozess sprachlicher Okkupation ist noch nicht zu Ende. Im Gegenteil, es scheint heute so, dass gerade die elementaren Krisen dazu führen, die Sprache noch mehr an die Kandare zu nehmen, Sprache geradezu fanatisch und aggressiv auftritt, sich ungemein ideologisch verschärft. Terminologische Abweichungen werden zum Gegenstand öffentlicher Korrektur. Das angewandte Sprachgut reduziert sich zusehends auf wenige Floskeln und Phrasen. Der Wortschatz ersäuft in den Worten des Werts, im dünnen Geschwätz des Geschäfts. Sprache wird zum *Gerede*. Die leeren Formeln, die nichtssagenden Worte, die belanglosen Nullaussagen, die hinterhältigen Gemeinplätze, bedeutungsschwer gerade ob ihrer Nichtigkeit, sie betreten fortwährend die Felder der Kommunikation. Zweifellos wurde noch nie so viel geredet, insbesondere telefoniert (und gesms), was aber nicht heißt, dass wir immer mehr zu sagen haben. Keineswegs. Die Sprache verarmt zu einer Betriebsanleitung von Small Talks, sie verzweigt sie nicht (mehr), sondern schrumpft ein auf Schlagworte.

Prototypisch dafür könnte also der *Small Talk* stehen, die wohl häufigste Form des Miteinander-Redens. Günther Anders nannte ihn ein „tautologisches Tauschgeschäft“. (Die Antiquiertheit des Menschen, Band II. Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der industriellen Revolution, München 1980, S. 153) Da geht es hin und her, obwohl eigentlich nichts mehr hin und her geht. Er ist simulierte Kommunikation, wo das belanglose Geschwätz zum Um und Auf jeder Zusammenkunft wird. „Wie geht's denn?“ „Aber geh! Es wird schon wieder!“ – Noch eindeutiger ist das bei der Interaktion via Gerät (z.B. Telefone, Netze). In ihrer Rationalisierung beschränken sie sich auf das Wichtigste, und das Wichtigste ist das Geschäft. Berührung wird durch Schaltung ersetzt. Und schnell soll alles vonstattengehen. Beschleunigung ist natürlich mit ein Grund, warum das Gespräch zum Small Talk wird, nur als Gerede, als Tratsch

über die Bühne geht. Talking about the weather. Eine zugespitzte Form davon ist der Wordrap. Das Gesprächstempo hat sich in den letzten Jahrzehnten zweifellos um einiges erhöht. Es tendiert zu einem talkee-talkee, zum Kauderwelsch.

Die Ökonomisierung der Sprache drängt zum Small Talk, auch jene, die ihn gar nicht schätzen. Man tauscht Freundlichkeiten aus, indem man diese vortäuscht, eigentlich ist man nicht bereit, etwas zu geben und etwas zu nehmen. Da ist keine Empathie. Man ist zu. Dass der oder die andere etwas von einer oder einem haben will, wird als Zumutung, ja als Übergriff empfunden. Nur nicht berühren lassen und bloß nichts berühren. Man lässt nichts aus sich heraus, und man lässt nichts an sich heran. Es könnte ja gegen einen verwendet werden. Dabei lächelt man. Freundlichkeit ist ein dürftiges Surrogat für Freundschaft. Man verdächtigt den anderen, und man verdächtigt ihn zu Recht, weil man sich selbst als Verdächtiger und Verdächtigter kennt. Misstrauen ist eine zentrale Eigenschaft des Geschäftssinns. Man muss verdammt aufpassen. Vertrauen wird bestraft.

Wenn wir etwas können, „beherrschen“ wir es, wenn wir etwas tun, „arbeiten“ wir, wenn wir etwas begutachten, „bewerten“ wir es. Jede Wichtigkeit hat ihre „Wertigkeit“ zu haben, jedes menschliche Vermögen soll als „Humankapital“ übersetzt werden.

Sprache fängt uns ein und Sprache fügt uns zu. Wenn wir etwas können, „beherrschen“ wir es, wenn wir etwas tun, „arbeiten“ wir, wenn wir etwas begutachten, „bewerten“ wir es. Jede Wichtigkeit hat ihre „Wertigkeit“ zu haben, jedes menschliche Vermögen soll als „Humankapital“ übersetzt werden. Wenn etwa die Flucht vieler Ungarn im Herbst 1956 in einer Radiosendung als „Aderlass von Humankapital“ bezeichnet wird, merkt man, wie Sprache zuschlägt, ohne dass die Sprecher es merken. Kapitalistisches Vokabular muss erhalten, um menschliche Tragödien zu erörtern. Diese müssen unbedingt bemessen werden. Wo von Ressourcen anstatt von Talenten und Fähigkeiten gesprochen wird, sollten wir schon wissen, was Sache ist. Detto, wenn menschliche Kräfte und Energien „Kapital“ genannt werden. Da soll sich was verkaufen. „Wörter sind nicht unschuldig, wenn sie ‚naiv‘ in die gesellschaftlichen Kapitalverhältnisse miteinbeziehen, was diesen noch vor wenigen Jahren scheinbar entkommen musste. Ich

denke an die Inflation des Wortes ‚Kapital‘, das von nun an die herrschende Denkweise bestimmt: ‚kulturelles Kapital‘, ‚Intelligenzkapital‘, ‚Bildungskapital‘, ‚Erfahrungskapital‘, ‚soziales Kapital‘, ‚natürliches Kapital‘, ‚symbolisches Kapital‘, ‚Humankapital‘ und vor allem ‚Wissenskapital‘ oder ‚kognitives Kapital‘.“ (André Gorz, Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie. Aus dem Französischen übersetzt von Jadja Wolf, Zürich 2003, S. 59) Der Slang des Marktes ist universell geworden. „Der Jargon wird praktikabel auf der ganzen Skala von der Predigt bis zur Reklame.“ (Theodor W. Adorno, Jargon der Eigentlichkeit. Zur deutschen Ideologie (1962/64), Gesammelte Schriften 6, Frankfurt am Main 1998, S. 442)

Erziehung etwa ist eine Aufgabe, eine Anstrengung, eine Mühe, ein Erlebnis, sie aber als Arbeit zu definieren, zeigt, in welche Richtung sie zu gehen hat: Verwertbares Menschenmaterial soll sie erzeugen. Alles ist nur, wenn es in die Terminologie des Werts passt. Alles hat nur als etwas zu gelten, wenn man die Begriffe Kapital, Arbeit oder Wert an sie heften kann. Es ist schon gespenstisch, wenn Erziehung „Erziehungsarbeit“ und Trauer „Trauerarbeit“ heißt oder wenn menschliche Techniken, Künste und Hervorbringungen als Humankapital firmieren und schließlich das Ich noch zur Ich-Marke wird. Und von Werten wird sowieso andauernd geredet, um über das, was ihnen zugrunde liegt, den Wert, zu schweigen. Das Vokabelkomplott ist freilich kein Zufall. Auch wenn es nirgendwo strategisch geplant wurde, erfüllt es sich durch seine Anwendung. Seine galoppierende Gängigkeit führt zur Eingängigkeit. Die Ökonomisierung der Sprache durch die Vokabel des Werts lässt uns sprechen wie aufgezoogene Puppen des Kapitals, zusehends übrigens in einem schauerhaften Business-Denglisch.

Sintemal wir alles Richtung Kapital denken, sieht es so aus, als sei alles vom Kapital *her* zu denken, gar ihm entsprungen. Die sprachliche Zurichtung der Welt erscheint einmal mehr als Natur. Da treffen sich sogar Hausverstand und Wissenschaft, sowenig sie sich sonst auch mögen. Bestimmte Denker sprechen gar schon von „Zornbanken“ (Sloterdijk) und kommen sich in der Konventionalisierung ökonomischer Partikel auch noch originell vor. Vor allem im Kulturbereich gibt es Leute, die ganz selbstverständlich von einem „ästhetischen Mehrwert“ reden. Bereitwillig rapportieren sie den Jargon des Kapitals. Werte-Worte agitieren als Leittermini. Als solche werden sie akkreditiert.

Die Gesellschaftsordnung ist auch eine Sprachordnung. Unser Sprechen gleicht einem täglichen Rapport. Tatsächlich geht es einmal mehr um die Ordnung, nicht um den Zusammenhang. Sprache ordnet ein und ordnet zu, wählt aus und drängt raus. Sprache ist die tägliche Fälligkeit, die uns Unauffälligkeit attestiert.

Die „neuen“ Wortzusammensetzungen, wahrliche Ungetüme unserer Zeit verdeutlichen eines: dass Bildung, Intelligenz, Kultur, ja der Mensch selbst nichts ist, wenn sich das alles nicht bewerten und in weiterer Folge kaufen und verkaufen lässt. Die Begriffe stehen nicht für Sache und Zusammenhang, sondern sie haben als knetbares Material der Verwertung zu dienen. Sie werden zu verbalen Gallerten des Kapitals. Als solche sollen sie wahrgenommen werden. Die ökonomische Maschinerie liefert die Matrizen für diese Betrachtungsweise.

Die Sprache, die heute unsere Inhalte in die Form zwingt, weil sie die Form in alle Inhalte zwingt, ist das Vokabular des Werts. Man sehe sich Wörter wie Wert, Ware, Arbeit oder Tausch – solo oder in Verbindung – an, die unsere Terminologie beherrschen und unsere Sprech- und Schreibweisen dimensionieren, d.h. prägen wie beschränken. Das Absurde ist nun: Je mehr sie verfallen, desto aggressiver wüten sie im ideellen Bereich. Sie tanzen den simulierten Reigen. Dass ihre Lebendigkeit ein Taumeln und Zuckeln ist, überspielen sie durch die Präpotenz des Auftritts. Die Ignoranz und Indolenz des Publikums tun dann ihr Übriges. Diesbezüglich befinden wir uns in einem Zustand allgemeiner Befangenheit, in einem Käfig der Form. Der Begriff Käfig ist übrigens nicht zufällig, vielmehr erscheint er uns als ganz ausgezeichnet, um unsere Sichtweise wie auch Aussicht zu bestimmen: Wir blicken durch die Gitterstäbe aus dem Gefängnis hinaus, aber wir kommen nicht aus ihm raus.

Sprache als Beschränkung

Unser aller Anschauungen werden formiert durch eine okkupierende Sprache, d.h. die Form bestimmt und setzt die Inhalte, die sich in ihrem Rahmen bewegen dürfen. Das ist zweifellos Funktion und Manko in einem. Sprache ist nicht etwas, mit der sich alles Mögliche ausdrücken lässt, sondern sie ist geschaffen für bestimmte Möglichkeiten. Sprache setzt also den Rahmen der Möglichkeiten, zu denken wie zu handeln. Nicht wir verfügen der Worte, sondern die Worte verfügen über uns. Sprache kontaminiert. Wenn wir etwas selbstbestimmt ausdrücken wollen, drücken

sich durch das vorgegebene Vokabular die Worte des Werts durch unsere Sprache aus. Es ist zum Verzweifeln. Selbst in hellen Momenten stottern wir oft ein furchtbares Kauderwelsch zusammen. Was aber auch meint, dass diese Sprache nicht bleiben kann, sondern mittels Sprachkritik selbst aufzuheben ist. Günther Anders entwarf einst sogar eine schwarze Liste der demoralisierenden Worte (Ketzerien, München 1991, S. 130 ff.), ausdrücklich bestand er auf einer „Vokabelkritik“ (S. 136). „Jedenfalls müssen wir ununterbrochen die Vokabeln demaskieren. Die Kritik an der Sprache müsste eigentlich zum Hauptunterrichtsgegenstand gemacht werden. Aber welcher Lehrer kann das tun? Wer unterrichtet die Lehrer darin?“ (Günther Anders antwortet. Interviews und Erklärungen, Berlin (West) 1987, S. 151) Natürlich ist das vorerst ein gar frommer Wunsch, besteht doch unsere Ausbildung gerade darin, das Vokabular affirmativ anzuwenden, nicht kritisch zu hinterfragen. Sprachkritik ist unabdingbar, wobei diese keine gesonderte Spezialdisziplin darstellt, sondern selbst Teil des Sprechens und insbesondere des Schreibens werden muss. Permanent.

Wollen wir die Möglichkeiten verändern, müssen wir auch die Sprache transformieren. Kritische Theorie versucht, der Sprache Grenzen zu dehnen und zu überschreiten. Dabei hat man Regeln und Gebräuche *vorsätzlich* außer Kraft zu setzen, gerade um das Unverständene verständlich zu machen. Was aber auch geduldige und willige Leser voraussetzt, die kaum vorausgesetzt werden können. „Nur der genügt dem, was Sprache erheischt, der ihres Verhältnisses zu den Einzelworten in deren Konfigurationen sich versichert. Wie die Fixierung des reinen Bedeutungsmoments in Willkür überzugehen droht, so freilich der Glaube an die Vormacht des Konfigurativen ins schlecht Funktionelle, bloß Kommunikative; in Missachtung des objektiven Aspekts der Worte. In Sprache, die etwas taugt, vermittelt sich beides.“ (Theodor W. Adorno, Jargon der Eigentlichkeit. S. 452.) Laut Günther Anders gilt es, „die Sprache in einem solchen Maße zu beherrschen, dass wir *in ihr über sie hinaus* gehen können. Das ist leicht gesagt, aber wirklich gelingen kann das niemals. Schon deshalb nicht, weil sogar schon die Syntax der Sprache, auf die wir nicht verzichten können wie auf dieses oder jenes sinnlose Einzelwort, heimliche Aussagen über die Welt macht, und zwar Aussagen, die dem, was wir zu sagen wünschen, widersprechen.“ (Günther Anders, Philosophische Stenogramme, München 1965, S. 126)

Unsere Sprache ist nicht das geeignete Mittel für das, was es zu sagen gälte. Die Enormität der Verhältnisse übersteigt deren aktuelle Kapazitäten, es ist deren „Beschränktheit; die unsere heutige Situation im buchstäblichen Sinne ‚unsäglich‘ macht.“ „Das ‚Gefälle‘ zwischen Sprache und Wirklichkeit tritt eben auch als geschichtliche Asynchronität auf.“ (Günther Anders, Sprache und Endzeit, §34 bzw. 35; FORVM, Jänner-März 1990, Nummer 433-435. S. 19) Diese Asynchronität ist allgegenwärtig. So ist es ein nicht zu unterschätzendes Problem, in der Sprache des Werts gerade Wertkritik zu betreiben. Selbst in den fundiertesten Texten der Gesellschaftskritik tummelt sich Vokabular, das dieser entgegensteht. Wie sollte es auch anders gehen? Und doch ist dies zu bedenken und zu benennen, unermüdlich. Redundant haben wir zu sein!

„Bei der *Analyse* des Spektakels muss in einem gewissen Maß die Sprache des Spektakulären geredet werden.“ (Guy Debord, Die Gesellschaft des Spektakels (1967), Berlin 1996, §11, S. 17) Schon um der Verstehbarkeit und der Aufmerksamkeit willen. Kritik wird in einer Sprache gesprochen, die für jene nicht geschaffen ist. Gesellschaftskritik verunglückt so des Öfteren an ihren sprachlichen Begrenzungen. Die Sprache ist jene der Waren-gesellschaft, wider sie in ihr zu denken, erfordert außergewöhnliche Anstrengungen, insbesondere Verstöße gegen Syntax und Grammatik, es erfordert die Findung neuer Wörter und die Sprengung alter Phrasen. Dem Bruch der Konvention ist freilich eine Schranke im Verständnis der Rezipienten gesetzt. So kommt das Helle oft sehr dunkel daher, auf dass es einen Hegel freuen könnte. Die Sprache

des Werts ist so eingerichtet, dass wir uns mit ihr und in ihr des Öfteren täuschen. Und doch dient die Sprache des Täuschens, zu deren Gebrauch wir gezwungen sind, als Krücke zur Kritik des Tausches. Aus dieser prekären Situation gibt es kein unmittelbares Entkommen. Wer meint, man könne mit der Sprache alles sagen, wenn man sich nur auszudrücken verstünde, hat von der Sprache wenig verstanden.

Indes, man kann die Sprache nicht *beherrschen*, aber man kann Ergebnis und Unterwerfung mindern, indem man diese geschickt gegen jene selbst ausspielt. Das ist wahre Kunst und hehre Aufgabe. Man muss der Sprache in die Parade fahren, sie muss über sich stolpern, sich gegen sich positionieren lassen. *Warum sprechen wir, wie wir sprechen, warum schreiben wir so?* Was hat uns zu dem gemacht, was wir darstellen? Diese Reflexion hat in der Formulierung (sowohl was den Prozess als auch das Resultat betrifft) einzugehen, will sie nicht in der Konvention untergehen. Es gilt, Sprache zu *verrücken*. Es gilt, die Form ideell ins Schwimmen zu bringen, sie zu enthärten, zu verflüssigen. Und selbstverständlich gilt es daher auch, *gerade* die Sprache *immerzu* zu historisieren, und das bewusst zu machen, das ist die Aufgabe: das Unsagbare zu sagen, ohne das Sagbare zu sprengen.

Kritische Theorie ist aber bloß mit Eingriffen in die Sprache machbar, nicht mit den gängigen Modi der Sprache selbst, sondern nur wider sie. Keine Metapher darf sich sicher sein. Der Kampf *um* die Sprache ist ein entschiedener Kampf *gegen* ihre Grenzen. Und doch darf das radikale Aufräumen

mandelbaum verlag

ES GIBT KEINE REIN TECHNISCHE LÖSUNG DER KLIMAKRISE



**ANNETTE SCHLEMM
CLIMATE
ENGINEERING**
Wie wir uns technisch zu Tode siegen, statt die Gesellschaft zu revolutionieren

322 Seiten
20,- Euro

VON ARENDT BIS RANCIÈRE - DIE ZWEITE AUSGABE DES MARXISTISCHEN JAHRBUCHS



Jahrbuch für marxistische Gesellschaftstheorie

REDAKTIONSKOLLEKTIV (HG.)
JAHRBUCH FÜR MARXISTISCHE GESELLSCHAFTSTHEORIE
2

284 Seiten
20,- Euro

MATERIALISTISCHE ANALYSEN ZUR CORONA-PANDEMIE



**MAXIMILIAN HAUER
SEUCHENJAHRE**
Orientierungsversuche im Ausnahmezustand

MAXIMILIAN HAUER
SEUCHENJAHRE
Orientierungsversuche im Ausnahmezustand

230 Seiten
18,- Euro

kritik & utopie

nicht zu gründlich verfahren, will noch eine Botschaft übrig bleiben. Unterließe man alles, was man zu unterlassen hätte, verstieße man alles, was man zu verstoßen hätte, hätte man sich selbst bald ad absurdum geführt. Dann bliebe nur noch das Schweigen. Das Richtige baut also *auch* mit und auf dem Falschen, anders wäre es gar nicht möglich. Wir kommunizieren also in einem Raum, den wir zu dehnen, zu strecken, zu brechen und zu überwinden haben. Aber wir bewegen uns *in ihm*, auch wenn wir *gegen ihn* sind. Wir stehen nicht außerhalb, auch wenn alle gedankliche Anstrengung so tun muss, als ob sie könnte. Ohne das müsste man verzagen. Denn in Ansätzen kann sie auch! Es gibt eine Sprache, genauer gesagt Wortschätze, jenseits der Gitterstäbe. Sie wird nicht nur eine neue sein, aber sie wird frisch sein, weil sie frische Luft atmet. So wie in Schönbergs Zweitem Streichquartett in fis-Moll (1908).

Sprache als Emanzipation

Man sollte das Denken daher nicht einfach auf die Sprache reduzieren, aber klar ist doch, dass, will man über die Intuition hinaus eine Intention bewirken, man um die Sprache, mündlich, aber insbesondere schriftlich nicht herumkommt. Begriffe und Kategorien sind nicht einfach da, sie sind zu entwickeln, zu formulieren, zu definieren. Dazu bedarf es einer Textierung, die einigermaßen originell ist, um sodann als Besonderheit akzeptiert zu werden, im allerbesten Falle zu einem Common aufsteigen kann. Jede neue Regulierung bedarf des Regelbruchs. Sprache, die etwas taugt, muss werfen und verwerfen können, sie bedarf der Konstruktion wie der Dekonstruktion, um allgemein zu werden aber, bedarf sie auch und vornehmlich einer spezifischen Rekonstruktion.

Abschminken sollte man sich die Maske der Souveränität. Das ist Kinderglauben, auch „großer“ Schriftsteller, eine Eingenommenheit, die durch nichts gedeckt ist, aber der Selbsterbauung und der des Publikums schon ihre Dienste erweist. Doch das ist bestenfalls eine Verzauberung und schlechtestenfalls eine Droge. Souveränität ist kein Zustand, sondern eine jeweilige Setzung. Souveränität beginnt im Gegenteil erst dort, wo es gelingt, Abhängigkeiten und Involvierungen zu benennen. Ledige Selbstbehauptungen hingegen grenzen an Halluzinationen. Je kleiner wir uns geben, desto größer wir sind. Die Verrückung auch der Imagination ist Folge dieser Sprachkritik. Deren Verschiebungen sind Voraussetzung wie Bedingung gesellschaftlicher Emanzipation. Solange

die Sprache wie ein Käfig wirkt, ist an Veränderung kaum zu denken, sie verheddert sich in der Reproduktion herrschender Werte und Worte.

Unser unbescheidener Anspruch besteht darin, eben nicht die Sprache der politischen Ökonomie zu bedienen, sondern – soweit und sofern das möglich ist – eine Sprache der Kritik der politischen Ökonomie im Denk-, also im Schreibprozess zu entwickeln.

Sprache ist stets mächtiger als ihre Sprecher. Doch sie ist nicht allmächtig und die Sprecher bloß ohnmächtig. Ziel kreativer Rede ist die Autonomie der Sprecher. So gering wir sie auch veranschlagen mögen, sie ist machbar. Unser unbescheidener Anspruch besteht darin, eben nicht die Sprache der politischen Ökonomie zu bedienen, sondern – soweit und sofern das möglich ist – eine Sprache der Kritik der politischen Ökonomie im Denk-, also im Schreibprozess zu entwickeln. Nur wenn man vor der Sprache erstarrt, erstarrt sie auch. Das ist zwar der zwangsläufige Umgang, aber auch der ist nicht unumgänglich. Mit der Sprache als Werkzeug der Lüge lässt sich auch Wahrheit sagen, sofern es gelingt, ihre Anwendung vom obligaten Gebrauch zu emanzipieren. Kaum jemand hat das so entschieden wie präzise ausgedrückt wie Guy Debord: „Die kritische Theorie muss sich in ihrer eigenen Sprache *mitteilen*. Diese Sprache ist die Sprache des Widerspruchs, die dialektisch in ihrer Form sein muss, so wie sie es in ihrem Inhalt ist. Sie ist Kritik der Totalität und geschichtliche Kritik. Sie ist kein ‚Nullpunkt des Schreibens‘, sondern seine Umstülpung. Sie ist keine Negation des Stils, sondern der Stil der Negation. In ihrem Stil selbst ist die Darlegung der dialektischen Theorie nach den Regeln der herrschenden Sprache und für den von ihnen anezogenen Geschmack ein Ärgernis und ein Gräuel, weil sie in der positiven Verwendung der bestehenden Begriffe zugleich auch das Verständnis ihrer wiedergefundenen *Flüssigkeit*, ihren notwendigen Untergang miteinschließt.“ (Die Gesellschaft des Spektakels (1967), § 204 f., S. 173 f.)

Dieses Flüssigmachen ist das Gegenteil der Schematisierung der Funktion wie etwa beim Gendern, das ja in der Aufstellung neuer Regeln brilliert, Vorschriften machen will, die Unwillen erzeugen, insgesamt aber den Zugang zur Sprache nicht fördert, sondern erschwert. Es geht vielmehr um eine gekonnte Entriegelung wie Entregelung der Sprache, nicht um die Konstruktion interessensgeleiteter Formulierungen. Es geht nicht darum, Begriffe

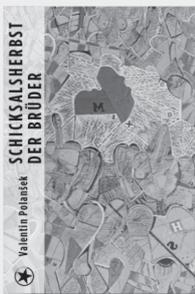
oder Worte ihres aktuellen Kostüms zu entkleiden und neu anzuziehen, es geht darum, die historische Gebundenheit der jeweiligen Sprachwendungen zu thematisieren, zu dechiffrieren und letztlich spezifisch zu negieren. Sprache muss fließen. Ein Satz muss nicht nur sitzen, er muss auch stehen, liegen, laufen; er muss kräftig und zärtlich sein, apodiktisch und sensibel. Worum es nicht geht, ist Sprachgewalt. Letztlich muss jeder Text auch Luft lassen, nicht als Übergriff erscheinen, sondern Handreiche und Mit-Teilung sein. Es soll geschöpft werden können.

Der Kollaps der bürgerlichen Sprache, vor allem der Worte des Werts, ist, trotz aller gegenteiliger Manifestationen, eine Tatsache, die es bewusst zu machen gilt. Die Ideologie des grassierenden Vokabulars ist entschieden aufzuzeigen.

Kollidiert die Sprache an den Herausforderungen, wenn diese nicht mehr adäquat verarbeitet (nicht zu verwechseln mit „erfasst“ – das wäre zu viel verlangt) werden können? Wenn Worte und Begriffe anfangen, nicht mehr plausibel zu erscheinen, kommt es dann zu einem Kollaps der Sprache? Das ist wohl dann der Fall, wenn das Vokabular keinen Sinn mehr stiften kann, wenn die Phrasen hohl und leer werden, wenn Sätze nur als Vorsätze daherkommen und schal werden. Das wird eher gespürt als erkannt. Dann verliert der herrschende Jargon an Gewicht, er wird unglaublich. Sein einst fester Boden zeigt Risse, wenn die Ausdrücke ausgedrückt sind. Wann aber erscheinen Phrasen und Floskeln als abgedroschen? Wann geben sie nichts mehr her, wann wird man ihrer überdrüssig? Wann zerbröckeln sie?

Möglicherweise jetzt! Wir sind in eine Phase eingetreten, wo diese Codes nicht mehr stimmig sind. Wo sie noch wirken, wirken sie, weil sie erdrückend sind, nicht, weil sie überzeugen. Je mehr sie noch versprechen, desto öfter versprechen wir uns. Indes war die kulturindustrielle Aufdringlichkeit noch nie so groß. Vielleicht auch deswegen, weil die gemeine Determinierung schwächer wurde, sodass nur noch Überdeterminierungen die nötige Hegemonie retten können. Die Chiffre ist porös, die Aussagen sind fragwürdig, so wuchtet sie sich auch in Szene setzen. Man braucht nur zu klopfen, schon brechen diverse Sager und Slogans in sich zusammen. Exemplarisch habe ich das an der Floskel „Und ja,“ (*Der Standard*, 8. August 2020, Album A 6) zu demonstrieren versucht.

Was ansteht, ist eine Sprachkritik, die die Konvention bewusst macht und sie auch bewusst sprengt. Denn freilich ist es ein Unterschied, ob wir Sprache auflösen oder ob sie sich auflöst, und doch ist Ersteres nur zu bewerkstelligen, wenn Letzteres eintritt, eine objektive Lage dies begünstigt oder gar fördert. Die Chance gilt es zu nutzen. Die Anstrengung muss freilich eine gemeinsame sein, keine einsame. Es geht nicht an, es sich in herkömmlichen Reden und Aussagen bequem zu machen. Der Kollaps der bürgerlichen Sprache, vor allem der Worte des Werts, ist, trotz aller gegenteiliger Manifestationen, eine Tatsache, die es bewusst zu machen gilt. Die Ideologie des grassierenden Vokabulars ist entschieden aufzuzeigen. Die Sprache, die wir pflegen sollten, ist nicht die Sprache des Spruchs, sondern jene des Widerspruchs. Wir müssen nicht nur sprechen, wir müssen auch wissen, womit und wovon wir reden, wenn wir etwas sagen wollen.



Valentin Polanšek
Schicksalsherbst der Brüder, Band 1

Roman | 288 Seiten
Hardcover | 25,00 €



Deborah Sengl | Matthias Jakisic
Fragmente

Katalog | 96 Seiten
Schweizer Brochur | 29,00 €



Georg Seeßlen
Das Geld
Und wie es uns in Leib, Seele und Gemeinschaft übergebt

Sachbuch | 288 Seiten
Leinen | 24,00 €

bahoe books
Literatur | Sachbuch | Comics



Lorenz Glatz

Montagehöllen des Krieges

Zu den aktuellen Konflikten in der Ukraine und im Nahen Osten

Zumindest im Rückblick ist die militärische Konfrontation in der Ukraine eine nicht wirklich überraschende Folge des Zerfalls der „realsozialistischen“ Sowjetunion (1992) und ihrer Satelliten. Es war das Scheitern des Versuchs einer auf die Arbeiterklasse gestützten, von einer Partielite angeleiteten „nachholenden Modernisierung“ Osteuropas durch eine staatskapitalistische Industrialisierung. Diese hatte ganz ähnliche Folgen für Mensch und Natur wie das Vorbild, blieb aber in der Konkurrenz auf der Strecke. Das Staatskapital wurde schließlich in marktwirtschaftlichen Reformen von den sich in rivalisierende „Oligarchen“ verwandelnden Machthabern privatisiert und der Gesamtstaat samt seinen Bundesgenossen in den inneren Kämpfen der Nationalitäten schlussendlich in fünfzehn Teilstaaten und weitere Splitter zerrissen.

Die DDR ging in der Bundesrepublik Deutschland auf, die Sowjetrepubliken Litauen, Lettland, Estland und die Staaten des von Moskau dominierten „Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Polen, Tschechien/Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien) wurden von neuen antisowjetischen oder von „geäußerten“ Staatsparteien zum Tummelplatz westlichen Kapitals und einem Reservoir billiger Arbeitskraft gemacht. Bis 2007 waren sie alle in der Europäischen Union versammelt. Über die Erweiterung der NATO waren sich die Außenminister Baker (USA) und Genscher (D) 1990 noch „einig, dass nicht die Absicht besteht, das NATO-Verteidigungsgebiet nach Osten auszudehnen ...“. Schon 2004 jedoch reichten EU und NATO deckungsgleich in Estland bis an die russische Grenze vor St. Petersburg heran.

Die Regierung des russischen Vielvölkerstaats büßte nach innen und außen dramatisch an Macht ein, sie

hatte fast die Hälfte der Bevölkerung der ehemaligen UdSSR und ein Viertel ihrer Fläche verloren. Erst Putin und seine Mannschaft bremsen ab der Jahrhundertwende diesen Verfallsprozess mit Erfolg ein, indem sie es schafften, die Selbstherrlichkeit der einzelnen Oligarchen notfalls gewaltsam zur erneuten Machtentfaltung des Staats zusammenzuzwingen und auch die Führungen der Völkerschaften „auf Linie“ zu bringen.

Die Aufstände in der autonomen Republik Tschetschenien und ihrer Umgebung wurden militärisch unterdrückt und die Verwaltung dem zuverlässigen Eigentümer einer Privatarmee übergeben. Georgien gehörte zur „Koalition der Willigen“, die mit der USA 2003 den Irak überfielen, und wurde dafür militärisch massiv aufgerüstet und auf die NATO vorbereitet. Die zu einem großen Teil russischsprachigen Teile Georgiens, Abchasien und Süd-ossetien, wurden abgetrennt und von Russland als selbständige Staaten von seinen Gnaden anerkannt – eine Lösung, die auch bei der Abspaltung Transnistriens von der zum Westen übergelaufenen ehemaligen moldauischen Sowjetrepublik praktiziert wurde.

Bloß das von derselben Clique seit 1994 regierte Belarus blieb trotz Streitigkeiten für Russland eine strategische Pufferzone zur NATO, als „Montagehalle der gesamten Sowjetunion“ wirtschaftlich stark an Russland gebunden und politisch vom Westen zunehmend isoliert.

Zuspitzung in der Ukraine

Eine wesentlich größere Bedeutung für Russland hat jedoch die Ukraine. Sie hat fast doppelt so viele Bewohner wie die übrigen europäischen Splitter der UdSSR zusammengenommen, davon ein

großer Teil russischsprachig. Das Land verfügt über Schwerindustrie und Kohlebergbau, aber auch über fruchtbare Landwirtschaft. Und in der Ukraine liegt der Hauptstützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte im gepachteten Hafen von Sewastopol.

In der Krise des Untergangs ihrer „nachholenden Modernisierung“ begann in der Ukraine eine chaotische Auseinandersetzung nicht um die Frage, was mit der Selbständigkeit denn nun anzufangen sei, sondern ob das Land sich an EU und NATO oder auf eine Verbindung mit Russland orientieren sollte, und daneben, ob die Krim sich selbständig machen, autonom werden, ukrainisch bleiben oder zu Russland zurückkehren sollte, von dem sie 1954 abgetrennt worden war. Die Ernüchterung über das politische Personal, das in der „jungen Demokratie“ in demokratisch-oligarchisch-korrupt-gefälschten Wahlen ans Ruder kam, war groß. Präsident Kutschma war am Ende seiner Amtszeit 2005 mit dem dringenden Verdacht eines Mordauftrags gegen einen kritischen Journalisten konfrontiert.

Der von ihm als Nachfolger vorgesehene Janukowytsch wurde eines Wahlschwindels bezichtigt und mit Hilfe von US-Dollars und einer „Orangen Revolution“ am Amtsantritt gehindert. Er musste dem den westlichen Geldgebern genehmen Juschtschenko Platz machen, der seinerseits bei der anstehenden Wiederwahl nicht einmal mehr sechs Prozent der Stimmen erreichte und just vom Fälscher der vorigen Wahl, Janukowytsch, ersetzt wurde. Der wurde aber 2014 wegen seines Zögerns, sich wegen der Nachteile im Geschäft mit Russland voll in die Arme der EU zu begeben, durch die Massenmobilisierung des „Euromaidan“ mit rechtsradikaler Beteiligung dazu gebracht, nach Russland zu fliehen.

Der an seiner Stelle gewählte Poroschenko verband Westorientierung mit ukrainischem Chauvinismus. Russisch wurde aus dem öffentlichen Leben verdrängt und eine Föderalisierung des Landes ausgeschlossen, das Land also programmatisch von Russland abgewendet. Die im russischsprachigen Osten und zum Teil auch im Süden des Landes aufbrechende Unruhe führte schließlich im Donbass – zweifellos mit russischer Unterstützung – zum Bürgerkrieg und schuf in Russland eine Stimmung, die der Regierung den Zugriff auf die mehrheitlich russischsprachige Krim erleichterte.

„Without Ukraine, Russia ceases to be a Eurasian empire“, schrieb der US-Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski 1997 in seinem Buch „The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostategic Imperatives“. Aber genau so eine Großmacht zu bleiben oder wieder zu werden, ist das unverhohlene Ziel russischer Politik. Dies zu verhindern und den Abstieg Russland weiterzutreiben, ist die kaum versteckte Absicht des Westens. Den Sinn der Verhandlungen in Minsk um einen Waffenstillstand im Donbass hat die ehemalige Bundeskanzlerin Merkel in verblüffender Offenheit zu Weihnachten 2022 erklärt: „Das Minsker Abkommen 2014 war der Versuch, der Ukraine Zeit zu geben. Sie hat diese Zeit hat auch genutzt, um stärker zu werden, wie man heute sieht.“ Diese Zeit war am 21.2.2022 abgelaufen. Russische Truppen rückten in den schon vom Bürgerkrieg läderten Donbass vor und ukrainische Soldaten waren schon abkommandiert, um ausgerüstet mit vom Westen auf Kredit gelieferten Waffen den Kopf hinzuhalten für den Machtkampf von Großmächten. Weit über eine halbe Million Menschen haben so in weniger als zwei Jahren das Leben oder dauerhaft ihre Gesundheit verloren.

Ein Silberstreif am Horizont sind zweifellos jene, die sich in großer Zahl dem Krieg entzogen haben. „Der EU-Statistikbehörde Eurostat zufolge sind in den 27 EU-Staaten und in Norwegen, Schweiz und Liechtenstein mehr als 650.000 ukrainische Männer im wehrpflichtigen Alter von 18 bis 60 (!) Jahren als Flüchtlinge registriert, ... eine enorm hohe Zahl, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die ukrainische Armee laut dem neuen Verteidigungsminister Rustem Umjerow aus 800.000 Soldatinnen und Soldaten besteht“ (Redaktionsnetzwerk Deutschland 18.09.2023). Aus Russland fehlen offizielle Zahlen, aber dass es eine wahre Fluchtbewegung über die Grenzen der Nachbarländer gegeben hat und wohl noch gibt, wird glaubhaft berichtet.

Zuspitzung im Nahen Osten

Die Lösung, das Land für Israel und Palästina entlang der Waffenstillstandslinien von 1967 zu teilen, wie es der PLO-Vorsitzende Jassir Arafat und der israelische Ministerpräsident Jitzchak Rabin 1993 vereinbart haben, kam nicht zustande. Rabin wurde 1995 bei einer Veranstaltung unter dem Motto „Ja zum Frieden, Nein zur Gewalt“ von einem jüdischen rechtsextremen Jurastudenten und Arabhasser ermordet. Inzwischen sind über 700.000 Juden im von der israelischen Armee kontrollier-

ten bzw. besetzten Westjordanland, in und um Ost-Jerusalem und auf den Golanhöhen auf palästinensischem Gebiet angesiedelt und werden von israelischen Soldaten geschützt. Das Westjordanland ist durch aufwendige Sperranlagen von Israel abgetrennt.

Die Grenze Israels zum Gaza-Streifen wird von einem 65 Kilometer langen, sechs Meter hohen Zaun abgeschlossen. Es gibt Kameras und Radaranlagen, unterirdische Sensoren zum Aufspüren von Tunnelbauten sowie Unterwassergeräte dort, wo der Zaun ins Meer verläuft. Ein- und Ausgang gibt es nur mit israelischer Erlaubnis und Kontrolle, der Übergang nach Ägypten ist gesperrt. Der Luftraum und das Meer wird ebenfalls vom israelischen Militär beherrscht. Flug- und Meereshafen stehen den Bewohnern nicht zur Verfügung. Versorgung mit Gütern, Trinkwasser und Energie ist nur von Israel aus möglich. Bis zu 18.000 Menschen aus Gaza haben oder hatten eine Arbeitserlaubnis in Israel. Rund 250.000 sind in Gaza erwerbslos. (euronews 24/01/2022, Spiegel Ausland 15.10.2023)

Vorangekommen ist Israel andererseits bei Friedensverträgen mit arabischen Staaten. 1979 wurden welche mit Ägypten, 1994 mit Jordanien geschlossen. In den letzten Jahren sind Kooperationsverträge, „Abraham Accords Declaration“ genannt mit den Ölstaaten Katar, Oman, Bahrein und den Vereinigten Arabischen Emiraten dazugekommen. Mit dem bei weitem größten, Saudiarabien, war bis zum Überfall der Hamas ein Abschluss in Sichtweite. Was bei allen diesen Erfolgen Israels für die palästinensischen Organisationen das Enttäuschendste war: Die sogenannte Palästinafrage, das Schicksal der beim Gründungskrieg Israels geflüchteten und vertriebenen und von den arabischen Bruderstaaten nicht aufgenommenen Menschen und ihrer Nachkommen spielte keine Rolle mehr. Ein militärischer Sieg über die Atommacht Israel ist längst außer Reichweite, und die wirtschaftlichen Möglichkeiten und Profite, die bei guten Kontakten mit Israel winkten, gaben für die kapitalkräftigen Ölscheichs den Ausschlag, noch dazu in einer Situation, wo ihr Bodenschatz in ökologischen Verruf gekommen und neue Anlagemöglichkeiten für ihr Kapital dringend zu suchen sind.

Der Angriff der Hamas vom Gazastreifen aus auf israelische Siedlungen diente offenbar dem Zweck, arabische Regierungen unter Druck zu setzen, und

sei es nur über den Umweg, dass als Antwort Israels ein umfassender Angriff auf den Gazastreifen mit einem Vielfachen an Todesopfern, Verwundeten und Schäden an allem Lebensnotwendigen mit großer Sicherheit zu erwarten war und zumindest die Unverhältnismäßigkeit einer zunehmend weit verbreiteten internationalen Ablehnung begegnet.

Von Israel ausgehend gibt es jetzt ein internationales Auftreten für ein „Standing together“ ohne Fahnen und Parolen, für einen Zusammenschluss von Arabern und Juden.

Das Ergebnis der Abstimmung der UNO-Vollversammlung über die Aufforderung zu einem Waffenstillstand brachte mit bloß 14 Gegenstimmen (darunter auch die Österreichs) diese Entwicklung deutlich zum Ausdruck. Auch wenn ein Waffenstillstand der Hamas zeitweilig einen Vorteil bringen mag, bleiben Krieg und Sieg ihr Ziel wie das der Führung Israels. „Israel is a country that has no place on our land“, sagt ein Führer der Hamas. „We are fighting human animals, and we are acting accordingly“, der Kriegsminister Israels.

Von Israel ausgehend gibt es jetzt aber ein internationales Auftreten nicht mehr für eine Zweistaatenlösung, sondern für ein „Standing together“ ohne Fahnen und Parolen, für einen Zusammenschluss von Arabern und Juden gegen die Kriegstreiber, gegen die israelische Regierung wie gegen die Hamas und Konsorten. Die Vorstellung von einem friedlichen Zusammenleben eines national-jüdischen und eines national-palästinensischen Staats wird in Frage gestellt. Nation und Staat sind letztlich kein Friedenskonzept, sie tragen Konkurrenz und Krieg in sich wie die Gewitterwolken Blitz und Regen. Das ist durchaus ermutigend.

Nikolaus Dimmel

Tote Pferde kann man nicht reiten

Die Universitäten als Zentren der Kritik sind tot

Ausgangspunkt: ein universitäres Budgetloch in der Periode 2022–24 in Höhe von 1,2 Mrd. Euro. Markierungspunkte der medialen Erregung: geschlossene Unis, abgeschaltete Heizungen, Personalstopps. Akt der Befreiung: der Finanzminister gewährt 2025–27 ein Budget von insgesamt 16 Mrd. Euro. Es folgt: staatstragende Zustimmung der Universitätenkonferenz. Tenor: Die allseits beschworene Krise der Universitäten ist abgewendet. Echt jetzt?

Ist doch der Krisenbefund ein wesentlich komplexerer, fehlt nicht bloß das Geld, an dem es den Universitäten mangelt. Es fehlt vielmehr die „universitas“, die selbst-verwaltete Gemeinschaft der Forschenden, Lehrenden und Lernenden. Längst schon gehen zwei Reden ineinander über: nämlich jene der unternehmerischen Universität und jene des Todes der Universität. Ersteres hat Terry Eagleton damit umschrieben, dass die Academia zur Propagandamaschine des Marktfundamentalismus sowie zum Diener des Status quo geworden ist. Letzteres wird darin deutlich, dass die Logiken und Regularien des Marktes direkt in eine zugleich managerielle und politisch funktionalisierte Universität eingebrochen sind:

Zum Ersten werden Geistes- und Sozialwissenschaften in den Hintergrund gedrängt. Zugleich beanspruchen die Grundlagenwissenschaften des 6. Kondratieff-Zyklus, nämlich die Verschmelzung von „Digital Sciences“ (etwa: künstlicher Intelligenz) und „Bio Sciences“ (etwa: synthetische Biologie), den Großteil der zum Marktplatz gewordenen Wissenschaftsförderung für sich. Wissenschaft wird Markt, Wissenschaftsarbeit prekarisiert. Die Durchkapitalisierung der Universität als ausgelagerter Wissensmanufaktur der Industrie (Pharma, Werkstofftechnik, Energiewende) geht ungebremst vonstatten.

Zum Zweiten werden in jenen ohnehin marginalisierten Wissenschaftssegmenten vor allem solche Vorhaben gefördert, welche die Codes eines abstrakten Globalismus und paralyisierenden „Differentialismus“ bedienen:

Ersteres mündet darin, dass sich „gute Wissenschaft“ durch eine Konzentration auf Methoden und abstrakte Systemvergleiche auszeichnet, während konkrete gesellschaftliche Verhältnisse und Konfliktlinien in den sozialen Kämpfen des vorfindlichen gesellschaftlichen Umfeldes ignoriert werden. Entsprechend wird wissenschaftliche Reputation hierzulande eher durch den Vergleich von Beschäftigungsbedingungen von immigrierenden Au-Pairs in Malaysia und Peru als durch die Analyse der Arbeitsbedingungen von Matrazen-Näherinnen in Tumeltsham erwirtschaftet.

Letzteres wird an der Logorrhö jenes sozial- und geisteswissenschaftlichen Indifferenzgeredes deutlich, in dem jede klare Aussage sofort mit dem Hinweis auf die Subkomplexität der Aussage oder die unzureichende Differenziertheit der Befundaufnahme konterkariert wird. Wer sich aus dieser Welt der Gödel’schen Schleifen aus ineinander verschränkten Relationen (Botschaft: Klasseninteressen sind Fiktionen) verabschiedet, gilt denn eher als Propagandist denn als Wissenschaftler.

Hinzu kommt, dass das ohrenbetäubende neoliberale Innovationsmantra dazu führt, dass eigentlich in die Jahre gekommene Befunde wie jener der multidimensionalen sozialen Ungleichheit fortwährend durch neues „Begriffsblech“ aufgemotzt werden müssen, hier etwa die „Intersektionalität“ der Diskriminierung. An die Stelle vertikaler sozialer Ungleichheiten und Ressourcenkämpfe sind horizontale Ungleichheiten sowie Wettbewerbe um das jeweils „beste Opfer“ getreten. Wer den *woken* „Ich bin diskriminiert“-Wettbewerb gewinnt, darf erfolgreich Regelexemtionen und „Grants“ für sich in Anspruch nehmen.

In eben jenem Maße, in dem die politischen „Rackets“ eine marktkonforme Demokratie eingefordert haben, hat die Universität marktkonforme Ausbildung (nicht: Bildung) und auf (Finanz-)Märkten verwertbare, profitable Forschungsergebnisse geliefert. Anschaulicher kann man nicht machen, was mit dem Begriff „Gouvernementalität“ gemeint ist, nämlich die Selbstführung der Universitäten als Unternehmen zur Erzeugung von sozialer Konformität mit der Durchkapitalisierung aller gesellschaftlichen Interaktionsformen. Nach der formellen folgt damit die reelle Subsumtion der Wissenschaften unter das Kapital.

Darein fügt sich, dass die Universitäten – angetrieben von einer an Zielvereinbarungen orientierten Budgetierung – sowohl die Zwangsvorstellung permanenter Selbst-Quantifizierung als auch eine kollektive Drittmittel-Neurose kultiviert haben. Sie verstehen sich als Produzenten auf Bildungsmärkten. Als solche führen sie „Wissensbilanzen“ wie Trophäen vor und optimieren ihren Output, nämlich Absolventenzahlen. Ihre Wissenschaftlichkeit lassen sie sich von Algorithmen bestätigen, die für englischsprachige „Rated Journals“ Impactpunkte vergeben.

Dass die Universitäten von einem allgemeinen Steuerzahler aus Lohnsteuer, Mehrwertsteuer und Mineralölabgaben finanziert werden, um konkrete gesellschaftliche Problemstellungen zu verhandeln (sinnstiftend Arbeiten, menschenwürdig Wohnen, Sicherstellung der sozialen Reproduktion, soziale Absicherung, Nachhaltigkeit des Konsums, Reparatur zerstörter Biosphären) ficht sie nicht an. Sie haben am Ende dieses Gangs weitreichend an gesellschaftlicher Relevanz verloren, aber an ökonomischer gewonnen. Mehr konnte sich das politische „Racket“ der Charaktermasken der Kapitalverwertung gar nicht erwarten.

Terry Eagleton hat die daraus resultierenden Konsequenzen nachgezeichnet. Geschichte, Soziologie oder Philosophie treten nicht bloß je vereinzelt in den Hintergrund, sondern werden überhaupt abgewertet. Allein die Politikwissenschaften reüssieren in den „Humanities“ als Schmierölkunde des „Politics“-Business. Echte Arbeitskraftunternehmen studieren nun nicht mehr nur BWL und Jus, sondern auch lernende Systeme und die Erzeugung artifizieller Umwelten, also die zweite Natur des Kapitalismus. Die erste ist schon verbraucht. Eagleton zufolge sind in dieser Umwelt „ideas and values ... for sissies“. Die Universitäten

als Zentren der Kritik dagegen tot. (Terry Eagleton: The death of universities; in: *The Guardian*, 17. Dezember 2010)

Freilich funktioniert die Umwandlung von Universitäten in Unternehmen nur mit erheblichen Reibungsverlusten. Wie damit umgegangen wird, hat der Salzburger Landeshauptmann Haslauer kürzlich uncharmant vor Augen geführt. Der Zweier-Vorschlag des Senats zu Nachbesetzung des aufgrund seines Führungsstils umstrittenen Rektors der Universität (ohne eben diesen Rektor auf den Vorschlag zu nehmen) wurde nicht nur von der unterlegenen Minderheit im Senat beim Wissenschaftsministerium angefochten, sondern vom Landeshauptmann unmittelbar sanktioniert. Haslauer stellte in seinem Hofblatt, den *Salzburger Nachrichten*, aufgrund der „Unruhen“ an der Universität (gleichzusetzen mit demokratischen Willensbildungsprozessen im Senat), derselben in der Rektors-Causa ein Ultimatum und drohte mit einem Finanzierungsstopp. Die kaum noch verklauulierte Botschaft lautet: Entweder ihr wählt einen der ÖVP genehmen Rektor oder die Landeszuschüsse werden gestrichen. Von 2016 bis 2022 flossen rund 30 Mio. Euro. In die gleiche Kerbe schlug das Wissenschaftsministerium unter Leitung von ÖVP-Minister Polaschek, der selbst zuvor auf Grundlage eines Einer-Vorschlags zum Rektor der Universität Graz gewählt worden war. Es erachtete nämlich den Zweier-Vorschlag des Senats, der den bis Ende September amtierenden Rektor für nicht geeignet hielt, kurzerhand als rechtswidrig, weil er nicht drei Kandidat:innen umfasste. Der Universitätsrat kann somit weiterhin keine Rektorenwahl vornehmen, während gegen den Bescheid des Ministeriums Beschwerde erhoben wurde. Dies macht deutlich, wie weit sich die politische Dienstklasse bereits aus ihrer Bindung an das Kapital gelöst und eigenständige, refeudalisierte Herrschaftspraktiken hervorgebracht hat.

Damit zeichnet sich ein Frondienst im Auftrag zweier Herren ab: Einerseits sollen die Universitäten nach ihrer gesellschafts-, wissenschafts- und arbeitspolitisch destruktiven Änderungskündigung als Dienstmagd des Kapitals den liberalisierten Marktwettbewerb sowohl propagieren als auch an sich selbst exekutieren. Andererseits sollen sie dies unter dem Stiefel politischer Rackets tun, welche sich anschicken, die Autonomie der Universitäten zu eliminieren und direkt in den ideologischen Staatsapparaten zu regieren.

Franz Nahrada

Globale Dörfer: Versuch einer konkreten Utopie in einer Zeit der Ratlosigkeit

Die „rücksichtslose Kritik der bestehenden Verhältnisse“ birgt wenn nicht gleichzeitig eine positive Gegenvision sie begleitet, die Gefahr in unbestimmter bis destruktivistischer Negation zu enden. Umgekehrt kann eine utopische Zukunftsfantasie ohne kritische Analyse der Gegenwart schnell unglaubwürdig und weltfremd erscheinen. Meine These: Gerade in der Verbindung von schonungsloser Gesellschaftskritik und imaginativer Utopie liegt eine enorme schöpferische Kraft. Wenn sich diese beiden Pole gegenseitig ergänzen und inspirieren, kann daraus jener produktive Widerspruch entstehen, der echte Veränderungen anstößt. Utopien können und sollen Wegweiser und Orientierung sein, Potentiale und Bedürfnisse artikulieren und das Zusammenwirken verschiedenster verdrängter und unterdrückter Energien und Potentiale antizipieren. Wenn sich zur kritischen und zur visionären Intelligenz auch noch eine pragmatische Intelligenz als dritter Pol gesellt, dann können die Veränderungen Bestand haben.

Insofern folge ich gerne der Einladung, die in meinen letzten drei Beiträgen erwähnte und angekündigte Vision der Globalen Dörfer hier in Umrissen darzustellen, als ernsthaften Gegenentwurf zu einer zunehmend katastrophischen Entwicklung und als bestimmte Negation der „Zeitenwende“ zum „kybernetischen Kapitalismus“ und seiner Auswüchse in Biopolitik und Geopolitik, informationsflutender Propaganda und kontrollträchtiger Digitalisierung – Dinge die uns gegenwärtig überrollen wie eine veritable Revolution von oben und deren Kritik ich hier als geklärt unterstelle.

Dagegenhalten gegen diese Flutwelle bedeutet nicht eine beliebige Erzählung einer möglichen Zukunft zu liefern, sondern es ist nichts weniger

als die Suche nach der nachhaltigen Kombination unserer besten Möglichkeiten, die in der Vision zum Ausdruck kommen soll. (Übrigens: was ich hier schreibe ist in 45 Stunden Radiosendungen detailliert dargestellt worden und soll demnächst ein Buch werden.)

Dabei geht es um alles andere als eine präskriptive technokratische Einheitsvision. Wenn etwas nach all den Erfahrungen der letzten hundert Jahre eine mögliche Zukunft denkens- und lebenswert macht, dann ist es gerade ein dringend benötigter Rahmen für kulturelle Unterschiedlichkeit und reale Freiheit, Formenreichtum und Kreativität, Eigensinn und Autonomie, der mit einer kooperativen Grundstruktur harmoniert. Daher kann auch keiner „bedürfnisorientierten Versorgungswirtschaft“ das Wort geredet werden wie etwa bei Alfred Fressin in seinem gleichnamigen Buch. Das Prinzip der Arbeitsteiligkeit trägt immer das Kainsmal wechselseitiger Instrumentalisierung, Abhängigkeit und subtiler Erpressung hinter der Fassade produktiver Rationalität, schafft und erhält Ungleichheit und Machtgefälle. Auszugehen wäre eher von einer Renaissance der Eigenarbeit, verbunden mit den neuen Potentialen der Technologie und einer Orientierung am Kreislauf der Natur. Das bedeutet, dass ein solcher Rahmen prinzipiell und beständig der normativen Prüfung und der kulturellen Formbestimmung durch autonome Subjekte ausgesetzt sein muss. Gerade in einer Zeit, in der sich der verhängnisvolle Gehalt von scheinbar neutralen und zustimmungsheischenden Begriffen wie „Fortschritt“, „Nachhaltigkeit“, „Solidarität“ und vielen anderen Sprachdenkmälern offenbart, brauchen wir eine Vorstellung beziehungsweise den Entwurf einer Welt, in der es maximalen Raum für Dissens gibt. Der Ideologieverdacht gegen den on-

tologischen Primat von „Gesellschaft“ besteht zu Recht – wahrscheinlich leiden wir an einem Zuviel davon. Kooperationen müssen prinzipiell aufkündbar sein, wie Christoph Spehr in „Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation“ gezeigt hat, aber das kann nicht die ganze Lösung sein, denn Verlässlichkeit von Beziehungen ist umgekehrt ebenso essentiell. Dass es diese Quadratur des Kreises aber gibt und dass sie in der Strukturierung des Raumes eine Basis findet, wird hier zu zeigen sein.

Genug der Vorrede, gehen wir zum Gegenstand oder vielleicht besser zur Idee der Globalen Dörfer selbst. Es gibt ein Leitmotiv in dieser visionären Erzählung über eine friedliche und lebendig gedeihende Welt kooperierender Gemeinwesen. Es ist dies die Idee der „großen Implosion“, die nach Eric und Marshall McLuhan („Laws of Media“) unsere Epoche trotz allem charakterisiert. Die weltweite elektronische Kommunikation mit ihren logischen Folgeerscheinungen der dezentralen Automation und Zugänglichkeit jedweder Information bringt es mit sich, dass alle möglichen Kompetenzen und Machbarkeiten überall zugleich entstehen. Die McLuhans kleideten das in das Bild eines Planeten, der sich quasi hundertfach, tausendfach vergrößert. Während alle bisherigen technologischen und medialen Fortschritte und die ihnen folgenden Aufschwünge unwillkürlich in einen Expansionsdrang mündeten, mit Kriegen und Erschütterungen im Gefolge und einem gewaltträchtigen Akkumulationszwang, sei es nun, in der „ersten globalen Renaissance“, grundsätzlich anders. Die Globalisierung von Wissen und Information bringe es mit sich, dass sie in eine noch nie dagewesene Renaissance des Lokalen umschlagen müsse. Die Umkehrung unserer Anstrengungen in die Richtung geteilten Wissens, um das Lokale überall zum Blühen zu bringen – was von Stefan Meretz das „Auskooperieren“ (keimform.de, 17.3.2008) der Konkurrenzwelt genannt wurde – steht im Zentrum der Vision. Einen ähnlichen Gedanken hat der Architekturvisionär Paolo Soleri in „Technology and Cosmogogenesis“ als den evolutionären Doppelschritt von Zunahme an Komplexität und Miniaturisierung beschrieben. „Small is beautiful“ heißt es bei Kohr und Schumacher, aber dieses „small“ ist ein angereichertes, kondensiertes. Genau das drückt der Begriff „Globale Dörfer“ aus. Eine Welt voller autarker Lebenswelten, die jede auf ihre eigene Art auf den gemeinsam gepflegten Fundus globaler Gestaltungsmuster zurückgreifen. Dabei kommt es darauf an, eine Kohärenz von

Mustern zu identifizieren, die einander verstärken und tragen. Systemzusammenhänge und Gesellschaftsformationen wuchsen ja schon immer aus solchen Kohärenzen, die stofflich-materielle mit technischen und soziokulturellen Mustern verbanden. Die Vision der Globalen Dörfer besteht aus vielen Arten von solchen Mustern aus verschiedenen Grundperspektiven, die gemeinsam Kraft und Lebendigkeit generieren.

Erste Perspektive: Der Raum

Das paradigmatische Werk für die Explikation einer solchen transdisziplinären Kohärenz ist Christopher Alexanders „Mustersprache“, die zwar im Kern Probleme und Lösungen im Bereich der Architektur thematisiert, aber zugleich sich nicht scheut, soziale, politische und kulturelle Fragen und Probleme zu thematisieren, die sich im Lauf der Geschichte in verschiedenster Form gezeigt haben und sie mit bewährten Gestaltungsmustern zu konfrontieren, die weit in die Zukunft Relevanz haben dürften. Gerade in Bezug auf die Raumperspektive finden sich hier fundamentale Argumente, die allesamt aus Alexanders Engagement für wirkliche Partizipation im Planungsprozess herühren. So scheut er sich nicht, am Beginn seines Werkes einen Ersatz von Nationalstaaten durch „Unabhängige Regionen“ vorzuschlagen, weil nur so die Rahmenbedingungen für ganzheitliches Handeln, Mitbestimmung und Selbstorganisation gegeben seien. Er spricht sich darüber hinaus gegen Stadtwachstum und Landflucht aus und für eine Intensivierung der Mensch-Natur-Beziehung.

„Liegt der Bevölkerungsschwerpunkt einer Region zu sehr bei den kleinen Dörfern, kann sich die moderne Zivilisation nie durchsetzen; liegt aber der Schwerpunkt zu sehr bei den großen Städten, wird die Erde zugrunde gehen, weil die Bevölkerung nicht dort ist, wo sie sein müsste um sie zu pflegen.“ (MS, Muster 2, Absatz 1) Stadt und Land müssten wie Finger ineinander greifen, und die Kulturlandschaft sei als ganzheitlicher Lebensraum zu gestalten: „Es gibt keine Parks, keine Farmen, keine unerforschte Wildnis. Jedes Stück Land hat Hüter, die das Recht haben, es zu nutzen, wenn es bebaubar ist, oder die Verpflichtung, es zu pflegen, wenn es wild ist. Und jedes Stück Land ist im Allgemeinen für die Menschen offen, solange sie die organischen Prozesse, die dort vor sich gehen, respektieren.“ (MS, Muster 7, Absatz 4)

>>

Die Vision der Globalen Dörfer kann daran anknüpfen: In der Tat ist das zweite Essential der Vision Globaler Dörfer die bewusste Umkehrung des Stadtwachstums und das aktive Engagement der mit Wissen, Können und Werkzeugen ausgestatteten Gemeinschaften für das Netzwerk des Lebens. Städtische Errungenschaften wie Dichte und kulturelle Vielfalt sind nicht gegen diese Naturbeziehung auszuspielen, sondern in einer neuen räumlichen Synthese unter einen Hut zu bringen.

In einem Report der UN-Abteilung DESA (Department for Economic and Social Affairs) wird der Begriff der „In Situ Urbanisation“ gebraucht – „ein Modell der ländlichen Entwicklung, bei dem die wesentlichen ländlichen Merkmale bestehen bleiben, während der Lebensstandard auf das städtische Niveau ansteigt“. (UN DESA 2021) Ganz im Gegensatz zum neomalthusianischen „Depopulismus“ – also der verrückten Idee, dass zu viele Menschen die Welt bevölkern – ist tatsächlich das Potential und die Tragfähigkeit unseres Planeten weitaus größer als derzeit benötigt, wenn wir unsere Lebensweise ändern, ohne Lebensqualität zu verlieren.

Gestaltungsmuster die hier ihren Platz haben sind: neue Kleinstadt, Landstadt, multifunktionelle, synergetische Lebendigkeitszentren, Themendörfer, Stadthügel. Aber es geht um viel mehr: Anstatt sich weiterhin exklusiv in den hochgezüchteten Wirtschaftskampfmaschinen der modernen Städte zusammenzuballen und zu verbunkern, breiten sich die Menschen in kleineren Einheiten über die ganze Oberfläche des Planeten aus, Einheiten, die von ihrer Konzeption her stationäre, hochentwickelte, quasi-organische Gebilde sind, die von ihrer Logik her eher Pflanzen gleichen, Stadtpflanzen, Dorfpflanzen, die mit Boden und Sonne verbunden sind, mit Techniken, die Wurzeln und Blattwerk ähneln, und die gleich den Pflanzen – und in Gemeinschaft mit ihnen – die stofflichen Grundlagen unseres Lebens synthetisieren.

Zweite Perspektive: Materia Nova

Je mehr wir über die Funktionsprinzipien der Natur lernen, desto mehr konvergiert unsere Technologie mit den Entwicklungen, die die Evolution über Milliarden Jahre hinweg hervorgebracht hat. Die Zukunft gehört daher einer „biomimetischen“ Technologie, welche nicht nur die bewährten Baupläne der Natur nutzt und weiterentwickelt, sondern auch das enorme Potential zu nutzen versteht, das in den Werkstoffen der belebten Welt

selbst liegt. Seien es Textilfasern, seien es verschiedenste Baustoffe, resistente Oberflächen, neue Formen der Energiegewinnung aus der Sonne und so weiter – eine „Grüne Chemie“ löst die fossile ab. Alle möglichen Produkte werden ressourcenschonend mittels 3D-Druck aus biogenen Materialien hergestellt. Abfälle gibt es nicht, alles wird wiederverwertet beziehungsweise regeneriert. Architektur drückt diese Symbiose aus Hightech und Naturnähe auf vielfältige Art und Weise aus. Die Serie „Wunderstoffe“ auf dem Sender ARTE gab einen Vorgeschmack auf diese Vielfalt – untersuchte Materialien, die das Potenzial haben, die Art und Weise, wie wir bauen und leben, zu revolutionieren – vom „denkenden Beton“ über das „transparente Holz“ zu den immensen Potentialen von Hanf, Pilzen, lebenden Brücken und vielem anderem mehr.

So entsteht eine Symbiose zwischen Mensch und Natur, eine neue, nie dagewesene Form der Kulturlandschaft. Die alte Trennung zur reinen Wildnis löst sich auf. Wir sind eins mit der belebten Welt, die uns trägt und nährt. Und dieses neue Verständnis prägt auch unseren Umgang mit ihr. Wir gestalten unsere Umwelt achtsam, als Teil eines größeren, lebendigen Netzwerks. So können wir den ganzen Planeten in diese einzigartige menschlich-natürliche Kulturlandschaft verwandeln, die einen sehr viel umfassenderen Bezug zwischen menschlichen und natürlichen Infrastrukturen herstellt – und daher auch immer die Einzigartigkeit des Ortes, den *genius loci* ausdrückt.

Dritte Perspektive: Technik

Es kann nicht genug betont werden, dass die „kybernetische Gesellschaft“, sprich die digitalen Technologien, die sich derzeit in den Händen einer unheiligen Allianz aus staatlicher Herrschaft und Privatmacht des Geldes befinden, daraus befreit und in einer völlig anderen Form entwickelt werden müssen, um die Vision Wirklichkeit werden zu lassen. Die Digitalisierung ist dafür in dreierlei Hinsicht essentiell:

Zum Ersten verbindet sie Menschen weltweit für Wissensaustausch, Innovation und Kollaboration. Digitale Plattformen und Entwicklernetzwerke erlauben es, Ideen und Designs global zu teilen. Sie sind das Repositorium der Möglichkeiten und Entwürfe, das sich ständig erweitert. Sie enthalten idealiter das allgemeine Resultat aller menschlichen Arbeit, inklusive auch der Arbeit an der Ar-

beit, an Prozessen und Verfahren. Sie sind daher auch die Grundlage von Lernen und Bildung. So wie jedes Dorf früher eine Kirche im Mittelpunkt hatte, so wird die digitale Technologie ein Gebäude des Zugangs zum Wissen der Welt schaffen, zu allen kulturellen Möglichkeiten und Perspektiven. Das „globale Dorf“ ist eben auch durch diesen Zugangs- und Lernort charakterisiert.

Die Digitalisierung ermöglicht dezentrale Produktion durch digitale Fabrikation und 3D-Druck. Komplexe Gegenstände können so vor Ort hergestellt werden, eingebettet in stofflich-regenerative Prozesse, völlig emanzipiert von der ständigen Beschleunigung der Industrie, sondern eingebettet in eine Zeitstruktur, die Qualitäten braucht. Myriaden von biomimetischen „Samenkapseln“ lösen metaphorisch gesehen die Fließbänder ab, und tatsächlich werden biologische und digitale Technologien zusammenwachsen. Die dezentralisierende Tendenz der solaren Energiegewinnung und verwandter Technologien ist eine unabdingbare Voraussetzung dieser Entwicklungen.

Die digitale Simulation ermöglicht es aber auch, einen komplexen Kreislauf aller stofflichen und energetischen Prozesse vor Ort abzubilden, was nicht einfach nur der Übersicht und Steuerung dient, sondern auch und vor allem der Abstimmung vorhandener Möglichkeiten mit menschlichen Bedürfnissen und allen möglichen strukturellen Erfordernissen. Das Geld als Medium des gesellschaftlichen Verkehrs und der Wert als Demiurg der wechselseitigen Ignoranz können erst dann verschwinden, wenn Kreisläufe ex ante abgebildet und verhandelt werden können und umfassende Kommunikation an die Stelle des Marktes tritt. Das gilt auch, wenn diese Kommunikation ganz entscheidend von der Größe und der Flexibilität der sozialen Einheiten bestimmt wird, in und zwischen denen sie stattfindet. Das Leben als beständiger Prozess von immer neuer Anpassung und der Herstellung von Verlässlichkeit. Wie immer die Sache mit der Künstlichen Intelligenz weitergeht, hier wäre wohl der sinnvollste Platz für sie.

Vierte Perspektive: Das Soziale

Es ist schon angedeutet worden: Unsere gegenwärtigen Sozietäten sind nicht das Resultat freier Assoziation, sondern eines des explosionsartigen Weiterwucherns von sesshaften Lebensweisen hin zur globalen Megamaschine, in denen sich gesellschaftliche Zwänge in einem Wettbewerb von

Machtapparaten historisch entwickelt und perfektioniert haben. Die Geschichte der Menschheit war bisher durch das Wachstum riesiger Agglomerationen geprägt, ohne Rücksicht auf die Folgen.

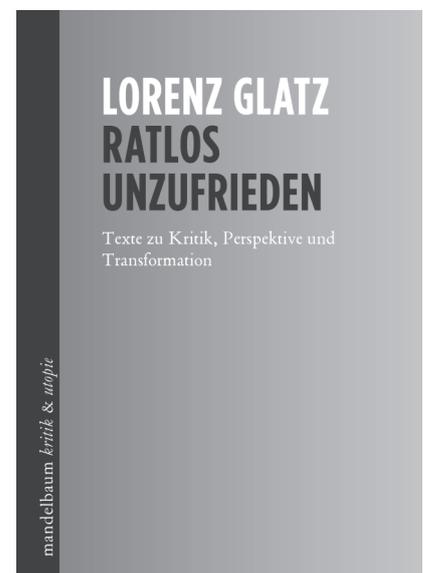
Nun eröffnet die Technologie erstmals die Chance, bewusst kleinteiligere und naturnähere Lebensweisen zu wählen – und so die Fehlentwicklungen der Vergangenheit zu korrigieren. Doch kleinteilig bedeutet nicht unbedingt, die herkömmliche Beschränktheit der Sozietäten auf Abstammung und Herkunft fortzuführen. Ganz im Gegenteil. Das Prinzip der Globalen Dörfer ist die Wahlverwandtschaft. Das Netz, das die ganze Welt umfasst, schafft die Grundlage des Zusammenfindens der Gleichgesinnten, wie David de Ugarte schön beschreibt:

„Die Vergesellschaftung via Internet nimmt die Form eines großen Meeres von Gemeinschaftsblumen an. Die Blogosphäre selbst ist ein Ozean von Identitäten und Gesprächen in ständiger Kreuzung und Veränderung, aus denen in regelmäßigen Abständen die große gesellschaftliche Verdauung

„Die Logik der Herrschaft beginnt mit der institutionellen Verdinglichung von Menschen durch Menschen. Sie steigert sich durch die Geschichte hindurch bis zur Selbstverdinglichung aller Menschen im Namen freier, gleicher, qualitätsloser Prinzipien des Rechts, des Gelds und seiner Vermehrung durch sinnlose Arbeit. Dank derer haben wir es so weit gebracht, wie wir sind.“

Lorenz Glatz
RATLOS
UNZUFRIEDEN
Texte zu Kritik,
Perspektive und
Transformation

mandelbaum
kritik & utopie
17.00 Euro
240 Seiten



stabile Gruppen mit ihren eigenen Kontexten und spezifischem Wissen herausdestilliert. ... Diese Gesprächsgemeinschaften, die sich ab einem bestimmten Punkt ihrer Entwicklung herauskristallisieren, ... beginnen in die Realität überzugehen, gegenseitiges Wissen unter ihren Mitgliedern zu generieren, was sie für diese immer mehr identitär wichtiger macht als das Traditionelle der imaginären Gemeinschaften, denen sie angehören (Nation, Klasse, Gemeinde usw.) ganz wie eine echte Gemeinschaft (Gruppe von Freunden, Familie, Gilde usw.).“ (PHYLES,p.103f) Es gibt eine wachsende Anzahl von Versuchen, das Funktionieren einer solchen auf überschaubaren Gruppen basierenden „holarchischen Welt“ (<https://bewusstseinswerkstatt.de/holarchie/>) zu begreifen. Auch wenn wir mit unseren Sozietäten auf Grundlage der „großen Implosion“ ins Kleine gehen können, auch wenn wir die gewaltsame Klammer der Nationalstaaten in Frage stellen, bedarf es doch einer Fülle von nicht nur regionalen, sondern globalen Arrangements. Eine hochgradig vernetzte Welt verbindender Infrastrukturen hat uns erstmals mit völlig neuen Möglichkeiten des Zusammenwirkens konfrontiert, so wie wir erstmals die Bilder unseres Planeten aus dem Weltraum sahen. Die Erhaltung und der Ausbau dieser Infrastrukturen der Globalen Kommunikation und Kooperation bei Ausschuss jeder als Technik maskierten kulturellen oder politischen Dominanz sollte daher das erste Lebensinteresse jeder einzelnen Gemeinschaft sein, egal wie hoch ihr Autonomiegrad auch immer sein mag. Wir sind ein planetarer Organismus – ob wir es wollen oder nicht.

Die Steigerung der Fähigkeiten aller bei Maximierung der Unabhängigkeit aller wäre leitendes Prinzip unserer Vision.

Als Referenzbeispiel für einen solchen freiwilligen Zusammenschluss kleiner Einheiten könnte die Schweiz dienen, die weder eine gemeinsame Kultur noch Sprache brauchte um in ihrer Zeit ihre Unabhängigkeit von den Großmächten zu erkämpfen. Und was die Struktur der Entscheidungsfindung anbelangt, so lehrt uns z.B. das indianische Medizinrad, die Gegensätze und Polaritäten zum Ausgangspunkt der Integration zu machen statt das Spiel von Mehrheit und Minderheit.

Die Steigerung der Fähigkeiten aller bei Maximierung der Unabhängigkeit aller wäre tatsächlich leitendes Prinzip unserer Vision.

Fünfte Perspektive: Kultur und Sinn

Eingangs wurde in Kritik an Christoph Spehr eine Auflösung des Widerspruches zwischen Freiheit des Verlassens und Notwendigkeit der Existenz von verlässlichen Kooperationen gefordert. Jene unaufgelöste Paradoxie ist in der Vision der Globalen Dörfer der Ausgangspunkt, die Ko-Existenz einer möglichst großen Vielzahl an gelebten und lebbareren Kulturen zu fordern, zwischen denen Individuen eine „Abstimmung mit den Füßen“ vornehmen können. Kein Mensch gehört einer Kultur, und doch ist das Verlassen einer Kultur nur mit dem Eintritt in eine andere sinnvoll. Dies in diversen Räumen umzusetzen und zu manifestieren wird wohl unser größter planetarer Reichtum sein. Und die Lösung des alten philosophischen Rätsels von Freiheit und Gleichheit.

Sechste Perspektive: Evolution

Viele Fragen bleiben offen. Eine davon: Ist das jetzt ein Aufruf zur Stagnation? Was ist mit der Expansion in den Weltraum, den Zivilisationsphasen von Kardaschow und ähnlichem? Meine trockene Antwort: Wir sollten eher die Hausaufgaben der Menschheitswerdung mal auf unserem wunderschönen Planeten erledigen, statt die absurden Widersprüche unseres Gesellschaftssystems ins ungemütliche All zu tragen. Dennoch ist dieser Planet zu fragil, als dass wir als Menschheit gänzlich darauf verzichten könnten, ihn durch eine gemeinsame Anstrengung in Richtung Weltraum vor kosmischen Wuchtbrummen zu schützen. Wie gut, dass es dafür ganz sicher eigene Neigungsgruppen und Kulturen geben wird!

WEITERFÜHREND

MS: <https://einemustersprache.de>

PHYLES: David der Ugarte, „Phyles: Economic Democracy in the Network Century“

45 Radiosendungen „Willkommen im Globalen Dorf“, <http://www.dorfwiki.org/>

Hendrik Wallat

Die Progressiven

Thesen zur fortschreitenden Regression der Linken

Die politische Gegenwart weist die Mainstream-Linke als ausgesprochen autoritär aus. Man hält sich, die eigene Geschichte mittlerweile weniger verdrängend als überhaupt nicht kennend, irgendwie immer noch für die Guten, die per se moralisch überlegen sind. Andere Menschen zu erziehen, fühlten sich Progressive schon immer berufen, ihren Beglückungsfantasien notfalls auch mit Gewalt nachzuhelfen, dazu sehen sie sich gleichsam naturrechtlich legitimiert, schließlich geht es ja um das Gute, das man sich einbildet selbst zu sein. Offensichtlich ist, dass gerade diese Hybris immer wieder zur Rechtfertigung von Herrschaft und Gewalt beigetragen hat. Die meisten Linken haben, wie ihre gesamte Geschichte, eine Abfolge von politischen Tiefpunkten, lehrt, schlicht überhaupt keine Probleme mit autoritären politischen Programmen und kollektivistisch-etatistischem Machbarkeitswahn. Die Freiheit des Einzelnen ist ihnen weder Ziel noch unbedingtes Gut; auf ein solches zu bestehen, sei vielmehr gleichermaßen autoritär wie asozial. Das Individuum ist ein potentieller Störfaktor für die progressive Weltbeglückung. So verkehrt der liberale und rechte Populismus daher auch liegt, wenn er, entweder nichts begreifend oder schlicht Klientelpolitik betreibend, die derzeitigen tiefgreifenden politischen und gesellschaftlichen Transformationen in einen autoritären digitalen Bio-Kapitalismus als öko-sozialistische Machtübernahme anprangert, so sehr wohnt daher selbst noch diesem Irrtum ein Körnchen Wahrheit inne.

Der progressive Support des autoritären Umbaus der kapitalistischen Gesellschafts- und Herrschaftsverhältnisse rührt nicht nur daher, dass Teile der Linken längst zum Establishment der ideologischen Staatsapparate gehören; das ist eine

simple Tatsache, deren politische Folgen recht vulgärmaterialistisch, darum aber noch lange nicht verkehrt auf der Hand liegen. Er ist auch darin begründet, dass viele bis heute ungebrochen in der unaufgearbeiteten Tradition des linken Autoritarismus der Umerziehung und etatistischen Gesellschaftstransformation stehen. Zu mehr als zu einem formalen Bekenntnis zur Demokratie und ihrer Verfassung hat es ein Großteil der Linken nie gebracht. Sie haben von diesen keinen Begriff als Vermittlungsformen kapitalistischer Herrschaft und pflegen zu ihren bürgerlich-rechtstaatlichen Prinzipien ein rein taktisch-politisches Verhältnis. Wo sie das Sagen haben, darf sich daher das Individuum auch in Zukunft schon einmal warm anziehen. Vorerst gerät es bisher nur unter ideologisch-medialen und sozial-technologischen Dauerbeschuss, der sich auf das sinnliche Streben nach (auch materiellen) Glück und die liberale, rechtsstaatlich verbrieft Willkürfreiheit des Einzelnen richtet. Letztere wird von vielen Linken nicht als dialektischer und aufzuhebender Fortschritt begriffen, der historisch nicht von der bürgerlich-kapitalistischen Vergesellschaftung zu trennen ist. Materielles Glück und individuelle Autonomie können zwar aufgrund des Klassencharakters dieser Vergesellschaftungsweise und ihrer subjektlosen Systemzwänge strukturell nicht universell und materiell verwirklicht werden; die politisch-rechtlichen Bewegungsformen bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung sind daher auch solche der abstrakten Herrschaft des Kapitals, nicht aber der konkreten Freiheit autonomer Individuen. Sie stellen dennoch gewiss nicht bloß eine „bürgerliche“ Rechtsfertigungslüge zur ideologischen Absicherung von asozialen Privilegien dar, als welche sie zunehmend (wieder) denunziert werden.

I. Weite Teile der Linken sind nicht weniger autoritär, konformistisch und staatsgläubig wie der Rest der Bevölkerung. Dies betrifft die psychische Subjektkonstitution wie die politische Praxis gleichermaßen. Die meisten Linken stehen, wie (un-)bewusst auch immer, zu einem Großteil in der Tradition des sozialdemokratischen Autoritarismus, sofern sie reformistisch orientiert (und auch grün) sind, in einem geringeren Maße, dort, wo man sich noch der Revolutionsromantik hingibt, in der des bolschewistischen Totalitarismus, wobei der tschekistische Ungeist in einer völlig auf den Hund gekommenen „Antifa“ fortlebt. Von den bürgerlichen Freiheitsrechten und der demokratischen Verfassung der kapitalistischen Verhältnisse haben sie alle zumeist so wenig einen Begriff, wie sie zugleich ein rein instrumentelles Verhältnis zu ihnen pflegen. An die Stelle der Selbstbefreiung und Autonomie setzt der autoritäre Mainstream-Linke bis dato Umerziehung, Moralismus und digitale Denunziation – nicht nur im Politik- und Medien-, sondern auch im Wissenschaftsbetrieb. Darüber hinaus wandern, was strukturell gravierender ist, progressive Ideologeme zusehends derart weit in die herrschende Politik ein, dass die Momente der Rationalität im Irrationalen und des Fortschritts bürgerlicher Vergesellschaftung vermehrt zerstört werden. Das betrifft einerseits die repressive Moralisierung individueller Lebensführung und die Beschneidung der Willkürfreiheit des Einzelnen im Namen einer reaktionären „sozialen“ Freiheit, einem gegenwärtigen Hot-Spot-Ideologem der autoritären Linken. Andererseits werden, direkt mit der repressiven Moralisierung zusammenhängend, zunehmend die rationalen und emanzipatorischen Momente des bürgerlichen Rechts zerstört und damit die staatliche Sicherung abstrakter Freiheit und Gleichheit aller Individuen unterminiert. Diese progressive Regression geschieht in Namen einer reaktionären „Gerechtigkeit“, deren normativer Bezugspunkt nicht mehr virtuell autonome und nicht-identische Subjekte, sondern Gruppenidentitäten und politisch korrekte Gesinnungen sind, denen der Einzelne subsumiert wird.

Neu ist das nicht für die Linke, neu ist, dass sich ihre regressive Polit-Propaganda gesamtgesellschaftlich ausbreitet, sogar bis in das Bundesverfassungsgericht hinein, einer zutiefst vordemokratischen Institution der deutschen Staatsverfassung, die jedoch im Zweifelsfall (vor „Corona- und Klimanotstand“) immerhin rechtsstaatliche Normen häufig gegen autoritäre Politik

verteidigte. Zu dieser Entwicklung passt, dass man im „alten weißen Mann“ den Klassen- und im rechten „Schwurbler“ den Fortschrittsfeind auch wieder handfest zu personalisieren versteht. An ihnen darf der progressive Gutmensch seine eigene, schlecht unterdrückte Aggression dann umso ungehemmter ausleben und im Kampf gegen die überall lauende Verschwörungstheorie der eigenen Verschwörungsmoralität freien Lauf lassen. Nicht die irrationalen Verhältnisse brüten dieser zufolge den Wahn aus und schreien nach Kritik, sondern ihre irrationale rechte Kritik wird zur eigentlichen Quelle der Bedrohung der Wirklichkeit. Mit dieser hat sich die Linke längst derart ausgesöhnt, dass sie sich ihre grundsätzliche Kritik nur noch in Form von wahnhaften Verschwörungsideologien „regressiver Rebellen“ (Amlinger/Nachtwey) imaginieren kann, was selbst lupenreiner Ausdruck jener verschwörungsideologischen Verkürzung und Personalisierung gesellschaftlicher Phänomene ist, die man dem potentiell stets mindestens strukturell antisemitischen Anderen a priori wie kollektiv unterstellt – um ja nicht mehr sich auf irgendeine inhaltliche Diskussion einlassen zu müssen, zugleich aber den eigenen Verein mittels der projektiven Konstruktion eines äußeren Feindes zusammenhalten zu können; wahrlich kein Privileg von Rechten. Dass Linke, die hinter jedem falschen Blick eines Polizisten strukturellen Rassismus wittern, die meinen, dass die Gewalt dieser Gesellschaft ursächlich von der Polizei selbst ausgeht, und zur Freude des sich ausbreitenden Racketwesens ihre Abschaffung im Hier und Jetzt fordern, gleichzeitig aber nach härtestem Durchgreifen der Polizei gegenüber politisch unkorrekten Protesten lechzen, offenbart die gerne hinter Polit-Phrasen sich verbergenden Abgründe dieses politischen Milieus. Die Linke ist als Meister der Doppelmoral, anders als sie es sich einbildet, keinesfalls per se eine Kraft der Emanzipation, wie ihre Geschichte und Gegenwart jeden lehrt, der nicht bereits Opfer ihrer progressiven Ticketmentalität und ihrer Geschichtsmythologie geworden ist.

II. Konformismus und Autoritarismus der Linken werfen ein bezeichnendes Bild auf die Universitäten, in deren sozial-, kultur- und geisteswissenschaftlichen Fakultäten nicht wenige Mitglieder dieser Spezies akademisch sozialisiert werden. Das Maß an Konformismus und Halbbildung, welches dort systematisch produziert wird, dürfte selbst für denjenigen erschreckend sein, der kein idealistisches Bild von den bürgerlichen Bildungsanstalten

hat. Besonders frappierend ist die postmoderne Melange aus politischer Denunziation von Wissenschaft als Macht- und Herrschaftsform (des weißen Mannes) und gleichzeitig krudester Apologie positivistischen Flachdenkens, einhergehend mit der Ausblendung der Funktion und Organisation des Wissenschaftsbetriebs in kapitalistischen Gesellschaften. Dies ist freilich nur auf den ersten Blick ein Widerspruch. Dessen verbindende Klammer ist der postmodern-gramscianische, von den Rechten als „Kulturmarxismus“ etikettierte Kampf um Macht und Hegemonie, der in stalinistisch-nietzscheanischer Manier Kritik und Wahrheit als Leitbegriffe der (Selbst-)Aufklärung offensiv zerstört (nicht zuletzt, indem diese als Inbegriff von Herrschaft denunziert werden). Wo das Argument und seine Objektivität nichts, willkürliche Gesinnung und (unter-)privilegiertes Standpunkt hingegen alles zählen, sind Cancellen und Denunziation keine Auswüchse, sondern die offensichtliche wie adäquate Erscheinung des Wesens selbst. Eine Lehre, die man überall ziehen kann, wo der progressive Zeitgeist sein Unwesen verbreitet. Am krassesten und gleichzeitig gefährlichsten ist dies im Bereich des Islam-Appesaments der Fall. Hierzu gehört auch die Erkenntnis, dass ein Großteil der progressiven Ideologie hegemonial geworden ist und sich komplett kapital-kompatibel verhält; bei mir vor Ort weht vor einem autonomen Wohnprojekt, einem großen Sozialdienstleister und dem örtlich größten Industrieunternehmen die gleiche bunte Flagge. Ideologisch sind die Progressiven offensichtlich die herrschende Klasse. Sie steht in keiner Hinsicht antagonistisch zum kapitalistischen System, sondern ist eine ihrer gerade für dessen ideologische Reproduktion zentralen Stützen.

III. Es ist daher auch kein Wunder, dass bis weit in die Kreise kritischer Theorie hinein nicht dialektische Gesellschaftstheorie betrieben wird. Stattdessen hat man sich dem metaphysischen und politischen Positivismus verschrieben. Anders als es für diesen konstitutiv ist, gilt es für dialektische Kritik, nicht nur den Meinungssubjektivismus, den die linken Wissenschaftsfreunde jenen „Schwurbälern“ vorhalten, die ihre unwissenschaftliche Meinung autoritär-wahnhaft absolut setzen, als geistige Verfallserscheinung kapitalistischer Vergesellschaftung zu dechiffrieren. Es wäre nicht weniger deutlich zu machen, dass die andere Seite der Hypostasierung der subjektiven die autoritäre Durchsetzung der gesellschaftlich als wahr sanktionierten Meinung durch die politisch-mediale

Macht darstellt – wovon die positivistisch und demokratisch geläuterten Linken nichts wissen wollen. Es ist hier nicht der Ort, Adornos hochaktuellen Essay *Meinung Wahn Gesellschaft* im Einzelnen zu erörtern oder seinen provokativen Aphorismus *Pseudomenos* aus der *Minima Moralia* zu diskutieren. Festgehalten zu werden verdient allerdings allemal der Sachverhalt, dass die naive Gegenüberstellung von objektiver Wahrheit auf der einen, guten und richtigen Seite von Wissenschaft und öffentlicher Mehrheitsmeinung und einer falschen und verkehrten Meinung auf der anderen Seite, sich ganz sicher nicht auf Adorno berufen kann, was selbstredend nichts über die (Un-)Wahrheit einer Aussage besagt: „Über das, was wahr und was bloße Meinung, nämlich Zufall und Willkür sein soll, entscheidet nicht, wie die Ideologie es will, die Evidenz, sondern die gesellschaftliche Macht, die das als bloße Willkür denunziert, was mit ihrer eigenen Wahrheit nicht zusammenstimmt. Die Grenze zwischen der gesunden und der pathogenen Meinung wird in praxi von der geltenden Realität gezogen, nicht von sachlicher Einsicht.“ (Adorno, Theodor W.: *Meinung Wahn Gesellschaft*. Gesammelte Schriften Bd. 10.2, Frankfurt/M. 1997, S. 578) Selbstredend stellt dies keine Apologie von irrationaler Querulantentum dar. Wer pathologische Meinungen ideologiekritisch sezieren will, kann sich aber nicht in die Tradition der Kritischen Theorie stellen, wenn er nur jenen (individuellen und kollektiven) Wahn analysiert, der von der offiziellen Meinung abweicht. Dem pathologischen Dissens eines irrationalen Meinungssubjektivismus korrespondiert die Pathologie des öffentlichen Konsenses. Beide sind zwei sich bedingende Pole irrationaler Vergesellschaftung. Eine einfache, undialektische Entgegensetzung von irrational/pathologisch/unwahr und rational/gesund/wahr kann es bezüglich einer selbst hochgradig irrationalen Gesellschaft überhaupt nicht geben – eine Irrationalität, die ganz wesentlich auch eine ihrer Öffentlichkeit, ihrer medialen Meinungsbildung, ihres Wissenschaftsbetriebs und ihrer Subjektformen ist, wobei es mehr als fraglich ist, dass ausgerechnet jene „Gesunden“, welche die öffentliche (Staats-)Meinung unhinterfragt teilen, per se weniger autoritär, dafür rational-reflektierter agieren und urteilen sollen als die pathologischen „Querdenker“. All dies kann nur als ausgemacht annehmen, wer positivistisch oder hegelianisch denkt, was am Ende beides metaphysisch dasselbe ist und das Gegenteil von Kritischer Theorie darstellt. Wem das Ganze aus guten Gründen das Unwahre ist, dem kann die

Wirklichkeit nicht eine Erscheinung der Vernunft sein, als welche sie jene begreifen, die den Schwurblern und Verschwörungsgläubigen mit staatlich beglaubigten, mehr oder weniger wissenschaftlich fundierten Faktenchecks zu Leibe rücken. Jene haben den Positivisten und Staatshegelianern allemal die Ahnung voraus, dass diese Welt tatsächlich substantiell irrational ist, was sich freilich bei ihnen in irrationalen Formen wie etwa Verschwörungsglauben etc. äußert. Das Gegenteil dieser pathogenen Meinung ist jedoch nicht die gesunde, die durch politische Autorität und Medien verbreitet wird, um sodann vom demokratischen, angeblich so gar nicht autoritären Subjekt abgenickt zu werden, sondern kritisches Bewusstsein, das diese Dialektik austrägt, nicht aber politisch willfährig leugnet: „Die Idee der freien Meinungsäußerung, die von der Idee einer freien Gesellschaft nicht getrennt werden kann, wird notwendig zu dem Recht, die eigene Meinung vorzubringen, zu verfechten und womöglich durchzusetzen, auch wenn sie falsch, irr, verhängnisvoll ist. Wollte man aber darum das Recht der freien Meinungsäußerung beschneiden, so steuerte man unmittelbar auf jene Tyrannei los, die freilich mittelbar in der Konsequenz von Meinung selbst liegt. Der Antagonismus im Begriff der freien Meinungsäußerung läuft darauf hinaus, dass dieser die Gesellschaft als die von Freien, Gleichen und Mündigen setzt, während die eigene reale Einrichtung all das hintanhält und einen Zustand permanenter Regression der Subjekte produziert und reproduziert.“ (Adorno, ebenda, S. 590)

IV. Zu den ideologischen Entwicklungen der Gegenwart gehört auch, dass neben der Queer-Ideologie und einem identitären wie anti-universalistisch-reaktionären Anti-Rassismus weitere Verfallsformen Kritischer Theorie zu Elementen der herrschenden politischen Ideologie geworden sind. Neben der Sozialpsychologie des autoritären Charakters und dem Schlagwort der konformistischen Rebellion, die sich, würde man sich dabei nicht selbst ertappen, ganz wunderbar auf jene münzen ließen, die sie in ihrem Integrationsideologem des „Kampfes gegen Rechts“ stets im Munde führen, ist allen voran die kritische Theorie des Antisemitismus und die (an sich richtige) Analyse der kapitalistischen Gesellschaft als abstrakte, subjektlose Form der Herrschaft zu nennen. Die kritische Theorie kapitalistischer Vergesellschaftung als strukturell antisemitischer hat sich längst zur Abwehrideologie von Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft verkehrt, die nun selbst als (struktu-

rell) antisemitisch denunziert wird; institutionalisiert ist diese Verkehrung, die Kritik mundtot machen soll, den sozialen Grund des Antisemitismus notwendig reproduziert und antisemitische Praxis verharmlost, in Gestalt des Antisemitismusbeauftragten. Dies ist kein Plädoyer für dessen Abschaffung, auch nicht für die Schleifung politischer Demokratie-Bildung; politische Bildung, gerade die Aufklärung über jene Fundamente der bürgerlichen Demokratie und die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, die gerade auch von progressiven Ideologen angegriffen werden, ist aktueller denn je. Man sollte nur nicht so tun, als ob all dies etwas mit kritischer Gesellschaftstheorie oder gar Kritik zu tun hätte. Vielmehr handelt es sich um ideologische Institutionen und Praktiken, die Ausdruck von gesellschaftlichen Widersprüchen sind, die sie notwendig reproduzieren. Oder anders und kürzer ausgedrückt: Dass sie notwendig sind und es kaum Ansätze besserer Alternativen gibt, besagt nicht im Geringsten, dass sie deswegen in irgendeinem Sinne an sich gut und vernünftig wären. Die Grenzen einer solchen politischen Aufklärung gegenüber regressiven politischen Ideologien sind strukturell-absolut. Vermittelte und rationalisierte Formen von Herrschaft, die nicht per se für kapitalistische Vergesellschaftung, aber doch für ihre westlich-bürgerliche Gestalt (wenigstens für einen längeren Zeitraum) konstitutiv (gewesen) sind, bezeichnen eben nicht die Abschaffung von Herrschaft, Ausbeutung und sozialer Irrationalität, sondern allein ihre fortschrittlichste Vermittlungsform, die es unbedingt gegenüber den ubiquitären Tendenzen der gesellschaftlichen Regression zu verteidigen gilt.

Eng mit dieser Problematik verbunden ist die Verkehrung der Kritik an verkürzter Kapitalismuskritik zu einer hegelianisch-systemtheoretischen Ideologie, die einerseits das Kapital nicht mehr als verdinglichtes und verselbstständigtes gesellschaftliches Verhältnis, sondern zu einem abstrakten, sich dem absoluten Geist gleich selbst setzenden Subjekt fetischisiert, andererseits banalste Fragen nach offenkundigsten gesellschaftlichen Machtverhältnissen und politischen Interessen als politisch und theoretisch reaktionär, strukturell antisemitisch abkanzelt.

V. Offensichtlich sind weite Teile der Linken nicht fähig oder willens zu einer materialistischen Analyse der kapitalistischen Gesellschafts- und Herrschaftsverhältnisse. Dies betrifft insbesondere den Staat des Kapitals und seine demokratische Ver-

fassung. Gerade von der Demokratie und ihrer Verfassung herrscht ein normativistisches, zutiefst ideologisches (Miss-)Verständnis vor. Während politisch ein taktisches wie desaströses Verhältnis zu den bürgerlichen Freiheitsrechten dominiert, mutiert die Demokratie gleichzeitig zum Reich der Freien und Gleichen, das hier und da vielleicht ein paar akzidentielle Probleme aufweist, der Substanz nach aber mit Herrschaftsfreiheit gleichgesetzt wird. Dass die (unbedingt verteidigungswürdige) abstrakte demokratische Freiheit und Gleichheit, die sich in der Rechtssubjektivität verwirklicht, die adäquate, allerdings historisch erkämpfte und keinesfalls zwingende Bewegungsform kapitalistischer Unfreiheit und Ungleichheit ist, wird konsequent verkannt. Die derzeitigen Klassenkämpfe, die sich ganz wesentlich auch im Aufstieg des Rechtspopulismus kundtun, bleiben, in den Nebel der Demokratieideologie gehüllt, folgerichtig völlig unbegriffen. Die dechiffrierbare Tatsache, dass die kapitalistische Vergesellschaftung irrational und herrschaftsförmig ist, wird von dieser mittels eines abstrakten, politisch zunehmend hilflosen und kontrafaktischen Demokratienormativismus verdeckt. Da diesem zufolge die „real-existierende“ Demokratie an sich bereits gut, rational und herrschaftslos ist und scheinbar so gar nichts mit ihrer kapitalistischen Basis zu tun hat, kann jede Kritik an ihr nur irrational, anti-emanzipatorisch und halt anti-demokratisch sein. Diese Annahmen führen auch dazu, dass Formen der regressiven Kritik nicht mehr als irrationale Ausdrücke einer irrationalen Gesellschaft versteh- und kritisierbar werden, sondern nur noch moralistisch als böse oder psycho-pathologisierend als wahnhaft bekämpft werden. Was der gesellschaftliche Grund dieses Wahns sein könnte, bleibt folgerichtig ausgeklammert, da man sich in der demokratisch verfassten kapitalistischen Gesellschaft ja bereits im Reich der Freiheit und Vernunft wähnt. Damit ist a priori eine vernünftige Kritik an kapitalistischer Vergesellschaftung und ihres demokratisch verfassten (Rechts-)Staats ausgeschlossen, weil dem Selbstverständnis nach gegenstandslos. Dass weite Teile der Linken zugunsten der Verteidigung der Demokratie (gegen die Rechten) sich von einer materialistischen Analyse und Kritik der herrschenden Verhältnisse verabschiedet haben, ist nicht nur ein intellektueller Offenbarungseid einer ideologisch wie materiell gut im Bestehenden eingerichteten Klasse. Es hat auch die brisante politische Konsequenz, dass die vermehrt offen aufberstenden Widersprüche kapitalistischer Krisengesellschaft nur noch politisch reaktionäre Al-

ternativen vorfinden und sich folgerichtig zunehmend in diesen ausleben. Kurzum: Da es gerade auch aufgrund der Main-Stream-Linken keine substanzielle emanzipatorische Alternative zu den herrschenden Verhältnissen gibt, ist sie wenigstens indirekt eine wesentliche Ursache des Aufstiegs rechter Bewegungen und ihrer anti-emanzipatorischen wie irrationalen Kritik an den herrschenden Verhältnissen, deren eigene Irrationalität und Herrschaftsförmigkeit man hilflos leugnet, indem man sie zu einem demokratischen Reich der Freien und Gleichen umdichtet.

Dass weite Teile der Linken zugunsten der Verteidigung der Demokratie sich von einer materialistischen Analyse und Kritik der herrschenden Verhältnisse verabschiedet haben, ist nicht nur ein intellektueller Offenbarungseid einer ideologisch wie materiell gut im Bestehenden eingerichteten Klasse.

VI. Mit Rechten reden? Wer für die Abschaffung aller Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse eintritt, hat sich mit jenen Kräften, die ihre Verewigung anstreben, prinzipiell nichts zu sagen. Ihnen gilt der politische Kampf. Gleichwohl ist noch Adorno nicht davor zurückgeschreckt, mit einem ehemaligen NSDAP-Mitglied wie Arnold Gehlen zu diskutieren, wenngleich man zu Recht das Möglichste tat, diesen in der jungen postnational-sozialistischen BRD nicht auf einen professoralen Lehrstuhl hieven zu lassen. Eine solche Diskussion muss möglich sein mit Menschen, bei denen man es nicht mit echten Faschisten und Nazis zu tun hat, sondern mit jenen „Rechten“, die man sich vom Hals zu halten bestrebt ist, indem man sie propagandistisch unter jene rubriziert. Verlust politischer Urteilskraft geht hierbei Hand in Hand mit moralischer Denunziation, wo dies schlicht liberale oder konservative Positionen trifft. Der inflationäre wie hilflose Gebrauch des Nazi-Labeling verharmlost echte Nationalsozialisten und führt zu einer diskursiven Verrohung, sodass selbst dieser Vorwurf, der doch der ultimativen Delegitimation des politischen Gegners dienen soll, nur noch mit einem Achselzucken quittiert wird. Das progressive Anti-Nazi-Schwert stumpft in demselben Maße ab, wie es offensichtlich aus instrumentellem Geschichtsrevisionismus geschmiedet und willkürlich-inflationär gegen den politischen Gegner geschwungen wird. Dass die politisch etablierten Demokraten vor einer Diskussion mit den Rechtspopulisten zurückschrecken und sie stattdessen dämonisieren, zeugt

davon, dass sie sich wenigstens unbewusst ihrer Sache nicht gar so sicher sind – mit Recht. Wer nicht mehr zu bieten hat als eine subjektive Gesinnung, die sich zugleich selbst die Absolution erteilt, moralisch überlegen und unangreifbar zu sein, zieht sich, substantiell anti-dialektisch, auf eine sich absolut setzende identitäre und abstrakte Position zurück, die, noch vor aller inhaltlich-konkret begründeten Schwäche, in sich strukturell fragil ist, da sie, im eigenen Dünkel blind befangen, den Widersprüchen der Wirklichkeit durch ihre illusorische Leugnung entgehen zu können meint. Die Demokraten machen es den Rechten in der Tat leicht, die für jeden, der auch nur ein Fünkchen politischer Urteilskraft hat, evidente Diskrepanz zwischen Wirklichkeit und Ideologie für sich politisch gewinnbringend auszuschlachten. Diese ist so eklatant, dass progressive Demokraten meinen, diese scheinbar nur noch dadurch verdecken zu können, dass sie mit dem Vorwurf der strukturell antisemitischen Verschwörungstheorie um sich werfen und die Politisierung der gesellschaftlichen Widersprüche als Populismus abkanzeln. Die Linke macht sich selbst überflüssig, wenn sie diesem demokratisch-identitären Standpunktdenken und seiner Realitätsleugnung folgt und sich selbst nur noch durch ihr abstraktes Gegenüber, die Rechten, negativ definiert. Die von den Rechten aufgegriffenen und politisch reaktionär ausgeschlachteten Widersprüche kapitalistischer Krisenvergesellschaftung sind nicht durch das eigene Einreihen in die demokratische Einheitsfront zu leugnen und illusorisch aus der Welt zu schaffen. Es wäre vielmehr Aufgabe der Linken, die gesellschaftlichen Widersprüche, von denen sich die Rechte nähren kann und welche die Demokraten aller Lager leugnen, zuzuspitzen und sie in einer emanzipatorischen Politik aufzuheben.

VII. Da letzteres sich nicht annähernd irgendwo anbahnt, kommt die libertäre Linke in eine reichlich absurde Situation. Sie muss derzeit mehr denn je die Mindeststandards jener bürgerlich-kapitalistischen Zivilisation und ihrer politisch-rechtlichen Verfassung verteidigen, die zugleich ihre eigene Zerstörung ausbrüten. Man hält aufgrund mangelnder Alternativen also etwas am Leben, das selbst der soziale Grund seiner Regression ist. Diese Absurdität eines gleichsam anarchistischen Verfassungspatriotismus, wird mittlerweile noch dadurch potenziert, dass es keineswegs allein oder auch nur primär gegen die Gefahr des Rechtspopulismus anzukämpfen gilt. Weit größer ist die Gefahr, die von den sich selbst links-liberal verste-

henden, de facto reaktionären und autoritären Machtzentren der Gesellschaft für die Restbestände liberaler Vergesellschaftung und ihre rechtlich-politischen Normen ausgeht. Die Speerspitze dieses Angriffs aus dem politischen Machtzentrum heraus sind die *Grünen*, die ihre ausgeprägteste soziale Basis im Milieu der Universitäten und den Mainstream-Medien haben. Wenn es nicht so ernst wäre, wünschte man ihnen tatsächlich jene AFD-Pest an den Hals, die sie nicht mehr loswerden können, da sie politischer Ausdruck von gesellschaftlichen Verhältnissen ist, deren Wirklichkeit die Mainstream-Ideologie beflissentlich leugnet und verdrängt; daher auch das völlig hilflose wie panische Reagieren der etablierten Politik auf den Rechtspopulismus, der den anti-emanzipatorischen Einbruch der Realität in die demokratische Ideologie anzeigt. Im Rechtspopulismus nicht den politischen Hauptfeind zu sehen, stellt keine Aufwärmung der desaströsen Sozialfaschismusthese dar. Zum einen ist die AFD schlicht nicht der zeitgenössische Widergänger der Nationalsozialisten. Zum anderen geht die Zerstörung liberaler Demokratie und bürgerlicher Vergesellschaftung momentan primär von den Zentren der politischen Macht und ihres progressiven Supports selbst aus. Diese fügen derzeit „der“ Demokratie einen Schaden zu, der bis an ihre legitimatorische Substanz reicht, indem sie sie selbst endgültig in eine rein ideologische Kulisse verkehren, zugleich ihre fortschrittlichen, rechtsstaatlichen Momente schleifen und konsequent die Augen verschließen vor der Wirklichkeit kapitalistischer Krisenvergesellschaftung, die zunehmend den Alltag der Menschen erreicht. Der Rechtspopulismus kann sich trefflich über diese Schützenhilfe der Progressiven und ihr ideologisches Dauer-Bla-Bla freuen, was ihm scharenweise Anhänger verschafft. Dass dies so einfach möglich ist, berichtet von der bittersten politischen Gegenwartslektion: Die Linke ist entweder de facto inexistent oder bildet keine emanzipatorische Alternative zum herrschenden System, sondern ist Teil, Nutznießer und ideologisch herrschende Klasse desselben.

HENDRIK WALLAT forscht
zu politischer Theorie/Philosophie,
Erkenntnis- und Gesellschaftstheorie

Peter Klein

Nachsommer der wehrhaften Demokratie

Anlass für den folgenden Text ist eine Meinungsverschiedenheit bezüglich des Ukrainekriegs, die im Herbst 2022 bei einem Telefongespräch mit Franz Schandl zutage trat. Meine unzweideutige Parteinahme für die Ukraine (einschließlich der westlichen Waffenlieferungen) wurde mir als Parteinahme für die „westliche Demokratie“ ausgelegt. Ich hätte, so Franz Schandl, meine kritische Haltung zur Demokratie verändert. Die folgenden Seiten sind in diesem Sinne eine Art Verteidigungsschrift. Die Demokratie wird hier, wie seit je in meinen Texten, als Diktatur dargestellt, und zwar als Diktatur in höchster Vollendung: als die ganz und gar unpersönlich funktionierende Herrschaft einer gesellschaftlichen Fetischform, nämlich der des (ökonomischen) Wertes, die im freien Individuum der modernen Demokratie die zugehörige Subjektform besitzt. Die Abstraktion von allen stofflichen Gegebenheiten hat es hier zu einem selbständigen Dasein gebracht, das als objektiv geltender Imperativ auftretend die stofflich-sinnliche Welt nicht nur vergewaltigt, sondern zunehmend sogar zerstört. Angesichts der Verschleißerscheinungen, die sich beim modernen Individuum und seiner Demokratie längst schon bemerkbar machen, ist die Kritik ihres fetischkonstituierten Wesens hoch an der Zeit. Sie hat aber wenig Chancen durchzudringen, solange die Identifikation mit politischen Großsubjekten à la „westliche Demokratie“ und „russisches Imperium“ im Vordergrund des Geschehens steht. Auch deswegen, nicht nur wegen des menschlichen Leids, das sie verursacht, wünsche ich der russischen Aggression das baldige Scheitern.

Vereinheitlichung der Welt

Unter dem Prozess der Demokratisierung verstehe ich jene Formgebung des abendländischen Menschen, die als Aufklärung und Modernisierung

schon seit der frühen Neuzeit abgelaufen ist. Eingemeindung in die Subjektform des Wertes, könnte man sagen. Vereinheitlichung der Welt in dieser überall gleichen gesellschaftlichen Form: abstrakte Vergesellschaftung. Es ist also ein epochaler Prozess, von dem hier die Rede ist, den man, wie etwa Hegel es tut, der dafür seinen „Weltgeist“ in Anspruch nimmt, auch schon mit Sokrates beginnen lassen kann. In der „Dialektik der Aufklärung“ steht jener „erste Wilde“ vorn dran, der damit anfing, die Welt mit einem „kalkulierenden Blick“ zu betrachten. Eine Variante Robinsons, meine ich, und insofern zur Aufklärung gehörig.

Im engeren Sinne handelt es sich aber natürlich um die Herstellung des modernen Rechtsstaates, der als sein Pendant die freie und gleiche Rechtsperson als Ansprechpartner sowohl voraussetzt als auch erzeugt. Grundlage ist natürlich die Verallgemeinerung der Warenproduktion im Zusammenhang mit der freien Lohnarbeit und dem Kapitalismus. Unmittelbar lässt sich daraus keine Handlungsanweisung ableiten. Es lässt sich nur zeigen, dass Demokratie und Kapitalismus keine der „Natur“ oder dem „Menschen“ innewohnenden Notwendigkeiten sind, sondern geschichtliche bzw. gesellschaftliche Phänomene mit Aufstieg, Höhepunkt/Blütezeit, Niedergang. Die Gefahr hierbei: dass man „gegen“ die Demokratie und den Kapitalismus ist, dabei aber jene Denkform anwendet, die selbst noch der entsprechenden gesellschaftlichen Formation angehört. Es kommt dabei eine (unvermittelte) „Kritik“ heraus, die sich, ihrer eigentlichen Absicht entgegen, um das immer noch weitere Vorankommen der abstrakten Vergesellschaftung (also von Demokratie und Kapitalismus) verdient macht, indem sie eben jenes „Wollen“ betreibt, das für die Subjektform des

Wertes kennzeichnend ist. Jenes Wollen also, das auf dem Markt und im Warenverkehr seinen Platz hat. Es ist dann das „Wollen“ oder auch „Nicht-Wollen“ von etwas, das eben kein Etwas im Sinne eines umschriebenen Gegenstandes oder Projektes ist, das vielmehr in den Verhaltensweisen, Sitten und Gewohnheiten von Millionen von Menschen liegt; in ihrer Lebenspraxis also, in der sich der Stand der Produktivkraftentwicklung äußert.

Dieses Wollen der selbstverantwortlichen Rechtsperson (zu dem der Staat und die Sphäre der Politik als die logisch notwendige komplementäre Ergänzung gehören), hat – als Freiheit, freier Wille – die Tendenz, sich von der Sphäre der existentiellen Bedürfnisse loszureißen und sich als ein eigener Wert zu etablieren, für den man sogar bereit ist, die eigene Existenz aufs Spiel zu setzen bzw. zu opfern. Verwandtschaft mit der Religion, mit Gottes Gebot etc. Es ist zu unterscheiden von jenem anderen Wollen, für das man Synonyme wie Mögen, Brauchen, Benötigen, Sehnen, Lieben etc. einsetzen kann, und das auf konkrete, handgreifliche Ziele gerichtet ist, bei denen es erlaubt ist, sie gegenständlich (oder physisch/physiologisch) zu denken: als Gegenstände möglicher Erfahrung, was moralische oder Rechtsnormen, die sich zur empiristisch gedachten Welt apriorisch verhalten, nicht sein können. Dass sie sich apriorisch verhalten, liegt natürlich daran, dass sie in den praktischen Verhaltensweisen der entsprechend disponierten Menschen (Warenbesitzer) wurzeln, in Verhaltensweisen, die zu Verhältnissen geronnen sind, von deren Herkunft diese Menschen nichts wissen – obwohl sie selbst es sind, die sie produzieren.

Vermutlich kann man mehrere Schübe der Entwicklung voneinander unterscheiden. Bei mir geht es um die Herausbildung des modernen/demokratischen Kapitalismus. Dabei unterscheide ich zwei Abschnitte oder Phasen: 1. Die liberale Phase, die mit dem aufgeklärten Absolutismus anfängt, und 2. die demokratische Phase, die, nach einem ersten Vorschein im Jahr des Terrors 1793/94, im Weltmaßstab wohl mit den beiden Weltkriegen und den Regimen der Massenaffirmation zum Durchbruch gekommen ist: Demokratische Weltrevolution. Mäßigung dieser Revolution in der modernen rechtsstaatlichen Demokratie, Synthese (bzw. Austarieren) von apriorischer Struktur (Verfassung) und populistischer Stimmung (Wahlen).

Die liberale Phase

Die erste Phase könnte man als die theoretische Phase der Demokratisierung bezeichnen. Es geht vornehmlich um das Gesetz als solches. Der Appell der Ideologen/Theoretiker wendet sich an die *Einsicht* der „vernünftigen Wesen“, sie mögen sich um ihrer persönlichen Freiheit willen als *dem Gesetz unterworfen* betrachten, nicht aber dieser oder jener Person, die lediglich einen empirischen bzw. historisch entstandenen Anspruch auf ihre Befehlsgewalt/Herrschaft besitzt (Gottesgnadentum). Das bürgerliche Bewusstsein kommt sich hier sozusagen selbst auf die Schliche, jedenfalls auf dem Niveau der Kant'schen Philosophie, die ausdrücklich die (verselbständigte) Abstraktion als solche, nämlich die reine Form des allgemeinen Gesetzes überhaupt, zum Dreh- und Angelpunkt der bürgerlichen Freiheit erklärt. In diesem Sinne kann man durchaus von Theorie, nicht bloß von Ideologie sprechen.

Von diesem Niveau aus war es dann auch für Marx möglich und naheliegend, mit der Kritik der abstrakten Vergesellschaftung zu beginnen: Das allgemeine Gesetz wendet sich an alle „vernünftigen Wesen“ (das sind solche, die sich eines eigenen Willens bewusst sind) *gleichermaßen* und setzt sie (eben darin) als voneinander *frei* und unabhängig voraus. Freiheit und Gleichheit wiederum, diese abstrakten Leitsterne der bürgerlichen Revolution, sind Momente eines im Zuge des Warentausches unterlaufenden bzw. praktizierten Verhaltens. Im Vollzug des Tausches, der logischerweise nur *freiwillig* erfolgen kann, erkennen sich die Tauschpartner wechselseitig auch als *gleichrangig* an. „Gleichheit und Freiheit sind also nicht nur respektiert im Austausch, der auf Tauschwerten beruht, sondern der Austausch von Tauschwerten ist die produktive, reale Basis aller *Gleichheit* und *Freiheit*“ (Grundrisse, S. 156). Darin wird ein Verhalten fixiert, das, zum Verhältnis geronnen, dem „Menschen“ um so mehr und um so selbstverständlicher als eine „unveräußerliche Eigenschaft“ zugerechnet wird, je mehr sich die Marktbeziehungen verdichten und ausdehnen. Der Kapitalismus, mit dessen Entwicklung die Verallgemeinerung der Marktbeziehungen einhergeht, bringt obendrein noch das Kunststück fertig, dass er, während er uns und den größten Teil der Erdbevölkerung in die gesellschaftliche Form des einzelnen Warenbesitzers kleidet, die Produktion unmittelbar zu einer Sache der (inzwischen global dimensionierten) Gesamtgesellschaft macht, wodurch der stoffliche Grund der Warenproduktion,

voneinander getrennte Produktionseinheiten, entfällt und die Warenform selbst untergraben und obsolet wird. Während sie sich allererst durchsetzt (als die objektiv wirksame und wirksam werdende Metaphysik der modernen Welt – die Wertvergesellschaftung), verliert sie ihre stoffliche Grundlage. Auch dieses Paradox konnte Marx bereits zu seiner Zeit formulieren. Freilich nicht, wie sich das „Obsoletwerden“ konkret anfühlen und gestalten wird. Das festzutellen ist unsere Sache, die Sache der Nachgeborenen.

Politisch ist die liberale Phase schwach auf der Brust, gleichsam als nihilistisch einzustufen. Welches *Personal* sich um den Standpunkt der abstrakten Allgemeinheit bzw. der Gesetzesherrschaft verdient macht, ist mehr oder weniger gleichgültig. Es muss nur aufgeklärt sein, sollte kein primitiver Rabauke sein, der die Herrschaft vor allem zur persönlichen Vorteilsnahme benützt. „Erster Diener des Staates“ ist die Devise Friedrichs II. von Preußen, des alten Fritz. In diesem Sinne hat der freiheitlich gesinnte Bürger des 18. und 19. Jahrhunderts kein Problem mit der Monarchie und den angestammten Sachwaltern der Allgemeinheit. Sie sind mit der *rule of law* à la Locke und Montesquieu ohne weiteres vereinbar. Der Bürger kennt nur private Ziele, auf die sein Wille sich richtet. Die allgemeine Wohlfahrt sollte sich dann von alleine ergeben, man muss ihr nur ihre auf dem Markt sich bewährende Freiheit (vor allem vom religiösen Dogma) lassen. Weil sie historisch (Mittelalter), metaphysisch (Gottesgnadentum) und auch ökonomisch (*landed interest*) aus einer anderen Sphäre kommen als der bürgerliche Gewerbefleiß, sind die traditionellen Dynastien gut dafür geeignet, das Ganze und die Einheit des jeweiligen Staatswesens zu repräsentieren. Sie scheinen über dem Dschungel der bürgerlichen Interessengegensätze zu stehen, „über den Parteien“, wie es bei Wilhelm II. heißt. Vereinzelt haben sich solche Dynastien – etwa in der britischen, niederländischen, dänischen etc. Monarchie – denn auch bis in die Zeiten der modernen Massendemokratie hinübergerettet. Ursprünglich wollten auch die USA einen König an die Stelle der verselbständigten Allgemeinheit setzen. Der Präsident ist als Institution dem Monarchen jedenfalls nachempfunden – nur eben, dass er zeitlich begrenzt regiert.

Das Handicap des Liberalismus, das er in den Augen der Demokraten besitzt: Er stützt sich empirisch auf den gebildeten Bürger, der eben auch der

wohlhabende und besitzende Bürger ist. Der Demokrat aber hat den „Menschen überhaupt“ im Blick oder, wie es bei Eduard Bernstein heißt: das „Individuum überhaupt“. Solche Kategorien, die sich zur erfahrbaren Wirklichkeit „transzendental“ verhalten, um den Kant'schen Ausdruck zu gebrauchen, gehören freilich in die Metaphysik unseres ach so gottfernen Zeitalters. In der Epoche des Liberalismus sind „Besitz und Bildung“ die Bedingungen, die zur Teilnahme an der Gesetzgebung berechtigen. Sie befinden sich näher an der Empirie, besitzen also einen geringeren Abstraktionsgrad als jene „Überhauts“. Daher die schmale soziale Basis der entsprechenden Vertretungskörperschaften, in die sich die „Massen“ übrigens keineswegs hineindrängten. Es gab sie im Sinne der „industriellen Arbeiterheere“ schlicht noch nicht.

Vollendung

Die zweite Phase ist die demokratische „Vollendung“ des Liberalismus. Die Frage, *wer* die Gesetze gibt, rückt hier in den Vordergrund. Das Volk soll der Souverän sein. Die Gesetzesform als solche ist gegessen, aber es wird schludrig damit umgegangen. Welches soziale Phänomen gesetzlich sanktioniert (in den Rang der Allgemeingültigkeit erhoben) wird, wird zunehmend beliebig, wird zu einer Frage der Zweckmäßigkeit. Hauptsache, die *empirische* Allgemeinheit steht dahinter, die „Massen“. Wobei die „politische Macht“ und der „soziale Frieden“ die entscheidenden Kriterien sind. Ein pragmatisches Abrücken also von der „Allgemeinheit als solcher“, somit auch ein Abrücken von dem Bewusstsein, dass man es hier mit Metaphysik, mit einer verselbständigten Idee oder Abstraktion zu tun hat. Bestandteil der Abstraktion zu sein, nämlich freie und gleiche Rechtsperson, ist die quasi objektive Eigenschaft aller Menschen geworden, woraus sich die Tendenz zur empiristischen Verflachung im Umgang mit der Kategorie der Allgemeinheit ergibt. Als empirisch aufgefasste ist die Allgemeinheit angeblich nicht mehr verselbständigt. In diesem Sinne ist dies die eigentlich ideologische Phase der bürgerlichen Vergesellschaftung. Der theoretischen Kategorie des allgemeinen Gesetzes wird das „Volk“ (Klasse, Rasse) als bloß empirische Allgemeinheit untergeschoben. Und das bringt sich in seinen Stimmungen zur Geltung. Statt „Diener des Staates“, heißt es jetzt: „Dem Volke dienen“. Und gegen diese Maxime fällt dem empirisch-realen Volk üblicherweise nichts ein. Der politische Führer, der seine Maßnahmen im „Namen des Volkes“ ergreift, ist darin und so lange gerechtfertigt, wie diese Maßnahmen empi-

risch-faktisch akzeptiert und durchgeführt werden. Das Volk ist „dafür“, weil es nicht opponiert. Da jegliche abweichende Meinung zunächst von Einzelnen vorgetragen wird, trägt sie immer schon das Stigma der „Minderheit“ an sich, und die ist per se eine gegen die „Massen“ begangene Sünde, kann also, wenn es dem Machthaber gefällt, als ein am „Volk“ begangener „Verrat“ dargestellt werden.

Die freie Lohnarbeit ist während der demokratischen Weltrevolution erst noch auf dem Weg. Daher ist Platz für jede Menge Bilder und Vorstellungen, was die Massen, wenn sie erst einmal der „wahren“ Freiheit und Gleichheit teilhaftig und gewärtig sein werden, für Wunderdinge zu vollbringen imstande sind.

Paradoxerweise lief diese theoretische Verhöhnung der „Allgemeinheit“ als eine theoretische „Vertiefung“ ab. Von der grandiosen Entdeckung, dass Bildung und Besitz lediglich bei einer Minderheit der Bevölkerung anzutreffen sind, die ihre rechtlich und politisch privilegierte Stellung für ihr privates Wohl verwendet, das mit dem Allgemeinwohl eben nicht unmittelbar und automatisch identisch ist, wird viel Aufhebungs gemacht. Im Namen der Allgemeinheit (kategorisch) werde die Allgemeinheit (empirisch) vom Staat und der Gesetzgebung ferngehalten. Dieser „Skandal“ wird als Anklage vorgetragen und im Ton des Entlarvens: nämlich der „Bourgeoisie“ (bzw. des „Judentums“). Es gibt jetzt (moralisch) Schuldige, die sich dem Glück der Massen in den Weg stellen. Gott, in dessen Ratschluss man sich fügen muss, hat abgedankt. Der menschliche Wille entscheidet, und er hat die Tendenz, zum „politischen Willen“ zu werden. Der „böse Wille“ der Bourgeoisie, vom privaten Egoismus gesteuert, muss durch den „guten Willen“ des Volkes ersetzt bzw. niederkämpft werden. Denn das Volk – bei Rousseau noch der Counterpart des Adels – steht dem Allgemeinwillen (= Gesetz) nicht nur nahe, es *ist* der Allgemeinwille, jedenfalls dem „Wesen“ nach. Offene Flanke zum Populismus und Voluntarismus.

Aber die dieses Aufheben machen, täuschen sich. Folglich werden sie von der tatsächlichen Entwicklung enttäuscht. Sie übersehen, dass die „eigentumslosen Massen“, denen sie die wahre und echte „Freiheit und Gleichheit“ verheißen, als freie Lohnarbeiter:innen sehr wohl Eigentümer sind, Privateigentümer ihrer Arbeitskraft. Auch diese Sorte von Eigentümern besitzt, wenn sie sich denn

entfaltet, einen Willen, der auf den Privatvorteil gerichtet ist. Und dieser in Massen auftretende Privatwille ist – bei dem geringen Radius seines Interesses (Lohninteresse, gewerkschaftliche Beschränktheit) – erst recht auf seine komplementäre Ergänzung, den staatlichen Allgemeinwillen, angewiesen. Das ist der wesentliche Gehalt von Lenins „Was tun?“. Hinter dem Rücken der bloß als Empirie behandelten Allgemeinheit, die vornehmlich qua Stimmung in Erscheinung tritt (Populismus, Kampagnen- und Stimmungsdemokratie), macht sich also sehr wohl die abstrakte Allgemeinheit geltend und der abstrakte millionenfache Mensch, der eine Rechtsperson zu sein beansprucht. Sie bereiten sich „insgeheim“ auf ihren Auftritt vor, und der wird in dem Maße immer wahrscheinlicher, in dem die Ware-Geld-Beziehung und die entsprechende „Marktgesellschaft“ um sich greifen. Trotz aller historischen Metaphysik und Gläubigkeit, deren lautes Getöse nur den Vordergrund und die Fassade dieser Entwicklung abgeben.

Die freie Lohnarbeit ist während der demokratischen Weltrevolution also erst noch auf dem Weg. Man springt nicht mit einem Satz in die Abstraktion (Karl Mannheim). Daher ist Platz für jede Menge Bilder und Vorstellungen, was die Massen, wenn sie erst einmal der „wahren“ Freiheit und Gleichheit teilhaftig und gewärtig sein werden, für Wunderdinge zu vollbringen imstande sind. Die „Zukunft“ (Futurismus) wird zum Schlagwort der Stunde, alle sind auf „Bewegung“ und „Entwicklung“ gestimmt. (Hier hat auch die Bloch'sche „Ontologie des Noch nicht“ ihren Platz und sein „Geist der Utopie“, die noch ganz auf der Linie der – bislang *noch nicht* erfolgten – „Verwirklichung“ von Freiheit und Gleichheit liegen.)

Aber es muss natürlich die Bewegung in die richtige Richtung sein. Die Lücke, die zwischen der verachteten (und missachteten) Gegenwart und der glorreichen Zukunft liegt, wird mit Konzepten und Plänen ausgefüllt. Der Glaube an den Willen, ursprünglich eine Sache der Privatsphäre, die der Liberalismus von der Politik möglichst frei gehalten wissen wollte, begibt sich, indem er diese Konzepte und Pläne zu verwirklichen trachtet, selbst auf die Ebene der Politik bzw. der Allgemeinheit. Er wird zum „politischen Willen“, der sich als selbstständige Abstraktion gerade darin erweist, dass er meint, die Gesellschaftsformation, der er selbst ja angehört, auf beliebige Weise modeln zu können. Die einen „wollen“ den Kapitalismus, die

anderen den Sozialismus. Beide Ismen werden dabei verdinglicht gedacht, der Subjektform des freien Willens angemessen. Gerade das russische Beispiel zeigt uns einen „politischen Willen“, der, nachdem er anfangs Rückhalt bei den Produktivkräften des am weitesten fortgeschrittenen Kapitalismus gesucht hatte, im weiteren Verlauf ganz auf sich selbst zurückgeworfen wird. An die Stelle der Produktivkraftentwicklung, die die auf der Warenform beruhenden Produktionsverhältnisse sprengt bzw. aushöhlt, tritt der „Wille“, der sich einbildet, dass die staatliche Verkündung und der staatliche Befehl der „richtigen Produktionsverhältnisse“ die ausschlaggebenden Kriterien sind. Die „entwickelten Produktivkräfte“ sind jetzt bloß noch eine Sache des Bekenntnisses, des energischen Wollens. Und was es zur Umsetzung dieses Wollens braucht, sind die entsprechenden Charaktereigenschaften: Treue zur Überzeugung, Festigkeit und Beharrlichkeit beim Durchführen der allzeit „dem Volke dienenden“ Maßnahmen. Und die stellt man dadurch unter Beweis, dass man *rücksichtslos* für die große Sache der Zukunft eintritt.

Wenn aber der *politische Wille* das ausschlaggebende Kriterium für das Vorantreiben der Produktion und der Produktivkräfte ist, dann lassen sich dabei etwa auftretende Verzögerungen oder Rückschläge sehr schnell auf das Fehlen dieses Willens zurückführen, sogar auf einen der großen Sache des Volkes feindlich gesinnten Willen, der bestrebt ist, den von der politischen Führung vertretenen Aufbauwillen zu sabotieren. Der entsprechende Verdacht steht jedenfalls im Raum. Und ein solcher feindlicher Wille muss natürlich bestraft und unschädlich gemacht werden. Wobei die Strafe um so härter und um so brutaler ausfallen wird, je weniger gefestigt und alteingesessen die betreffende Staatsmacht ist. Das kann man schon bei Hegel nachlesen. Die Trennung von Politik und Ökonomie, wie sie der „Bourgeois-Liberalismus“ des 19. Jahrhundert vertrat (Benjamin Constant, Cobden etc.), wird hier in der Tat aufgehoben, allerdings nach rückwärts, im Sinne der vorbürgerlichen Zwangsarbeit und Staatssklaverei. Dass die so entstehende Atmosphäre von Angst und Schrecken der Produktivkraftentwicklung günstig gewesen ist, wage ich zu bezweifeln. Mehr als eine – letztlich erfolglose – Nachahmung des fortgeschrittenen Kapitalismus („nachholende Modernisierung“, R. Kurz), ist dabei bekanntlich nicht herausgekommen.

Jedenfalls zeigt uns das russische Beispiel einen *personalisierten* Klassenkampf, der nach dem Muster der Terrorjahre der Französischen Revolution gestrickt ist: mit jeder Menge Verdächtigungen, Verschwörungssängsten und Verratsvorwürfen. Untrügliches Indiz für den bürgerlichen Charakter dieser Revolution. Marx, der in den handelnden Personen lediglich Charaktermasken sah, in denen sich die Regieführung durch die *ökonomische Funktion* ebenso verbirgt wie äußert, teilte die personifizierte Auffassung des Klassenkampfes in keiner Weise. Das zeigt auch seine Bemerkung zur Zehn-Stunden-Bill von 1847, die er als einen „Sieg des Proletariats“ bezeichnet. Empirisch-faktisch war dieses Gesetz aber das Werk der Tories gewesen, die den Adel und den Großgrundbesitz vertraten. Ein Lord, nämlich Lord Ashley, war über viele Jahre hinweg der unermüdliche Promoter des Gesetzes gewesen – in der Marx’schen Lesart somit ein Interessenvertreter des Proletariats. (Tatsächlich natürlich ein erster Schritt zur Systemwerdung des Kapitalismus.)

Demokratiethoretisch handelt es sich bei der unmittelbar „dem Volke dienenden“ Staatsmacht um das, was Bracher als „identitäre Demokratie“ bezeichnet. Die Staatsmacht behauptet, dass sie unmittelbar mit dem Willen bzw. dem Interesse des (empiristisch aufgefassten) „Volkes“ identisch ist. Dieses „Volk“ bzw. diese Staatsmacht steht über den Gesetzen, kann Gesetze machen, wie es ihm oder ihr gerade einfällt, wie es in der gegebenen Situation gerade opportun ist. Die Maßnahmen der Regierung sind immer gesetzeskonform, das Gesetz ist, anders als in der liberalistischen Theorie (Rechtsstaat), kein Schutz gegen die Staatsmacht, es kann kein Rechtsmittel gegen ihre Maßnahmen eingelegt werden. Daher auch „absolutistische Demokratie.“ Das Vollbild sind natürlich die verschiedenen Faschismen und nationalen Sozialismen, wobei mir der Stalinismus ein in die Länge gezogenes 1793/94 zu sein scheint.

Warenbesitzer-Ich

Kurz gesagt: was heute als politische Diktatur, als Autokratie und Totalitarismus bezeichnet wird, sind nach meinem Verständnis unreife Formen der modernen Demokratie, Entwicklungsphasen, die im besten Falle zu ihr hinführen, oft aber auch im Stadium der Unreife steckenbleiben bzw. stecken geblieben sind. Was nichts anderes heißt, als dass Momente persönlicher Herrschaft und Gefolgschaft noch eine nennenswerte Rolle spielen: Neofeudalismus, Mafiastruktur. Denn das Vollbild der

modernen rechtsstaatlichen Demokratie kann es nur zusammen mit der voll entfalteten Ware-Geld-Vergesellschaftung geben, zusammen mit der voll entwickelten Marktgesellschaft, die den erfolgreich funktionierenden, nämlich immerzu expandierenden Kapitalismus zu ihrer Voraussetzung hat. Nur hier ist die Form des Interesses in allen gesellschaftlichen Sphären die gleiche, nur hier sind die Menschen rechtlich und mental derart gleichgeschaltet, dass ihr Verhalten an den überall gleichen Vorstellungen von Erfolg und Aufstieg orientiert ist, dass sie den gleichen Impuls zur Bewegung besitzen, der sie dazu drängt, ihre Arbeitskraft zu qualifizieren, um sie besser verkaufen und in den vorhandenen Strukturen fleißig, strebsam, ehrgeizig etc. einsetzen zu können – immer in dem (mehr oder weniger deutlichen) Glauben, dass sie dabei auf „eigene Rechnung“ agieren, dass sie „für sich selbst“ verantwortlich sind und in freier Selbstverantwortung ihr „eigenes Leben“ gestalten. „Erziehung zur Freiheit“ ist zum nachgerade unhinterfragbaren Generalnenner der pädagogischen Schulen geworden. Was der historische Totalitarismus nur meint und beteuert und mit äußerer Gewalt und Denkvorschriften durchzusetzen bestrebt ist, die „Einheit des Volkes“, ist hier, im Schlaraffenland der „Chancengleichheit“, zur funktionierenden Realität geworden. Die Subjektform des Wertes, das von der Erfahrungswelt abgekoppelte „Ich“ des Ware-Geld-Individuums, herrscht derart total, dass sie zur objektiven Voraussetzung jeglichen Denkens und Strebens geworden ist.

Die Subjektform des Wertes, das von der Erfahrungswelt abgekoppelte „Ich“ des Ware-Geld-Individuums, herrscht derart total, dass sie zur objektiven Voraussetzung jeglichen Denkens und Strebens geworden ist.

Gerade in der Totalität dieses Herrschens geht den Beherrschten das Bewusstsein davon (beherrscht zu werden) verloren. Rousseau: Die Sklaven verlieren in ihren Ketten alles, sogar das Bedürfnis, sie abzuwerfen. Das ist das Geheimnis der „westlichen Freiheit“, die, weil sie rein zu einer Sache des praktischen Funktionierens geworden ist, auch die Befreiung von jeglicher verbindlichen Ideologie in sich zu schließen beansprucht. Auch auf dem Felde der Ideologien und Glaubensbekenntnisse soll – wie überall sonst in der Warenwelt – das Prinzip der dem abstrakten Ich freistehenden Wahl gelten. Die bunte Oberfläche dieser Warenwelt verdeckt

die Immergleicheit der Konstellation, in der sich das abstrakte Individuum befindet. Sollte es (bzw. das, was von diesem Ich unterdrückt wird) aller Freiheit zum Trotz (und sie „missbrauchend“) einen Ausbruchversuch unternehmen, indem es sich ausschließlich und mit existentiellern Ernst an eine bestimmte Ware oder eine bestimmte Ideologie bindet, lautet die Diagnose „Sucht“ oder „religiöser Wahn“ oder „Extremismus“ – und es wird darüber diskutiert, ob man den betreffenden „Fall“ eher als krankhaft oder als kriminell einzustufen hat. Und natürlich gibt es immer auch die „Ursachenforschung“. Aber auch dann, wenn das abstrakte Individuum die Umstände und die „gesellschaftlichen Verhältnisse“ in Rechnung stellt, kommt es nicht über sich hinaus. Es betrachtet, sich selbst immer schon voraussetzend, „die Gesellschaft“ auf äußerliche, instrumentelle Weise, wie etwas, das ihm gegenübersteht und das wie ein Werkstück zu behandeln und zu reparieren ist. Dass der Kapitalismus bereits in ihm selbst, in dem abstrakten Warenbesitzer-Ich, anwesend und wirksam ist, sieht es nicht, kann es seinem abstrakten Wesen entsprechend nicht sehen.

Ist dies ein Grund zu verzagen? Natürlich nicht. So wie der Kapitalismus insgesamt, hat auch das abstrakte Ich nur eine historisch begrenzte Lebensdauer. Solange sein Instrumentalismus der Produktivkraftentwicklung diene und das Leben auf der Erde in Summe zu verbessern schien, gab es die optimistische Idee seiner Gesundheit und Normalität. Die Schmerzen, die die Herausbildung dieses Ichs und seiner Vernünftigkeit verursachten, schienen sich – historisch gesehen – zu lohnen (siehe etwa Freud oder auch Marx: aufsteigende Phase der Bourgeois-Epoche). Inzwischen ist die kapitalistische Produktion unübersehbar in Destruktion umgeschlagen und das abstrakte Ich hat mitsamt seinem Erfolgsstreben schwer an Ansehen verloren. Noch mehr Autos? Noch mehr Stromverbrauch für die Digitalisierung? Noch mehr Straßen, noch mehr Beschleunigung und Effektivierung von was auch immer? Wo man doch (scheinbar) zum Leben nur Geld benötigt? Und wird das nicht – als Fiat-Geld – eh von den Zentralbanken „erzeugt“ oder von den Kryptos in beliebiger Menge „geschürft“? Die Zweifel, dass es sich lohnt, für mehr von dem Immergleichen zu schufteln und auf das „eigentliche Leben“ zu verzichten (wie es in der Ratgeberliteratur heißt), mehren sich jedenfalls. Siehe den Fachkräfte-Mangel. (Der Hausarzt meiner Mutter etwa hat seine Praxis 2020 plötzlich und aus vollem Lauf heraus

zugemacht: um sich endlich einmal „um sich selbst“ und sein Privatleben zu kümmern.)

Das Geldmotiv ist bei allen Projekten und auf allen gesellschaftlichen Ebenen rein als solches in den Vordergrund getreten. Voraussetzung dafür, dass sich ein kritisches Verhalten dazu aufdrängt und verbreitet. Dass es um immer noch mehr „Freiheit und Lebensgenuss“ gehe, ist rhetorische Schminke, die auf dem alt gewordenen Gesicht des Kapitalismus nicht mehr so recht haften mag. Dergleichen Phrasen werden von den Protagonisten des Systems genauso routinemäßig abgespult, wie es die Funktionäre der späten DDR mit der „unverbrüchlichen Freundschaft zur Sowjetunion“ gemacht haben. Wer glaubt noch an einen Fortschritt, der von „Genies“ in der Art eines Elon Musk propagiert wird? Damit kann nur der Fortschritt der Aktienkurse gemeint sein. Gefühle von Sinnverlust und Perspektivlosigkeit machen sich breit, die Menschen leiden unter allen möglichen seelischen Defekten von der Depression bis zum Burnout-Syndrom. Man möchte dem abstrakten Ich entkommen und flieht in religiöse Sekten und verschiedene andere Rauschmittel, durch die man qua „Bewusstsein“ an der täglichen Misere etwas ändern zu können hofft. Auch hinter dem Selbstmord, jährlich hundertausendfach verübt, steckt häufig, wie ich jüngst gelesen habe, der „Antrieb, sich selbst entfliehen zu wollen“ (SZ vom 22.07.2023).

Was uns die Krise des Kapitalismus im Großen zeigt, vom Klimawandel und der Vermüllung der Ozeane bis zur millionenfachen Flucht aus Armut und Krieg, schlägt durch auf die Ebene des einzelnen Individuums, dem der Aufstiegszwillen ebenso wie der Glaube an die Zukunft abhanden gekommen sind. „Zukunftsangst“ ist das Schlagwort, mit dem die in der westlichen Welt verbreitete Mentalität häufig charakterisiert wird. Der Kapitalismus ist zum allumfassenden System geworden, und das richtet auf allen Ebenen seines Erscheinens, oben wie unten, Schaden an. Um darauf zu kommen, braucht es keine übermäßige Anstrengung des Begriffs. Die Rede vom „System“ kursiert in „rechten“ wie in „linken“ Kreisen. Die einen wollen es retten, indem sie – zunehmend hilflos – die „Werte“ der Demokratie und der individuellen Moral beschwören (oder mittels „Wokeness“ auf die Spitze treiben), die anderen wollen zurück zu ihm, wie es – angeblich – früher einmal war, als es noch „Heimat“ gab und keine Globalisierung. Und die es zerstören wollen, kapieren nicht, dass sie sich in

der Abwehr jeder Allgemeinheitszumutung, die sie immer schon als „Diktatur“ und „staatlichen Eingriff“ denken, als genau die abstrakten Individuen erweisen, die überhaupt nur zusammen mit dem totalen Staat haben entstehen können.

Einen Ausgang aus dem Kapitalismus kann aber das Systemdenken so oder so nicht weisen. Die Zerstörungen, die der Kapitalismus anrichtet, haben zwar eine allen gemeinsame Ursache, und wie im Falle des Krieges (der für den Existentialismus à la Carl Schmitt den „Grund“ des Staates lieferte) sind auch alle Menschen direkt und unmittelbar in ihrer stofflichen Existenz davon betroffen, die Bewältigung der Schäden selbst kann aber nicht allgemein sein. Es gibt dafür kein allgemeingültiges Rezept oder System, das so automatisch wirken würde wie die Notwendigkeit des Kapitals, sich zu vermehren. Die Maßnahmen, die zu ergreifen sind, können je nach Ort, Sachverhalt, Kenntnisstand und Möglichkeiten immer nur konkret sein. So konkret, wie das Leben und die Lebensformen vielfältig sind. Und genau in diese Richtung hat sich der öffentliche Diskurs ja längst entwickelt. Was wird nicht alles gewusst und vorgeschlagen, was zu tun oder zu unterlassen *wäre*, damit das Leben auf der Erde noch für ein Weilchen weitergehen *könnte*. Hier führen die Empirie und die empirischen Wissenschaften das Wort, die Politik mit ihren allgemeinen Gesetzen und ihren Machtspielen besitzt dafür keine Kompetenz, sie sieht blass aus daneben. Fürs konkrete Leben war sie noch nie zuständig. Und ihr Counterpart, das auf einen Punkt zusammengeschrumpfte Privatinteresse des Markt-Individuums hat das gleiche Handicap: Weil die Belange der Natur und des stofflichen Lebens das heilige Wachstum beeinträchtigen und Arbeitsplätze in der Industrie kosten *würden*, müssen die guten Wünsche Gerede bleiben – frommes Gerede. Beten wir mit dem Papst dafür, dass Gott die Menschheit erleuchten *möge*.

Eigenartiger Nachsommer

So weit waren wir schon mal. Die verschiedenen Öko-Initiativen, die Klimaaktivisten, die ganze Bewegung, die im Namen der Materie dabei war, eine gewisse Rücksichtslosigkeit gegen die „wirtschaftlichen Zwänge“ an den Tag zu legen, sie lechzten förmlich danach, von den Illusionen, die sie in den „politischen Gestaltungswillen“ setzten, erlöst zu werden. Für einen nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung, vor allem für die junge Generation, stand das ganze auf der Verwertung des Werts ba-

sierende System am Pranger. Der Kapitalismus einschließlich Kryptowährungen und KI sah so deutlich wie noch nie nach Sackgasse aus – und in diese Situation hinein platzte der russische Überfall auf die Ukraine.

Mit einem Schlag stand „die Politik“ wieder ganz oben auf der Agenda, über geopolitische Machtverhältnisse wurde gefachsimpelt, die Rüstungsaktien stiegen und statt vom Kapitalismus wurde nur noch von der Demokratie geredet. Die „westliche Demokratie“ und ihre „Werte“ erstrahlten in neuem Glanz. Für die Kapitalismuskritik war dieser Anschlag des Herrn Putin und seiner Kamarilla zweifellos ein Unglück. Natürlich stellt er selbst ein Moment der kapitalistischen Krise dar: Eine Verliererregion, die noch ein gewisses Maß an staatlicher Funktionsfähigkeit (vor allem aber Atombomben) besitzt, wehrt sich. Aber sie wehrt sich nach rückwärts. Sie wehrt sich mit den ideologischen Mitteln der Vergangenheit, so dass wir nun wieder zwischen „nationalen“ und „imperialen“ Interessen zu differenzieren beginnen. Und sie wehrt sich mit einer Primitivität und Lügenhaftigkeit, neben der sich die amerikanische Begründung für den Einmarsch in den Irak wie das fein zisierte Kunstwerk diplomatischer Raffinesse ausnimmt. Abu Ghraib ist vergessen, Butscha beherrscht die Schlagzeilen. Die NATO, vor wenigen Jahren totgesagt, gilt nun wieder als Schutz-

schirm der Zivilisation gegen die Barbaren aus dem Osten.

Und genau das ist für mich der Grund, dieser barbarischen Art von Gegenwehr den baldigen Kollaps zu wünschen. Genauso wenig wie im Falle Vietnams, das wir gegen den US-Imperialismus unterstützten, habe ich heute ein Problem damit, die Ukraine zu unterstützen und mich auf die Seite des „Westens“ zu schlagen. Das ist keine „prinzipielle“ Entscheidung für irgendeinen Ismus, sondern eine an die konkrete Situation gebundene. Das historische Resultat des Krieges steht ohnehin auf einem anderen Blatt als das, was die Staatenlenker jeweils „gewollt“ haben. Irgendwelche Erwägungen, ob die Ukraine „gut“ oder „schlecht“ ist, ob es dort korrupt oder rechtsstaatlich zugeht, spielen für mich keine Rolle. Sie sind sämtlich politischer Art – und von dieser Ebene der verselbständigten „politischen Subjekte“ ist schnellstmöglich wieder wegzukommen, darum geht es doch. Sie sind ein falsches Identifikationsangebot und hindern die gesellschaftlichen Individuen daran, mit der Aufklärung über sich selbst fortzufahren und voranzukommen. Wie seinerzeit die Oktoberrevolution die Köpfe verwirrte, das theoretische Denken lähmte und das, was einmal „Kritik der Politischen Ökonomie“ hieß, in einen Katechismus für den Glauben an das „Vaterland aller Werktätigen“ verwandelte, so blendet auch die im Abwehrkampf stehende Demokratie die Augen. Der Blick auf ihr ökonomisches Wesen ist erschwert, sie wird daran gehindert, ihre Krise, für die es ja auch das kritische Denken braucht, zu entfalten.

Die Befürchtung, dass der von mir gewünschte „Sieg des Westens“ zu einem irgend stabilen Zustand der weiteren friedlichen Kapitalakkumulation führen wird, habe ich nicht. Die Zeit, in der Fukuyama seine Illusion vom „endgültigen Sieg der liberalen Demokratie“ zum Besten gab, liegt auch schon wieder 30 Jahre zurück. Und die schwindelnde Höhe, in die der Kapitalismus seine per Fiat-Geld erschwindelte Akkumulation inzwischen geschraubt hat, mit Billionen von Dollars angeblicher Schulden, macht mich ziemlich sicher, dass der eigenartige Nachsommer, den die „wehrhafte Demokratie“ dank Putin heute erleben darf, nur von kurzer Dauer sein wird. Dass die Kritik des Wertes kein militärisches Unternehmen ist, sollte jedenfalls klar sein. Freilich kann es im Zuge oder im Gefolge eines solchen Unternehmens dazu kommen, dass diese Kritik auch einmal vom sogenannten Mainstream als dringlich empfunden wird.



Diethard Behrens / Kornelia Hafner

Westlicher Marxismus

902 Seiten, 39,80 EUR (D), 41,00 EUR (Ö)
ISBN 978-3-89657-083-3

Die AutorInnen gehen einem schillernden Begriff auf den Grund, dem üblicherweise so unterschiedliche Denker wie Althusser, Gramsci, Horkheimer und Adorno zugeordnet werden.

«Die Verfasser vermeiden deutliche Wertungen und präferieren ... das Verfahren einer

«kaleidoskopischen Geschichte des westlichen Marxismus», die in «Opposition und Konkurrenz» zum östlichen Marxismus steht – eine Fundgrube von Ansätzen zur Überwindung des Traditionsmarxismus. Den Anspruch des westlichen Marxismus, «einen dissidenten, innovativen und offenen Marxismus» zu vertreten, nehmen sie ernst und hinterfragen zugleich dessen Legitimität.»

Rüdiger Dannemann in «Das Argument», 337/2021


www.schmetterling-verlag.de

Emmerich Nyikos

Leviathan als Famulus

Vorläufige Bemerkungen zur Demontage des bürgerlichen Staats

I.

Was ist der bürgerliche Staat oder was ist er bis vor kurzem gewesen? Ist man gewillt, ein Konzept Jean-Jacques Rousseaus aus seinem *Contrat social* in Betracht zu ziehen, so könnte man sagen: Der bürgerliche Staat ist die *volonté générale* der Bourgeoisie.

Dieses Konzept Rousseaus, das wir hier verwenden wollen, hat das Bemerkenswerte an sich, dass es zu unterscheiden erlaubt zwischen zwei gänzlich verschiedenen Dingen: der *volonté générale* auf der einen und der *volonté de tous* auf der anderen Seite. Ersterer Begriff, der „allgemeine Wille“, fällt dabei eben nicht mit dem letzteren zusammen, also nicht mit der *Summe* der aparten „Willen“. Er bezieht sich mithin auf das *Ganze* oder, wenn man so will, auf das System, das eben nicht die Summe seiner Teile ist, wie schon Aristoteles und nach ihm Hegel hell-sichtig festgestellt hatten.

Angewandt auf den bürgerlichen Staat, würde sich ergeben: Der Staat als bürgerlicher, als *volonté générale* der Bourgeoisie, steht *über* sämtlichen aparten Kapitalentitäten, er vertritt mithin *die gemeinsamen Belange* der Klasse, die mit dem integralen „Gedeihen“ der kapitalistischen Ordnung ident sind. Was im Zentrum der Aufmerksamkeit des bürgerlichen Staats steht, ist somit die Performance des kapitalistischen Gesellschaftssystems, des Systems der Produktion von Profit auf der Basis des bürgerlichen Privateigentums, sowohl in historischer – Absicherung des Überlebens dieses Gesellschaftssystems als solchen gegenüber allen Versuchen seiner Überwindung – als auch in systemischer Hinsicht: nämlich Funktionsgewährleistung im Sinne des optimalen Arrangements der Rahmenbedingungen für die kapitalistische Produktion von Profit.

Im Besonderen handelt es sich dabei um die Bewahrung der gegebenen Ordnung, d.h. des Privateigentums an den Produktionsmitteln als Kern dieser Ordnung – was überhaupt die zentrale Aufgabe jeglichen Staats ist –, dann aber auch um die Sicherstellung des (mehr oder weniger) reibungslosen Ablaufs der profitproduzierenden Produktionsprozesse – und zwar auf *gesamtgesellschaftlicher* Stufenleiter – durch die adäquate Gestaltung der Systemumgebung, sowohl mit Bezug auf interne Regelungen (Gesetzgebung, Auflagen, Subventionen, Rechtssicherheit usw.) als auch mit Bezug auf die Beziehung nach außen (Erleichterung des Rohstoffimports und des Warenexports, Schutzzoll, generelle Förderung der Kapitalexpansion auf allen Niveaus, Kolonial- und Kriegsaktivitäten inklusive).

Um es nochmals zu sagen: Dem bürgerliche Staat geht es zuvorderst um die Bewahrung und das Prosperieren des *Gesamtsystems*, um die Belange der *Klasse* der Bourgeoisie, nicht um das Gedeihen dieses oder jenes Kapitalfragments, dieser oder jener Firma. Das kann so weit gehen, dass der bürgerliche Staat, sofern es um die Belange *der Klasse als solcher* zu tun ist, *gegen* die Belange einer *jeden beliebigen* Kapitalentität auftreten kann, ja sogar, sollte es notwendig sein, gegen die besonderen Belange *aller* aparten Kapitale zusammen.

Das Personal des bürgerlichen Staates, d.h. die Funktionärselite desselben, muss sich dabei überhaupt nicht aus der Klasse der Bourgeoisie selbst rekrutieren. Ganz im Gegenteil, das sieht man gar nicht so gerne, wie zuletzt im Fall Donald Trumps zu beobachten war. Zu den perfekten Organisatoren des bürgerlichen Staats muss man, sobald die Aristokratie keine nennenswerte Rolle mehr spielt, vielmehr die Sozialdemokratie in ihrer klassischen

Ausprägung zählen, die, um die Belange ihrer Klientel (innerhalb des bürgerlichen Systems) bedienen zu können, zuallererst das Funktionieren dieses Systems, seine Stabilität und Prosperität, garantieren muss. Denn wenn das System nicht „funktioniert“, d.h. „prosperiert“, dann kann auch nicht „umverteilt“ werden, und ein *welfare*-System, wie wir es bis vor kurzem noch kannten, würde lediglich eine Absichtserklärung und ein Wunschtraum, der nicht zu erfüllen ist, bleiben.

II.

Diese zwei Funktionen des bürgerlichen Staats, von denen wir soeben sprachen – die Sicherung des Privateigentums als Basis der Gesellschaftsordnung auf der einen und die optimale Gestaltung der Rahmenbedingungen des Systems der Profitgewinnung auf der anderen Seite –, sind, was ihre Gewichtung betrifft, historisch ungleich verteilt: Ursprünglich überwog die erste der beiden Funktionen, wobei das viktorianische England (insbesondere unter William Gladstone) als Prototyp gelten kann: Es dominierte das *laissez-faire*, *laissez-passer*, wobei der liberale Staat sich selbst als „Nachtwächterstaat“ imaginierte – und auch als solcher auftrat –, als ein Staat, der sich scheut, sich in die Produktion von Profit einzumengen, und diesen profitgenerierenden Prozessen weitestgehende „Freiheit“ gewährt.

Das gilt im Prinzip dann auch, bis zu einem bestimmten Punkt wenigstens, für die externen Belange der britischen Bourgeoisie (die britische Kolonialmacht in Indien etwa war bis 1858 eine Angelegenheit der *East India Company*, einer privaten Kapitalgesellschaft), auch wenn mit Benjamin Disraeli sich das bald ändern sollte. Aber auch mit Blick auf die internen Rahmenbedingungen der Produktion von Profit sollte der liberale Staat früher oder später vom Konzept des absoluten *laissez-faire*, der „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Bourgeoisie“ sozusagen, nach und nach Abstand nehmen, was darin zum Ausdruck kam, dass erste Arbeitszeitgesetze erlassen werden mussten, um die allmähliche Zerstörung der gesellschaftlichen Arbeitskraft zu stoppen, eine Degeneration der menschlichen Substanz, die nicht nur die Produktionsprozesse langfristig in Mitleidenschaft gezogen haben würde, sondern natürlich auch die „Wehrfähigkeit“ des British Empire und damit seine imperialen Ambitionen. Die zweite Funktion des bürgerlichen Staats – die Regulierung der Rahmenbedingungen des bürger-

lichen Systems – trat somit mehr und mehr in den Vordergrund, auch wenn beide funktionalen Aspekte nicht fein säuberlich getrennt werden können, wie man gleich noch sehen wird.

Dieser relative Wechsel in der Gewichtung sollte dann seinen Höhepunkt nach dem Zweiten Weltkrieg in den Metropolen des kapitalistischen Globalsystems erreichen, wobei hier vielleicht eher von der Überlagerung oder der „Verschmelzung“ beider Funktionen die Rede sein sollte. Denn, dummerweise für die Bourgeoisie, ist das kapitalistische System mitnichten vor Krisen gefeit, Krisen, die nicht nur die Produktion von Profit empfindlich tangieren, sondern unter Umständen auch das System selbst in seinem Bestand in Gefahr bringen können.

Nun sind solche Krisen einmal mehr, einmal weniger markant ausgeprägt (ganz zu schweigen davon, dass der Charakter dieser Krisen sich substantiell in einer historischen Abfolge ändert), die „klassische“ Krise schlechthin, die von 1929ff., indessen muss nicht nur als heftig, ja markerschütternd, sondern sogar als für das System „lebensbedrohlich“ eingestuft werden – oder sie wurde so wenigstens von nicht wenigen bürgerlichen Akteuren, wie etwa John Maynard Keynes, eingeschätzt (wobei zu bemerken wäre, dass hier eher die Gefahr einer Wiederholung im Zentrum der Befürchtungen stand).

Um es so kurz wie möglich zu machen: „Klassische“ Krisen (im Gegensatz zu solchen in den Anfangsphasen des Systems, die durch simple „Überproduktion“ im dominanten Sektor gekennzeichnet sind, sowie den post-modernen Krisen, deren Basis Kredit und Überschuldung ist), „klassische“ Krisen also beruhen auf dem, was man „Überakkumulation“ nennen könnte, auf dem Auseinanderdriften mithin von Produktions- und Konsumtionsmittelsektor, ein Ungleichgewicht, das sich einerseits der systemimmanenten Akkumulationstendenz des Kapitals und andererseits der Beschränkung der *konsumtiven* Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft verdankt, die ihrerseits letzten Endes auf dem Profitmotiv und den intrinsischen Funktionsprinzipien der kapitalistischen Gesellschaft beruht (auf der Tendenz der Löhne zu stagnieren, auf der einen, sowie auf dem systembedingten Akkumulationsdrang des Kapitals, das die unproduktive Luxuskonsumtion der Bourgeoisie bis zu einem bestimmten Punkt limitiert, auf der anderen Seite). Diese „Überakkumulation“, die (relative) Abkopplung des Produktionsmittel- vom Konsumtionsmittelsektor, kommt nun aber darin zum Ausdruck, dass Produktionsmittel hergestellt

werden, die nur wieder dazu dienen, Produktionsmittel zur Produktionsmittelproduktion zu erzeugen und so immer fort.

Es versteht sich von selbst, dass ein solches Ungleichgewicht nicht ewig fort dauern kann, sodass ein gewaltsamer Ausgleich, mithin eine Krise, früher oder später unvermeidlich wird. Denn dann, wenn sich die Produktionsmittelproduktion, die auf *spekulativer* (profitabhängiger) Nachfrage gründet – das Kapital fragt immer nur dann Produktionsmittel nach, wenn es darauf rechnen kann, den üblichen Profit zu erzielen –, sich von der Konsumtionsmittelproduktion, die sich auf eine *definitive* Nachfrage stützt, einmal (relativ) abgekoppelt hat, dann kann ein selbst unbedeutender Anstoß das Kartenhaus zum Einsturz bringen, insofern dadurch unvermeidlicher Weise eine Kaskade des kumulativen Schwunds von Absatzchancen ausgelöst wird: Fällt im Produktionsmittelsektor in dem einen Segment zufällig die Nachfrage weg (oder vermindert sich signifikant), dann wird sich diese auch in einem anderen Segment desselben Sektors reduzieren (nämlich in demjenigen Segment, das die Produktionsmittel für das erstere liefert), denn wenn *hier* nicht mehr (oder viel weniger als zuvor) produziert wird, dann wird *dort* nicht mehr (oder viel weniger als zuvor) nach Produktionsmitteln (für dieses erstere Segment) nachgefragt – und das Volumen der Produktion verringert sich auch dort. Und so immer fort.

Da nun aber der Produktionsmittelsektor (die Abteilung I) sich vom Sektor der Konsumtionsmittelproduktion (der Abteilung II) relativ abgelöst hat, kann die *definitive* Nachfrage, die sich auf Konsumtionsmittel, Lohngüter vor allem, bezieht und die nur von den Löhnen (und den Dividenden) abhängt (sowie dann in gewissem Umfang natürlich auch von den Steuern), keine ultimative Barriere für diesen Absturz sein. Im Prinzip ist es nämlich so, dass diese Nachfrage sich auf den Produktionsmittelsektor via der Nachfrage nach Produktionsmitteln aus dem Konsumgütersektor immer auch *indirekt* auswirkt und letzten Endes als das *backup*, die nicht spekulationsabhängige Basis der Nachfrage nach Gütern aus der Produktionsgüterabteilung fungiert. Bei einem Ungleichgewicht zwischen den beiden Sektoren jedoch kann die definitive Nachfrage natürlich dann den Absturz der Produktion im Produktionsmittelsektor nicht stoppen – oder wenigstens attenuieren, wenn sie ihn schon nicht im Keim ersticken kann.

Verschlimmert wird die Sachlage schließlich noch dadurch, dass mit dem Wegfall der Nachfrage nach Arbeitskraft im Produktionsmittelsektor infolge

des Produktionsausfalls und mit der dadurch bedingten Entlassung von „Händen“ auch die Nachfrage nach Gütern im Konsumtionsmittelsektor in Mitleidenschaft gezogen werden wird – denn die globale Lohnsumme wird dadurch signifikant reduziert –, was auch hier zu Produktionsdrosselung und zu Entlassungen führt, sodass die Krise unvermeidlicher Weise *allgemein* wird. Eine Spirale nach unten ist so auf der Basis des Ungleichgewichts in Gang gesetzt worden, die – im Falle der Krise von 1929ff. – schließlich in einer Großen Depression münden sollte.

Diese Krise und diese Depression hatten indessen fatale Konsequenzen über den Absturz der globalen Produktion weit hinaus: Massenarbeitslosigkeit, faschistische Regime und schließlich der Weltkrieg, Kulminationspunkt der innerimperialistischen Auseinandersetzungen und zugleich der Versuch, die Sowjetunion, ein aus dem globalen System herausgefallenes Land, wieder in dieses einzugliedern, d.h. in eine Kolonie *sans phrase* zu verwandeln.

Angesichts dessen musste man, als der Krieg dann doch zu Ende war und sich die Nebel der Verwüstung endlich gelichtet hatten, auf Seiten der Bourgeoisie durchaus Befürchtungen hegen, dass das System der bürgerlichen Produktion eine *second edition* einer solchen Krise kaum überleben würde. Daraus ergab sich dann die diffuse Bereitschaft der Bourgeoisie, ja sogar der Impuls auf Seiten des bürgerlichen Staatspersonals, die „Staatsintervention“ zur offiziellen Doktrin zu erheben.

III.

Die Disposition zur „Staatsintervention“ ist freilich die eine, die konkreten Formen, die diese Intervention annehmen sollte, dagegen eine andere Sache. Diese Formen ergaben sich nun allerdings ganz spontan aus der besonderen historischen Lage, in der sich die Welt, oder genauer: das Zentrum der Welt, nach dem Weltkrieg befand:

Einerseits hatte die organisierte Arbeiterklasse essentiell an Macht und Durchsetzungsvermögen gewonnen, speziell da, wo der bewaffnete Widerstand gegen die deutsche Okkupation vornehmlich von Organisationen der Arbeiterklasse organisiert worden war (*Résistance*, *Resistenza*), aber auch aus ganz profanen Gründen: aufgrund der Kriegskonjunktur und damit des *full employment*, wie dies vor allem in den Vereinigten Staaten der Fall war. – Die Arbeiterklasse ging fast überall gestärkt aus den Turbulenzen hervor.

Andererseits hatte die Sowjetunion, weit davon entfernt, im Krieg als Staat eliminiert und in eine Kolonie *sans phrase* verwandelt worden zu sein, nicht nur, fast im Alleingang, diesen Krieg gegen das Deutsche Reich gewonnen, die Rote Armee war nunmehr auch überall in denjenigen Ländern präsent, die man in Jalta ihr nolens volens als „Einflusszonen“ hatte überlassen müssen. Es versteht sich von selbst, dass man das auf Seiten der USA, Englands und anderer kapitalistischer Staaten schon bald bereuen sollte, was den Startschuss gab, einen neuen, dieses Mal jedoch „kalten“ Krieg zu beginnen, im Zeichen von *containment and roll back*.

Dies hatte einerseits zur Folge, dass infolge des Drucks der Arbeiterklasse

1. einige Sektoren des Produktivsystems (Energie, Verkehr usw.) verstaatlicht und somit der direkten Verfügungsgewalt der Kapitaleigentümer entzogen,
2. Regulierungsmaßnahmen gesetzlich verankert,
3. die Staatsbeschäftigung ausgeweitet und schließlich
4. Transferleistungen der verschiedensten Art institutionalisiert worden sind.

Dies war die Stunde der Geburt dessen, was man in der Folge als *welfare-state* anpreisen sollte.

Dass dieser sich jedoch über einen längeren Zeitraum hinweg halten und sich somit verstetigen konnte (selbst als der Druck von Seiten der Arbeiterklasse dabei war, sich mehr und mehr abzuschwächen), das hat mit dem Kalten Krieg zu tun: Im Rahmen dieses Krieges, dessen, was man „Systemkonkurrenz“ genannt hat, war es nämlich angezeigt, sich in allen Belangen dem „Gegner“ als überlegen zu erweisen, d.h. nicht zuletzt sich selbst zu beweisen, dass man moralisch *über* dem Antagonisten auf der anderen Seite des „Eisernen Vorhangs“ stand. Der *Ausbau* des *welfare-state* in den Jahrzehnten nach dem Krieg war hauptsächlich diesem Umstand geschuldet. Es schien, als ob man sich da gegenseitig übertrumpfen wollte. – Im Übrigen gilt das nicht weniger auch für die „bürgerliche Freiheit“, für *freedom and democracy*, auf die man sich nicht wenig einbilden sollte (wobei die solide Basis dafür freilich in den „stabilen Verhältnissen“ der Nachkriegszeit zu sehen ist).

Auf der anderen Seite jedoch führte die bloße Existenz der Sowjetunion, der Umstand, dass sie sich aus dem kapitalistischen Globalsystem herausgelöst hatte, sowie die Ausweitung ihres Einflussbereichs (und zugleich ihre Ausstrahlung auf die peripheren Zonen des globalen Systems) geradezu dazu, dass auf Seiten der USA eine Strategie ausgeheckt wurde (unter Federführung von

George F. Kennan, einem der „Architekten des *cold war*“), die darin bestand, durch eigene Rüstung die UdSSR dahin zu bringen, sich selbst durch Gegenrüstung „todzurüsten“. Was dann in der Folge auch wirklich gelang.

Damit war aber auch der *warfare-state* geboren, der dann in der Folge als „Konsument“ von Rüstungsgütern enorme Waffenarsenale aller Couleur anhäufen sollte, deren geringster Teil indessen auch klassisch-militärisch eingesetzt wurde – sieht man von den „Interventionen“ an der Peripherie (Korea, Vietnam usw.) ab.

Die unbeabsichtigte Konsequenz all dessen jedoch war, sowohl des *welfare-* als auch des *warfare-state*, dass durch die dadurch bedingte Steigerung des Staatskonsums (indirekt über Staatsgehälter respektive Transfers, direkt durch den Ankauf von spezifischen Waren, wie eben Panzer, Raketen und Bomber) auf der Basis von Steuern, hauptsächlich aber von Steuern auf den Profit – im Verein mit Lohnsteigerungen infolge des *full employment* (nicht zuletzt bedingt durch staatliche Beschäftigung) – das der Akkumulation zur Verfügung stehende Surplus oder genauer: der akkumulierbare Mehrwertanteil tendenziell reduziert werden sollte, was logischerweise zur Dämpfung der Tendenz zur Überakkumulation, auf der – wie wir sahen – die „klassischen Krisen“ basieren, geführt hat. Zudem dürfte wohl auch die Verstaatlichung einiger Branchen, vornehmlich auch solcher im Produktionsmittelsektor (und damit der Umstand, dass sie der profitgetriebenen Akkumulationstendenz entzogen worden sind) zusätzlich noch zu dieser Dämpfung beigetragen haben.

Das aber ist der wahre Grund für die säkulare „Prosperität und Stabilität“ (und in der Folge für das Steigen der Löhne bisweilen über den „Wert der Arbeitskraft“ hinaus), für das *golden age* mithin, wie es von Eric Hobsbawm zutreffend genannt worden ist.

IV.

„Prosperität und Stabilität“ im Verein mit dem *welfare-state* hatten jedoch (für die Geschichte) fatale Konsequenzen: Da sich der Druck auf die Lebensverhältnisse der Lohnabhängigen mit der Zeit abschwächen sollte, da das steigende Lohnniveau das Alltagsleben für breite Schichten einigermaßen erträglich werden ließ, da mit der Reduzierung der Arbeitszeit sich das Lebenszentrum aus der Fabrik (oder der Arbeitsstätte) in die „Freizeit“ verschob, in welcher die Subjekte notwendigerweise frag-

mentiert und atomisiert sind – so konnte es nicht ausbleiben, dass sich der Grad der Organisiertheit und die Bereitschaft zu kollektiven Aktionen mit der Zeit substantiell reduzierte, sodass am Ende nur mehr eine amorphe Masse übrigblieb, eine Masse ohne Bewusstsein, das über den Alltag hinausgeht, eine Masse, die, demoralisiert wie sie ist, als historisches Subjekt ausgespielt hatte.

Dieser „moralischen“ Degradierung der Arbeiterklasse folgte dann aber auch ihr „physisches“ Verschwinden bald auf dem Fuße, denn mit dem Prozess der Automatisierung der Produktion wurden die Fabriken mit ihrer Maschinendisziplin und der Zusammenballung von Arbeitermassen – der notwendige Kontext für die Generierung von Klassenbewusstsein (in einem umfänglichen Sinn) – nach und nach von Arbeitskraft und ihren Trägern entleert. – Ein historisches Fenster war dabei, sich zu schließen.

V.

Mit all dem aber fiel die *historische* Bedrohung des Systems des Privateigentums an den Produktionsmitteln weg, ihr *memento mori* – und zugleich damit stieg die Wehrlosigkeit der unteren Klassen, die die Bahn freigab für ein Schalten und Walten gegen dieselben – ohne Gegenwehr mithin, die Gewicht haben würde. Die erste Funktion des bürgerlichen Staates, die Sicherung des Bestandes der Gesellschaftsordnung als solche, war damit für immer obsolet geworden.

Nicht genug damit: Als Folge der „Stagnationsperiode“ in der Sowjetunion (in den späten Breschnew-Jahren) sah sich der West-Block nicht mehr bemüßigt, sich durch besondere „Aufmerksamkeiten“ den eigenen Populationen gegenüber vom Ost-Block abzuheben – eine Kehrtwende, die sich später dann auch im Bereich *freedom and democracy* vollzog.

Das ist die historische Basis der neo-liberalen Konterreform einer Thatcher, eines Reagan, eines Kohl nach 1979, der historische Kontext, der eine Rückkehr zum *laissez-faire*, d.h. zum Wahn, das System des kapitalistischen Privateigentums (verharmlosend „der Markt“ genannt) würde die Dinge schon regeln, schmackhaft werden ließ – eine Fata Morgana, die den Adepten des Systems nach einer relativ langen Zeit der „Prosperität und Stabilität“ eben diese als Tugend *des Kapitalsystems selbst* erscheinen ließ.

Dieser Rückfall nun, das Hervorholen alter Rezepte, äußerte sich insbesondere in der Form der Privatisierung von Staatseigentum (im Energie-, im Verkehrs-, im Telekommunikations- und in anderen Sektoren), von Deregulierungsmaßnahmen sowie von Steuersenkungen auf den Profit, wobei

Als Folge der „Stagnationsperiode“ in der Sowjetunion sah sich der West-Block nicht mehr bemüßigt, sich durch besondere „Aufmerksamkeiten“ den eigenen Populationen gegenüber vom Ost-Block abzuheben.

man letztere als ein Vorgehen ansehen muss, das letzten Endes den Staat der Abhängigkeit von Krediten und der Verschuldung preisgeben sollte, einer Verschuldung, die sich später dann durch Projekte des Wahnsinns (Corona, Klima, Ukraine) zu ungeahnten Höhen aufschwingen wird. – Der bürgerliche Staat gibt, auf lange Sicht, damit das Zepher aus der Hand.

Denn die Deregulierung, die Privatisierung von Staatseigentum sowie die Verschuldung bedeuten nichts anderes als die Kastrierung des Staates. Als ein vom Eigentum entblößter, der Steuerungsinstrumente beraubter und verschuldeter Staat ist er gegenüber den *monopolistischen* Kapitalagglomerationen buchstäblich wehrlos, während er auf der anderen Seite als Garant des Privateigentums nicht mehr, wie wir sahen, gebraucht wird – was ja überhaupt erst diese Kastrierung historisch möglich gemacht hat. – Das sollte dann eine der Grundlagen dafür sein, dass der bürgerliche Staat als *volonté générale* der Bourgeoisie durch einen Staat neuen Typs abgelöst wurde, wie wir noch sehen werden.

VI.

Ein weiterer Aspekt kommt zu all dem hinzu: die säkulare Tendenz des Kapitals, sich zu globalisieren. Nun, das Kapital hatte schon immer, seit jeher, eine globale Dimension, beginnend mit der kolonialen Expansion im Anschluss an die Explorationen von Colón und da Gama. Der Charakter der globalen Aktivitäten indessen sollte sich mit der Zeit grundlegend ändern. Ursprünglich mehr oder weniger auf Rohstoffimport und Warenexport limitiert, weiteten sich die externen Aktivitäten später dann auch auf den Kapitalexport aus: Einerseits handelte es sich dabei um eine gegenseitige Durchdringung im Zentrum des globalen

Systems (das nationale Kapital aus Staat A geht in den Staat B und vice versa), andererseits um einen einseitigen Fluss von Kapital aus den Metropolen in die Peripherien und einen ebenso einseitigen Rückfluss von Profit in die Zentren.

Das jedoch waren nur die ersten zaghaften Ansätze der Globalisierungstendenz: Denn der Prozess der Zentralisierung des Kapitals, ursprünglich auf den Bereich des jeweiligen Nationalstaats beschränkt, griff auf den Globus aus. Die Monopolisierungstendenz, die der kapitalistischen Weise der Produktion inhärent, also *systembedingt* ist, erhielt somit eine *globale, transnationale* Dimension, die sich in Allianzen, *joint ventures*, gegenseitigen Beteiligungen und schließlich auch in Fusionen von Konzernkapital aus unterschiedlichen Ländern manifestiert. Monopolisierungsprozesse fanden von da an mehr und mehr *auf transnationalem Terrain* statt.

Schließlich erfasste die Globalisierungstendenz dann aber auch noch die Eigentümerstruktur des kapitalistischen Systems: BlackRock, Vanguard, State Street und Konsorten, die so genannten „Vermögensverwalter“ oder „Kapitalsammelstellen“, die „Aktionsgemeinschaften“ der Aktionäre mithin, sind desgleichen globale, transnationale Formationen. Wir haben es hier im wahrsten Sinne des Wortes mit einer transnationalen Bruderschaft der Bourgeoisie, also der Aktionärseligen, zu tun. Mit all dem aber, und das ist der springende Punkt, entzieht sich das Kapital, das nunmehr global ist, dem Zugriff der staatlichen Behörden: durch Steueroasen und „legale“ Steuerflucht, durch die Flexibilität der Verlagerung und den Abzug von Kapital, wann immer es opportun ist, und überhaupt und vor allem durch die Loslösung der Konzerne und Aktionäre aus nationalen Kontexten. Wir haben hier noch eine Grundlage dafür, dass sich der klassische bürgerliche Staat in einen Staat neuen Typs transformiert.

VII.

Ein Staat neuen Typs: Denn auf der Basis all dessen ist das integrale Kapital – die Eigentümerstruktur (BlackRock, Vanguard, State Street und Konsorten), die dominanten Kapitalfraktionen auf operativem Niveau, insbesondere die Digital-, Pharma- und Rüstungskonzerne, nicht zuletzt aber auch die Foundations einzelner „philanthropischer“ Multimilliardäre – offenbar in der Lage, sich den Staat auf die eine oder andere Weise unterzuordnen, ihn somit in ein *direktes Exekutivorgan*

und/oder ein Manövriertfeld der Profitgenerierungsmaschine des globalen Kapitals zu verwandeln.

Je nach Geschmack und Gusto können so, weil der Staat nunmehr unter das Kapital subsumiert ist, genuin staatliche Aufgaben (Gefängnisse, Militär [Blackwater, Wagner], Gesundheitssystem, Schulwesen, Pensionen, im Prinzip dann alle Services), durch Privatisierung *sans phrase* privater Profitgewinnung überantwortet werden, oder der Staat verkauft Infrastruktur, um sie dann wieder zu „leasen“. Zudem ermöglichen *public-private-partnerships* dem privaten Kapital, Einfluss auf öffentliche Agenden zu nehmen (ganz zu schweigen vom privaten Profit, der dabei generiert werden kann).

Was aber ausschlaggebend ist, das ist, dass durch die elementare Schwäche des Staats gegenüber dem globalen Kapital das Personal dieses Staats mehr und mehr direkt aus dem Kapitalumfeld kommt, wobei die Foundations (oder Vorfeldorganisationen des Kapitals wie das WEF) hier besonders aktiv bei der „Personalvermittlung“ sind. Dort aber, wo es sich um supranationale Körperschaften oder Behörden handelt (EU, WHO usw.), denen immer mehr staatliche Funktionen übertragen worden sind und übertragen werden und die sich für die Besetzung mit „geeignetem Personal“ besonders gut eignen, ist der Impact auch und vor allem über die zumeist *projektgebundenen* Finanzierungsgelder und/oder über den Lobbyisteneinfluss direkt herstellbar.

Daher ist es nicht zu verwundern, wenn die Aktivitäten der Staaten immer mehr unmittelbar die „Bedürfnisse“ bestimmter Kapitalfraktionen bedienen – und nicht mehr dem *Gesamtsystem selbst* verpflichtet sind –, wobei andererseits zu bemerken wäre, dass die Grenzen, die der Staatsintervention im klassischen Sinn im post-modernen Stadium des bürgerlichen Systems, das sich in Auflösung befindet, gesetzt sind, dann doch eher eng gezogen sind.

Diese Unterordnung des Staats unter die dominanten Kapitalfraktionen kommt im Übrigen da am deutlichsten zum Ausdruck, wo es sich um die Gesetzgebung einerseits und die staatliche Performance (Repressionsmaßnahmen inklusive) andererseits im Hinblick auf die „Absatzförderung“ ansonsten unverkäuflicher Warensorten sowie den staatlichen Aufkauf solcher Waren handelt: mRNA-Injektionen, PCR-Tests, Masken, Windräder, Solaranlagen, E-Fahrzeuge, Wärmepumpen, Überwachungstechnologie und nicht zuletzt natürlich dann auch immer raffiniertere Waffensysteme.

VIII.

Die Transformation des bürgerlichen Staates, einst *volonté générale* der Bourgeoisie, ist somit abgeschlossen: Der Staat wird zum Famulus, die *res publica* zur *ancilla* der dominanten Kapitalfraktionen, ein Hand- und Kopflanger mithin, wie ihn Brecht nennen würde, dazu bestimmt, Befehle auszuführen. Man ist versucht hinzuzufügen: nach dem Vorbild von Bananenrepubliken.

Resümieren wir:

1. Diese Transformation konnte geschehen, da der bürgerliche Staat nicht mehr seiner ureigensten Aufgabe nachkommen muss – die Sicherung des Systems des Privateigentums –, insofern sich niemand mehr in der Lage befindet, dieses System in seiner Existenz zu bedrohen, ja niemand mehr auch nur daran denkt, dass die Gesellschaft anders als kapitalistisch organisiert und geregelt sein könnte. Das historische Subjekt, von dem diese Bedrohung, theoretisch wenigstens, ausgehen konnte, ist, da fragmentiert und atomisiert, vollständig assimiliert und in das System integriert. Mehr als die Bereitschaft zu impotenten Protesten und mehr als Krawalle, über die die Bourgeoisie nur müde lächeln kann, ist hier nicht zu erwarten.
2. Der bürgerliche Staat ist mittlerweile hilflos: Er hat sich durch Privatisierung, Deregulierung und Verschuldung der Mittel begeben, die es ihm erlauben würden, als *volonté générale* aufzutreten.
3. Aufgrund der Globalisierung und der transnationalen Zentralisierungsprozesse kann sich das

globale Kapital (die Aktionäre, die operativen Kapitalentitäten sowie die Foundations) überdies dem Zugriff des Staats wirksam entziehen.

4. Überhaupt ist es so, dass aufgrund des Umstands, dass das bürgerliche System in eine Phase eingetreten ist – man könnte sie den post-modernen Endzustand nennen –, wo aufgrund der Automatisierungsprozesse die alten Systemzusammenhänge hinfällig sind und die Performance des Systems somit mehr und mehr chaotische Züge gewinnt, es sowieso einerlei ist, wo und wie und ob der Staat regulierend eingreift. Die diffuse Ahnung, dass dem so ist, dürfte hinsichtlich der konkreten Performance des Staates, die er jetzt an den Tag legt, wohl auch eine gewisse Rolle spielen.

Wen wundert es da, dass das integrale Kapital den Staat gekapert hat, einen Staat, der, wie einst als *volonté générale*, nicht mehr dem System des kapitalistischen Privateigentums, sondern als *direktes Exekutivinstrument*, als ein Famulus, bestimmten monopolistischen Kapitalfraktionen, privaten Playern, dient?

Ist aber dadurch, so muss man weiter fragen, nicht jeglicher reformistischen Illusion, ja jeglicher sonstigen Illusion, sei sie altkonservativ oder altliberal, mit Bezug auf den bürgerlichen Staat ein für allemal der Boden unter den Füßen entzogen? Eine Rückkehr zu Zuständen, die es so, wie man sich das imaginiert, überdies gar nicht gegeben hat, kann und wird es jedenfalls nicht geben, weil die Grundlagen dafür schlicht und einfach nicht mehr vorhanden sind.

Alfred Fresin

Wie kommt der Kapitalismus an sein Ende?

Kritik an Vorstellungen zum Abgang dieser Ökonomie



Schon wieder ein Buch, das den Abgang dieser Ökonomie beschwört oder prophezeit? Nein, ganz und gar nicht: Es geht darin vielmehr um eine kritische Auseinandersetzung mit Vorstellungen von Kapitalismuskritikern vom Ende des Kapitalismus und mit praktizierten Versuchen, diesen zu überwinden.

Nach einer Zusammenfassung der daraus resultierenden wichtigsten Erkenntnisse wird skizziert, wie der Kapitalismus tatsächlich an sein Ende käme.

Diejenigen die sich ernsthaft die Frage nach einer Alternative stellen, werden schließlich auch fündig.

Die „bedürfnisorientierte Versorgungswirtschaft“, die der Autor in einem anderen Buch ausführlich vorgestellt hat, wird kurz dargestellt und kritische Stellungnahmen besprochen.

Übersichtliche Gestaltung und verständliche Sprache zeichnen dieses Buch aus.

Weitere Informationen im Internet

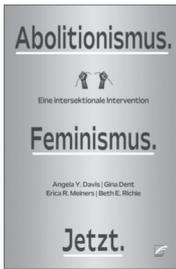
Erschienen im Peter Lang Verlag

Neuerscheinungen



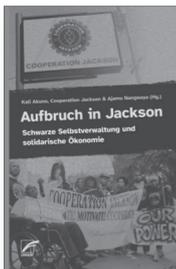
Ein Comic, der die Ikone der Frauenbewegung feiert

Lisa Neubauer
Simone de Beauvoir
Ein illustrierte Biografie
152 Seiten | B5 | 18 €



Für eine Welt ohne Gefängnisse und eine Welt ohne sexistische Gewalt

Angela Davis u.a.
Abolitionismus. Feminismus. Jetzt.
Eine intersektionale Intervention
204 Seiten | 18 €



Schwarze Befreiung praktisch von unten aufbauen

Kali Akuno u.a. (Hg.)
Aufbruch in Jackson
Schwarze Selbstverwaltung und solidarische Ökonomie
304 Seiten | 22 €



Plädoyer für eine freiheitliche und diversitätssensible Pädagogik

bell hooks
Die Welt verändern lernen
Bildung als Praxis der Freiheit
208 Seiten | 18 €



Der tägliche antifaschistische Begleiter

Antifa-Kalendergruppe
Antifaschistischer Taschenkalender 2024
280 Seiten | 10 €



Das ganze Jahr organisiert für Klimagerechtigkeit!

Kalender Kollektiv
Klima Kalender 2024
232 Seiten | 12,80 €

Das ganze Programm online unter:
www.unrast-verlag.de

IMMATERIAL WORLD

SEIT einigen Jahren wird erfreulicherweise wieder vermehrt über gesellschaftliche Planung diskutiert. In einer losen Folge will ich mich einzelnen Vorschlägen widmen. Los geht's mit der *Demokratischen Arbeitszeitrechnung* (DAZ). Das Konzept geht zurück auf den Text *Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung* der rätekommunistischen Gruppe Internationaler Kommunisten (GIK) von 1930. Zunächst eine kurze Darstellung. In der DAZ sind alle Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum. Arbeitszertifikate stellen die in einem Produkt enthaltene gesellschaftlich-durchschnittliche Arbeitszeit dar. Sie ersetzen das Geld, wobei jede Arbeitsstunde gleich zählt. Die Betriebe erstellen einen Plan und messen die Arbeitszeit, die sie zur Arbeitszeit der Vorprodukte und Produktionsmittelabnutzung hinzurechnen. Dieser Plan muss von einer „Öffentlichen Buchhaltung“ genehmigt werden. Diese zentrale Verwaltungsbehörde stimmt die Pläne aller Betriebe aufeinander ab. Die gesellschaftlichen Produktionsziele, nach denen sich die Behörde zu richten hat, werden von einer Räteversammlung aller Betriebe festgelegt. Der individuelle Konsum bemisst sich an der individuell geleisteten Arbeitszeit, wobei ein gewisser Anteil vorab in einen Fond fließt, aus dem gesellschaftlich allgemeine Güter finanziert werden. Niemand eignet sich den Mehrwert individuell an, alles wird verteilt.

Nun zur Kritik.

(1) Die Arbeitszertifikate schaffen eine Doppelmoral. Einerseits gibt es die konkret-nützliche Arbeit, die sich auf Bedürfnisse bezieht. Andererseits wird die abstrakte Arbeit gemessen und als Wertmaßstab genommen, um den Austausch zwischen den Betrieben und die Verteilung zu organisieren. Damit wird der von Marx kritisierte „Doppelcharakter der Ware“ und die Dominanz der Wertlogik („Wertgesetz“) reproduziert, wobei sich der Wert hier nicht im Geld, sondern in den notierten Arbeitszeiten zeigt. Bedürfnisorientierte Ziele sollen politisch durchgesetzt werden, was ökonomisch zu Verwerfungen führt.

(2) Ein Beispiel ist die Egalität der Arbeitsstunde als Wertmaßstab. Da sich der Konsum an der nominalen Arbeitszeit bemisst, gibt es in der Nor-

Demokratischer Arbeitszwang

malproduktion keinen monetären „Anreiz“, eine höhere Qualifikation oder Arbeitsproduktivität zu erreichen; stattdessen ist es attraktiver, diese in Schattenproduktionen und -märkte einzubringen, denn sie soll sich ja als größerer Anteil am gesellschaftlichen Produkt „lohnen“. Das war bereits im Realsozialismus zu beobachten.

(3) Ein weiteres Problem ist der Betriebsegoismus. Um selber Flexibilität zu gewinnen und Arbeitszertifikate für Nebenzwecke aufzusparen (etwa um besonders produktive Arbeit extra zu belohnen), liegt es nahe, die zur Genehmigung vorgelegten Pläne zu schönen. Dies wissend sieht sich die „Buchhaltung“ dazu aufgefordert, den vorgelegten Plänen zu misstrauen und die Genehmigung zu verweigern, worauf wieder die Betriebe reagieren etc. – ebenfalls ein Effekt, der im Realsozialismus auftrat.

(4) Die „Buchhaltung“ muss die verschiedenen Pläne der Betriebe so koordinieren, dass sich ein gesamtgesellschaftlich kohärenter arbeitsteiliger Produktionszusammenhang ergibt. Sie hat damit die Funktion einer zentralen Planbehörde. Zwar kommen die Pläne von unten aus den Betrieben, doch die „Buchhaltung“ ist bei Strafe des ökonomischen Scheiterns gezwungen, diese Pläne so anzupassen, dass eine gesellschaftlich sinnvolle Gesamtproduktion entsteht. Und diese geänderten Pläne müssen dann – über den Hebel des Genehmigungszwangs – auch durchgesetzt werden.

(5) Die Durchsetzungsnotwendigkeit braucht eine entsprechende Durchsetzungsmacht. Planänderungen müssen notfalls erzwungen, ihre Einhaltung kontrolliert, Planschönungen aufgedeckt und Verstöße sanktioniert werden. Die „Öffentliche Buchhaltung“ repräsentiert die Interessen der Allgemeinheit, die den Betriebsegoismen entgegensteht. Sie benötigt Zwangsmittel und entwickelt aufgrund der von den produktiven Prozessen getrennten und zum Teil entgegengesetzten Interessenlagen eine Eigendynamik. Sie wird zum Schattenstaat. Das zu Überwindende kommt durch die Hintertür wieder herein.

(6) Eigentum und Rechtsform bestehen fort – zwar nicht mehr privat, doch auch als gesellschaftliches Eigentum braucht es einen institutionellen Träger,

und es liegt nahe, dass der Schattenstaat diese Trägerschaft übernimmt. Mit dem Eigentum bleibt die *Sachherrschaft* (Eva von Redecker), also die absolute Verfügung über die zu Objekten gemachte Natur und Menschen bestehen. Ausbeutung ist mehr als nur die Aneignung von Mehrwert, es ist die auf Eigentum und Wertgesetz basierende Exklusionslogik der Warenproduktion, die die Lebensgrundlagen zerstört.

(7) Die gesellschaftliche Spaltung in eine bezahlte und eine unbezahlte Sphäre und die vorherrschende Zuweisung von reproduktiven Tätigkeiten an Frauen wird nicht aufgehoben. Damit bleibt ein wesentlicher Pfeiler des Patriarchats bestehen. Auch der in der Sachherrschaft angelegte patriarchale *Phantombesitz* (von Redecker) – ein Herrschaftsanspruch ohne materielle Grundlage – wird fortgeschrieben.

(8) Ebenso bleibt das Ausplünderungsverhältnis gegenüber der äußeren Natur bestehen. Die Orientierung an Arbeitszertifikaten (vulgo: Wert) verhindert ein sinnlich-bedürfnisgeleitetes Verhältnis zu der uns umgebenden Mitwelt. Die Natur „draußen“ ist nur Material für eine Produktion, die Arbeitszertifikate erbringt, mit denen dann Waren gekauft werden, um Bedürfnisse zu befriedigen. Wertform und Sachherrschaft erzeugen eine Subjekt-Objekt-Dichotomie, die verhindert, dass ich mich im Anderen erkennen kann.

(9) Die Kopplung von Geben und Nehmen und damit das zentrale Sachherrschaftsverhältnis des Kapitalismus wird ebenfalls fortgeschrieben. Die eigene Existenz wird an den Zwang zur Arbeit geknüpft. Der christliche wie sozialistische Imperativ „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ (Verfassung der UdSSR von 1936) gilt weiter. Dies mag abgedefert werden durch einen erheblichen Anteil frei zugänglicher schattenstaatlicher Vorsorge, doch auch dieser Teil wird von erzwungenen Arbeitsstunden getragen. Der Impuls, „arbeitsloses Einkommen“ zu verhindern und sicherzustellen, dass alle gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten erbracht werden, ist nachvollziehbar. Warum jedoch der sachliche Zwang das Mittel der Wahl sein soll, bleibt unklar. Leider steht der Ansatz damit nicht allein.

Hermann Engster

Märchenunglück

„Kinder brauchen Märchen.“
(Bruno Bettelheim)

Die *Kinder- und Hausmärchen* der Brüder Grimm waren nicht nur für Kinder, sondern auch für Erwachsene gedacht, als Unterhaltungsbedürfnis für Menschen aus allen sozialen Schichten: für Bauern, Dienstleute und Handwerker bis hinein ins großbürgerliche Milieu. Viele Märchen daraus stammen aus der Märchensammlung *Histoires ou Contes du temps passé* (*Geschichten oder Erzählungen aus alter Zeit*) von Charles Perrault, z.B. *Dornröschen*, *Aschenputtel*, *Rotkäppchen*, *Der gestiefelte Kater*, *Blaubart*, und dienten seinerzeit unter Ludwig XIV. der Hofgesellschaft als Abwechslung von den anstrengenden Theaterstücken eines Corneille und Racine.

Das Wort Märchen bedeutet „kleine Geschichte“. Seit 1812 haben die Grimms ihre Sammlung in immer neuen Auflagen publiziert. Es sind Geschichten unterschiedlicher Art und Erzählabsicht: Märchen, die bürgerliche Tugenden wie Fleiß, Gehorsam, Frömmigkeit vermitteln und deren Vernachlässigung hart bestrafen wie im Märchen von *Frau Holle*, Märchen, die seelische Reifungsprozesse nachzeichnen wie *Hänsel und Gretel* oder *Froschkönig*, aber auch Märchen, in denen Frechheit belohnt wird wie im *Gestiefelten Kater* oder im *Tapferen Schneiderlein*, satirische Märchen wie die Erzählung *Hans im Glück*, die sich über einen Naivling lustig macht, der den Tauschwert der Dinge nicht erkennt und sein Glück daheim bei seiner Mama findet; ferner solche, die sich über den heiligsten bürgerlichen Wert, das Eigentum, hinwegsetzen wie *Der Meisterdieb*, und geradezu rebellische wie *Die Bremer Stadtmusikanten*, wo aussortierte Arbeitskräfte erkennen: *Etwas Besseres als den Tod findest du überall* – und „Tod“ meint hier nicht den physischen Tod, sondern ein Ende in Elend, Obdachlosigkeit und Bettelei – sie sich deshalb zu einer Gang verbünden, um ihren Platz in der Gesellschaft zu behaupten. Wobei sie, skurrile Pointe, gar nicht mal bis Bremen gelangen, ihnen dort aber trotzdem ein Denkmal errichtet worden ist.

Unter den Grimm'schen Märchen findet sich auch das von *Frau Trude*. Es wurde erst 1837 in die dritte Auflage der Märchensammlung aufgenommen; Wilhelm Grimm hat es bearbeitet, es ist kurz und geht so:

Frau Trude

Es war einmal ein kleines Mädchen, das war eigensinnig und vorwitzig, und wenn ihm seine Eltern etwas sagten, so gehorchte es nicht; wie konnte es dem gut gehen? Eines Tages sagte es zu seinen Eltern: „Ich habe so viel von der Frau Trude gehört, ich will einmal zu ihr hingehen: die Leute sagen, es sehe so wunderlich bei ihr aus, und erzählen, es seien so seltsame Dinge in ihrem Hause, da bin ich ganz neugierig geworden.“ Die Eltern verboten es ihr streng und sagten: „Die Frau Trude ist eine böse Frau, die gottlose Dinge treibt, und wenn du zu ihr hingehst, so bist du unser Kind nicht mehr.“

Aber das Mädchen kehrte sich nicht an das Verbot seiner Eltern und ging doch zu der Frau Trude. Und als es zu ihr kam, fragte die Frau Trude: „Warum bist du so bleich?“ „Ach“, antwortete es und zitterte am Leibe, „ich habe mich so erschrocken über das, was ich gesehen habe.“ „Was hast du gesehen?“ „Ich sah auf Eurer Stiege einen schwarzen Mann.“ „Das war ein Köhler.“ „Dann sah ich einen grünen Mann.“ „Das war ein Jäger.“ „Danach sah ich einen blutroten Mann.“ „Das war ein Metzger.“ „Ach, Frau Trude, mir grauste, ich sah durchs Fenster und sah Euch nicht, wohl aber den Teufel mit feurigem Kopf.“

„Oho“, sagte sie, „so hast du die Hexe in ihrem rechten Schmuck gesehen. Ich habe schon lange auf dich gewartet und nach dir verlangt, du sollst mir leuchten.“ Da verwandelte sie das Mädchen in einen Holzblock und warf ihn ins Feuer. Und als er in voller Glut war, setzte sie sich daneben, wärmte sich daran und sprach: „Das leuchtet einmal hell!“

*DRUDE drud drut drute trud trude, f. hexe,
altes hexenartiges weib, unholde.*

(Grimm, *Wörterbuch der deutschen Sprache*)

Die Geschichte ist kunstvoll gebaut: Sie verzichtet auf weitschweifige Ausschmückungen, hat einen dramatischen Rhythmus und führt die Handlung straff und zielsicher ihrem katastrophischen Höhepunkt zu.

Dieses Märchen gehört zur Kategorie der Warn- und Schreckmärchen; seine Moral ist eindeutig und wird noch durch den Erzählereinschub *Wie konnte es dem (: Mädchen) gut gehen?* unterstrichen. Dieses Mädchen ist von schlechtem Charakter: Es ist *eigensinnig, vorwitzig und gehorcht nicht*. Selbst die strengste Drohung, die Eltern auszusprechen vermögen – *so bist du unser Kind nicht mehr!* – können es nicht von seiner Neugier abhalten. So ereilt es seine gerechte Strafe, und es ist sogar eine doppelte Strafe, die darin besteht, dass es vor dem eignen Flammentod die Hexe in ihrer unverhüllten Dämonie erblickt. Wozu ein solches eigensinniges und ungehorsames Mädchen taugt? Nur dazu, verbrannt zu werden und die Stube der Hexe zu erhellen, wie diese zynisch feststellt: *Das leuchtet einmal hell*. Im pädagogisch wertvollen Einverständnis damit zeichnet der populäre Märchenillustrator Otto Ubbelohde einen brennenden Holzklotz, aus dem heraus zwei Kinderarme wild zappeln. Recht also hat der Erzähler – es ist Wilhelm Grimm selbst – mit seiner Mahnung mit Blick auf dieses Mädchen: *Wie konnte es dem gut gehen?*

Wenn ein literarischer Text von seinem Autor in die Welt entlassen wird, entwickelt er im Dialog mit seinen Leserinnen und Lesern ein Eigenleben: Diese stellen neue Fragen, legen andre Maßstäbe an ihn an, der Text beginnt oft auf unvermutete Weise darauf zu antworten und offenbart ein neues Sinnpotenzial. Also gehen auch wir daran und bürsten das Märchen gegen den Strich!

Nicht nur gelegentlich, sondern immer übertrifft der Sinn eines Textes seinen Autor.

(Hans-Georg Gadamer, *Wahrheit und Methode*)

Und Gadamer fährt fort: „Lesendes Verstehen ist nicht ein Wiederholen von etwas Vergangenenem, sondern Teilhabe an seinem gegenwärtigen Sinn.“ Lesen wir also das Märchen mit unsren heutigen Augen! Da ist ein Mädchen, das als *eigensinnig* dargestellt wird, also einen eigenen Sinn und Wil-

len hat. Es ist *vorwitzig*, dieser Ausdruck ist tadelnd gemeint, hat im damaligen Sprachgebrauch aber auch aufschlussreiche Konnotationen. Grimms *Wörterbuch der deutschen Sprache* eröffnet dazu folgendes Bedeutungsfeld: *„neugierig, wissbegierig; meist mit der bedeutungsrichtung auf ‚keck forschend, neuigkeitssüchtig‘, vermessen-wissensdurstig in verborgenes eindringend*. Trotz dem rigorosen elterlichen Verbot und missachtend das vierte Gebot „Du sollst Vater und Mutter ehren“, wagt sich das Mädchen doch zur Frau Trude. Dabei erblickt sie nacheinander drei Männer, die ihr Schrecken einjagen. Diese Männer stehen für vernichtende Verwandlung: als schwarzer Mann ein Köhler, der Holz zu Kohle verbrennt; als grüner Mann ein Jäger, der Wildtiere tötet; als blutroter Mann ein Metzger. Und als grausigen Höhepunkt sieht sie statt der Hexe selbst *den Teufel mit feurigem Kopf*.

Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!

(Immanuel Kant, *Was ist Aufklärung?*)

Jedoch läuft sie nicht ängstlich davon; sie stellt sich der Frau Trude und beantwortet sogar deren Fragen. Mit unsren Augen lesen wir das Märchen anders, als es vor 200 Jahren intendiert war: Wir lesen es als die Geschichte eines Mädchens, das wissbegierig ist, sich nicht von seinem Verlangen nach Aufklärung eines dunklen Geheimnisses abschrecken lässt, eines Mädchens, das im Anblick des Schreckens nicht furchtsam davonläuft und der satanischen Hexe, wenn auch mit Grausen, so doch Rede und Antwort steht. So lesen wir das Märchen heute als die Geschichte eines Strebens nach Selbständigkeit, eines Strebens, das nicht geduldet und bestraft wird.

Es ist nun weiter zu fragen: Wo kommt diese Geschichte her, und wie ist sie in die Sammlung der *Kinder- und Hausmärchen* der Grimms geraten? Sie ist nach mehreren Kleinausgaben von fünfzig ausgewählten Märchen erst 1837 in die sog. *Große Ausgabe* aufgenommen worden. Alle diese Ausgaben hat hauptsächlich Wilhelm Grimm betreut, während sein Bruder Jacob sich vor allem wissenschaftlichen Aufgaben widmete.

Vorlage des Märchens war ein Gedicht, das unter dem Titel *Klein Bäschen und Frau Trude* im *Frauentaschenbuch für das Jahr 1823* erschienen war. Als Verfasser war Meier Teddy angegeben, ein Pseudonym, hinter dem sich sehr wahrscheinlich der Schriftsteller Friedrich de La Motte Fouqué

verberg und der zwischen 1815 und 1831 kontinuierlich Beiträge in dem für ein weibliches Publikum bestimmten *Frauentaschenbuch* veröffentlichte. Dieses erschien seit 1815, war aufwändig gestaltet und enthielt literarische Texte für den gehobenen Geschmack, z.B. Texte neben von de La Motte Fouqué auch von Eichendorff, Kleist, Rückert. Wilhelm Grimm hat die gereimten Dialoge in Prosa umgewandelt und diese kleine Geschichte meisterhaft geformt, hat allerdings, um auf das böse Ende vorzubereiten, gleich zu Anfang zu dem erhobenen pädagogischen Zeigefinger sich bemüht gefühlt – dem Mädchen fehlt es an Demut.

DEMUT ahd. *deomuotî*, mhd. *dêmuot*, bezeichnet eigentlich die gesinnung eines knechtes, unterwürfigkeit. jetzt bezeichnet demut eine dem hochmut und der selbstüberhebung entgegenstehende anspruchslosigkeit und bescheidenheit, unterwürfigkeit unter den willigen gottes.

(Grimm, *Wörterbuch der deutschen Sprache*)

In den Märchen sind es üblicherweise die Jungen, die sich auflehnen, indem sie sich selbständig und eigenwillig gebärden, meist listenreich, zuweilen auch widerborstig. Bestraft werden sie dafür nicht, im Gegenteil, sie machen ihren Weg zur Mannwerdung. In *Frau Trude* ist es jedoch ein Mädchen, das die Unterwürfigkeit gegen die Eltern als die Stellvertreter Gottes missachtet. Warum ein Mädchen? Mit einem Jungen würde das Märchen nicht funktionieren. Weshalb nicht? Nun, wir werden sehen.

Warn- und Schreckmärchen für Kinder gab es sicher schon in Antike und Mittelalter, und zweifellos ist, wie in aller Literatur so auch in den Märchen, die Dynamik psychischer Grundkräfte des Menschen, des kindlichen, jugendlichen, erwachsenen, in ihnen eingeschrieben wie Liebe, Hass, Neid, Gier, Rachsucht, Rivalität – aber diese sind keine überzeitlichen unveränderlichen Phänomene, sondern sind bedingt durch die jeweils gegebenen historisch-gesellschaftlichen Verhältnisse. Das psychoanalytische Modell, entwickelt an empirischen Phänomenen der bürgerlichen Gesellschaft, ist für die Deutung dieser Geschichten partiell durchaus ergiebig, muss sich aber immer vor dem kritischen Blick der Philologie bewähren. Obwohl in den Märchen magische Relikte aus früheren Epochen mitgeschleppt worden sind, so transportieren sie keineswegs, wie tiefenpsychologisch und sonst wie esoterisch imprägnierte Märchendeuter phantasieren, uraltes Menschheits-

wissen, gern als „Urmütterweisheit“ umraunt. Die Grimm'schen Märchen sind, wie ihre französischen Vorstufen, samt und sonders Produkte der bürgerlichen Gesellschaft der Neuzeit, eingebettet in einen konkreten historischen Zusammenhang mit seinen jeweiligen ökonomischen, politischen, religiösen und moralischen Bedingungen. Und dies gilt entschieden für eine pädagogisch sadistische Geschichte wie *Frau Trude*.

Benjamins Bürste

Auch Märchen zählen, wie Walter Benjamin in seinem Essay *Über den Begriff der Geschichte* (1940) in der VII. These konstatiert, zu den Kulturgütern, die als „Beute ... (im) ... Triumphzug der Herrschenden, der Sieger der Geschichte, mitgeführt“ werden. Auch diese kleine Geschichte gehört zur Beute, und in ihr zeigt sich das von Benjamin Gemeinte *in nuce*. Schon die gereimte Verserzählung *Klein Bäschen und Frau Trude* im *Frauentaschenbuch* sowie Wilhelm Grimms Prosafassung sind ein Ärgernis. Auch für sie gilt Benjamins Urteil: „Es ist niemals ein Dokument der Kultur, ohne zugleich ein solches der Barbarei zu sein.“ Und Benjamin fährt fort: „Und wie es selbst nicht frei ist von Barbarei, so ist es auch der Prozess der Überlieferung nicht, in der es von dem einen an den andern gefallen ist. Der historische Materialist rückt daher nach Maßgabe des Möglichen von ihr ab. Er betrachtet es als seine Aufgabe, die Geschichte gegen den Strich zu bürsten.“

Das ist mit diesem Märchen hier nun geschehen. Und dabei wird der weitere und folgenreichere Skandal offenbar: dergestalt, dass der Prozess der Überlieferung selbst sich als „Barbarei“ im Benjamin'schen Sinne erweist. Denn was, so ist zu fragen, hat die Grimms bewogen, diese grässliche Geschichte in ihre *Kinder- und Hausmärchen* zu übernehmen?

*Man kommt nicht als Frau zur Welt,
man wird es.*

(Simone de Beauvoir, *Das andere Geschlecht*)

Wilhelm Grimm, der Verfasser, liefert selbst den Hinweis mit seiner Frage im Blick auf die Zukunft dieses eigensinnigen Mädchens: *Wie konnte es dem gut gehen?* In dieser Frage schwingt weniger Sorge um das Mädchen mit als Genugtuung über sein Ende. Dies entsprach dem reaktionären Geist der Zeit, in der die aufklärerischen und humanistischen Bestrebungen der Pädagogik des 18. Jahrhunderts teilweise wieder rückgängig gemacht

worden waren. Hatte man bis dahin Kinder als „kleine Erwachsene“ angesehen, so wurde nun die Kindheit als eigener Lebensabschnitt erkannt – zweifellos ein Fortschritt. Anstoß gab dazu Rousseaus Erziehungsroman *Émile oder Über die Erziehung* von 1762, dessen Ideen sich in Europa rasch verbreiteten. Grundgedanke der Erziehung war allerdings, dass Kinder bei der Geburt eine *tabula rasa* seien, ein leeres Blatt, das von den Erzieherinnen und Erziehern vollgeschrieben würde. Dadurch erschien der Erziehung alles möglich. (Anders sieht das heute z.B. Steven Pinker: *Das unbeschriebene Blatt. Die moderne Leugnung der menschlichen Natur*. Berlin 2017)

Abgelöst wurde die christliche durch die bürgerliche Erziehungsideologie. 1779 wurde an der Universität Halle der erste Lehrstuhl für Pädagogik eingerichtet. Maßgeblich wirkte sich auch die jüdische Aufklärung, *Haskala*, aus mit ihren Ideen der religiösen Toleranz und Gleichberechtigung und mit ihren „Freischulen“, in denen jüdische und christliche Kinder zusammen unterrichtet wurden. (Mit der Wiederherstellung der Fürstentümer auf dem Wiener Kongress 1815 wurde dem wieder der Garaus gemacht.)

Ziel der bürgerlichen Erziehung war, Kinder zu nützlichen Gliedern der Gesellschaft zu formen. An die humanistischen Ideale der Aufklärung knüpfte Wilhelm von Humboldt 1810 mit der Neugestaltung des deutschen Bildungssystems an. Erfolge waren Humboldt an den Universitäten und humanistischen Gymnasien beschieden. Denn man muss sich bewusst machen, dass das humanistische Bildungsideal nur für die oberen Klassen galt. Zu Anfang des 19. Jahrhunderts konnte nur etwa ein Viertel der Bevölkerung ausreichend lesen und schreiben. Das war ein Problem für die sich entwickelnde Wirtschaft, dem die Gliederung des Schulsystems in Volksschulen, Realschulen und Gymnasien Abhilfe schaffen sollte. Das freilich widersprach dem Programm der aufklärerischen Erziehung und diente hauptsächlich der Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse, gestützt durch eine autoritär-militärische Pädagogik. Auch wenn sich die Pädagogik gewandelt hat, so dauert dieses Scheitern der Humboldt'schen Schulreform in Deutschland und Österreich bis heute an. Humboldt selbst, bis 1819 preußischer Minister, wurde wegen seines Protestes gegen die auf der Grundlage der Karlsbader Beschlüsse betriebenen Extremistenverfolgungen und Berufsverbote aus dem Amt gejagt.

*Wer seine Rute schont, der hasst seinen Sohn;
wer ihn aber liebt, der züchtigt ihn bald.*
(*Sprüche Salomos, 13,24*)

Hauptziele der Erziehung waren Gehorsam gegenüber den Autoritäten, staatlichen, geistlichen, elterlichen, dazu Arbeitsfleiß und Genügsamkeit; bei den Mädchen wurde zudem Wert auf Demut, Unterwürfigkeit und, ein beliebtes Märchen-Motiv, Opferbereitschaft bis hin zur Selbstaufopferung gelegt – allesamt genuin christliche Tugenden, kraft deren die Kirche dem Staat und sich selbst die Frauen gefügig hielt und die Männerherrschaft sicherte. Bernt Engelmann beschreibt in seinem Buch *Wir Untertanen. Ein deutsches Geschichtsbuch* (Göttingen 1993) die Realität der Erziehung, wie sie sich zu den Zeiten der Grimms darbot, nicht nur im erzreaktionären Preußen (sowie, nicht zu vergessen, Österreich), sondern auch im Königreich Hannover, deren Untertanen sie waren:

Sie (: die Untertanen) sind von Kindesbeinen an zu Kadavergehorsam und Unterwürfigkeit erzogen – im Elternhaus, im Kindergarten, in der Schule, im Konfirmandenunterricht und beim Gottesdienst, in der Lehrzeit und beim Militär, und an allen Erziehungsanstalten mit Hilfe des Stocks.

So genau blickten die Brüder Grimm nicht hin. Gleichwohl gebührt ihnen hoher Respekt, weil sie im Bündnis der Göttinger Sieben 1837 gegen den Verfassungsbruch des Königs protestierten und deshalb von ihrem König Ernst August von Hannover des Landes verwiesen wurden. Dieser König, eine der engstirnigsten und verkommensten Kreaturen, die der Schoß des damaligen Feudalismus gekreißt hatte, reagierte, als Gelehrte wie Alexander von Humboldt ihm klarzumachen versuchten, wie sehr er mit der Vertreibung der Wissenschaftler dem Lande schade, auf deren Vorhaltungen mit den Worten: „Professoren, Huren und Balletttänzerinnen kann man überall für Geld haben.“

Der Protest der Grimms speiste sich aus einer redlichen konservativen Empörung über den eklatanten Rechtsbruch. Der Elan liberaler Zeitgenossen beim Kampf um Freiheitsrechte ging ihnen ab; ihr Blick richtete sich auf die Vergangenheit, wie Ludwig Tieck ihn wies: *Mondbeglänzte Zaubernacht, / Die den Sinn gefangen hält, / Wundervolle Märchenwelt, / Steig auf in der alten Pracht*. Vom romantischen Geist in Dichtung und Philosophie ihrer Zeit ergriffen, beseelte die Grimms der

Wunsch, in den frühen Dichtungen die vermeintlich reine, aus dem „Geist des Volks“ entsprossene Poesie aufzufinden. Die Rollenverteilung unter den Brüdern war so: Jacob der akribische Philologe, er gilt als „Vater der Germanistik“, Wilhelm, der Gefühlvolle und Poet. Es war freilich zunächst vor allem Jacob, der die Erzählungen seiner Gewährsleute aufgezeichnet hatte. Diese waren Frauen aus der gebildeten bürgerlichen Oberschicht mit französisch-hugenottischen Wurzeln in Kassel, aber auch eine Wirtshaustochter aus der Nähe war darunter, die viele Geschichten, erzählt von reisenden Händlern, Handwerkern, Fuhrleuten, im Gedächtnis behalten hatte.

Jacobs handschriftliche Aufzeichnungen, gefunden um 1920 im elsässischen Kloster Oelenberg, sind in einem trockenen Berichtstil gehalten, einem Stil, der noch, wenn auch literarisch geglättet, die von ihm selbst besorgte Erstausgabe von 1812 mit ihrem spröden, hölzernen Duktus prägt. Die späteren Ausgaben sind vom Bruder Wilhelm besorgt, der die Märchen erheblich bearbeitet hat, indem er zur Ausschmückung und spannenden Gestaltung allerlei populäre Motive in sie eingebaut, dazu erhebliche Veränderungen vorgenommen hat und dabei, wie der Märchenforscher Heinz Rölleke ungeniert formuliert, „mit philologischer Skrupellosigkeit“ vorgegangen ist. In der Märchenforschung ist daher die ernüchterte Definition vorherrschend: Grimms Märchen sind das, was die Grimms daraus gemacht haben.

In diesen Volks-Märchen liegt lauter urdeutscher Mythos, den man für verloren gehalten.

(Wilhelm Grimm, Vorrede zur 2. Auflage der *Kinder- und Hausmärchen*, 1815)

Es ist vor allem der Stil, der die Grimm'schen Märchen so einzigartig macht: der innige, gemütvoll-trauliche Ton, der sie von allen europäischen Volksmärchen unterscheidet. Die Grimms hatten eine romantisch verklärte Vorstellung vom Märchen: Märchen als von der Zivilisation noch „unverdorbene“ Poesie aus der „Jugendzeit“ des Volks. Nach diesem Ideal hat Wilhelm Grimm die dünnen Überlieferungen stilisiert: Rekonstruktionen imaginerter Volkspoesie, volkstümlich kostümierte Kunstmärchen. Der Däne Hans Christian Andersen sollte das virtuos fortsetzen.

Auch das Märchen *Frau Trude* ist ein Kunstmärchen: das gereimte Gedicht eines zeitgenössischen Literaten, von Wilhelm Grimm zu einem vermeintlichen Volksmärchen umgemodelt. Doch kommt sowohl im Gedicht als auch im schlichten Märchen die schwarze Pädagogik jener Zeit drastisch zum Ausdruck. Wer diese Art Märchen braucht, hat Franz Schandl einmal lapidar auf den Punkt gebracht: „Nicht Kinder brauchen Märchen, sondern Bürger.“ (*krisis* 31,167) Denn das ist der unheimliche Zweck sowohl der Produktion dieses Märchens als auch dessen Überlieferung: die Wärme des Binnenklimas der bürgerlichen Kleinfamilie zu sichern mittels der Drohung einer grausamen Bestrafung bei Unbotmäßigkeit. Wo dieses warme Binnenklima zu finden sei, weiß einer der Vordenker der romantischen Dichtung:

Willst du die Menschheit vollständig erblicken, so suche eine Familie. In der Familie werden die Gemüter organisch eins und eben darum ist sie ganz Poesie.

(Friedrich Schlegel, *Athenäums-Fragmente*)

Aus diesem gemütvoll beheizten Käfig bricht in *Frau Trude* ein Mädchen aus. Und wird verheizt. Das Schlegel'sche Idyll erscheint später einem andern, weniger romantisch Gestimmten, als Schreckensort:

Die ganze Familienideologie ist ein sehr regressives Konzept. Die großen Werke der Weltliteratur handeln nicht von Familienglück, sondern von Familienhorror.

(Jack Nicholson, Teufel, Joker, Psychopath)

IMPRESSUM

ISSN 1813-3312

MEDIENINHABER UND HERAUSGEBER

Kritischer Kreis

Verein für gesellschaftliche Transformationskunde

Margaretenstraße 71-73/1/23, 1050 Wien

E-Mail: redaktion@streifzuege.org

DRUCK

H. Schmitz Druckerei BUTTONS4YOU e.U.

3400 Klosterneuburg

Auflage: 800

COPYLEFT

Alle Artikel der Streifzüge unterliegen, sofern nicht anders gekennzeichnet, dem Copyleft-Prinzip: Sie dürfen frei verwendet, kopiert und weiterverbreitet werden unter Angabe von AutorIn, Titel und Quelle des Originals sowie Erhalt des Copylefts.

REDAKTION

Petra Ziegler, Maria Wölflingseder,

Martin Scheuringer, Franz Schandl,

Severin Heilmann, Lorenz Glatz

Covergestaltung und Layout: zetpe

TRANSFORMATIONS RAT

Christoph Adam (Santiago de Compostela),

Dieter Braeg (Salzburg), Dora de la Vega (Cordoba,

Argentinien), Hermann Engster (Göttingen), Lorenz

Glatz jr. (Wien), Marianne Gronemeyer (Friesenheim),

Peter Klein (Nürnberg), Paolo Lago (Verona), Neil

Larsen (Davis, USA), Massimo Maggini (Livorno),

Stefan Meretz (Bonn), Emmerich Nyikos (Mexiko-

City), Ulrich Weiß (Berlin)

KONTO

Kritischer Kreis

IBAN: AT87 6000 0000 9303 8948

BIC: BAWAATWW

OFFENLEGUNG

Der Medieninhaber ist zu 100 Prozent Eigentümer der Streifzüge und an keinen anderen Medienunternehmen beteiligt.

Grundlegende Richtung:

Kritik-Perspektive-Transformation

ABONNEMENTS/ABORICHTPREISE

3 Nummern-Abo (1½ Jahre) um 30 €

6-Nummern-Abo (3 Jahre) um 55 €

Sozialabo auf Anfrage.

Mitgliedschaft Trafoclub: 180 €/Jahr

Streifzüge-TRANSSPONSORING

Eins überweise etwa 10 € im Monat, 25 € im

Vierteljahr, 40 € im Jahr oder irgendeinen anderen Betrag, den eins sich leisten kann und will.

Infos, Bestellung, Anmeldung unter:

www.streifzuege.org/trans-trafo-abo

Probenummer gratis

Wir leben in finsternen Zeiten.

Für unsere Publikum heißt es, dafür zu sorgen, dass es uns ganz kontrafaktisch weiter gibt. Das ist nun keine Pflicht, sondern ein wechselseitiger Wunsch.

Wir bitten Euch also zum

Streifzüge TRANSponsoring

Dieses funktioniert ganz einfach:

Eins überweise etwa 25 € im Vierteljahr, 40 € im Jahr oder irgendeinen anderen Betrag, den eins sich leisten kann und will. Optimal sind Daueraufträge, damit wir auch entsprechend kalkulieren können.

Natürlich wissen wir, dass sich einige finanziell fast gar nichts leisten können. Aber die meisten können sich schon was abknöpfen, damit alle an unseren Inhalten und Angeboten partizipieren können.

Streifzüge TRAFO-Club

Wer regelmäßig was springen lassen will und kann, die/den bitten wir in den

TRA(ns)FO(rmatio)nsclub der *Streifzüge*.

Eine Mitgliedschaft kostet 180 Euro pro Jahr, zahlbar auf einmal, halb- oder vierteljährlich.

Der TRAFO-Club bietet:

- Gratisbezug der *Streifzüge*
- Aktuelles Buch als Einstiegs Geschenk
- Gratisbestellung von bis zu 10 Exemplaren der aktuellen Ausgabe
- Gratisnachbestellung aller alten Nummern (soweit vorhanden)
- Gratiszustellung ausgewählter Bücher
- Sonderpreise für diverse Publikationen
- Einladungen zum Transformationsheurigen

Infos, Bestellung, Anmeldung unter:

www.streifzuege.org/bestellen-spenden/trans-trafo-abo/

Bodenlos

Petra Ziegler

Der Blick aus meinem Fenster ins Grüne ist nur noch Erinnerung, der sichtbare Horizont wird mehr und mehr eingeschränkt. Die spärlichen Freiflächen zwischen den neuen Wohnbauten gegenüber sind ein schlechter Witz, verglichen etwa mit den großzügig bemessenen Innenhöfen der vor rund einhundert Jahren entstandenen Gemeindebauten. In Wien wird gebaut. Wie wild, und das seit Jahren. Kaum eine Ecke in der Stadt, die sich nicht eingerüstet präsentiert, kaum ein Straßenzug, der nicht aufgerissen oder von Baugeräten gesäumt ist.

2021 gab es hierzulande laut Statistik Austria die höchste Wohnbautätigkeit seit Beginn der 1980er-Jahre. Mit über 24.000 neuen Gebäuden wurden Flächen im Ausmaß von 834 Fußballfeldern überbaut. Etwa je ein Viertel davon wurde in Ober- und Niederösterreich verbraucht. Rund 45 Prozent aller insgesamt neu ausgewiesenen Gebäudegrundflächen gehen auf das Konto von Ein- und Zweifamilienhäusern. Was die Zersiedelung mit allen bekannten unschönen Folgen vorantreibt.

Egal – die Bevölkerung wächst, da braucht es neue Wohnfläche, das leuchtet ein. Wobei, so ganz will es wieder nicht einleuchten, stehen doch allein in Wien über 100.000 Wohnungen leer, in ganz Österreich sind es über 650.000 Leerstände, bei einem Gesamtbestand von knapp fünf Millionen.

Und nur nebenbei: Rund ein Drittel aller Neuerichtungen entfällt auf Nicht-Wohnbauten, davon etwa ein Zehntel auf Industrie- und Lagergebäude. Dazu kommen: Einkaufszentren und diverse Großmärkte. Dabei herrscht daran nun wirklich kein Mangel. Laut WWF stehen in Österreich „pro Kopf 1,5 Quadratmeter Einkaufsfläche zur Verfügung. Ein Spitzenwert, Österreich liegt damit europaweit auf Platz 3 hinter Belgien und den Niederlanden.“ Auch OBI & Co. beanspruchen Platz: „Die Anzahl der Fachmarktzentren hat sich seit 2000 mehr als verdoppelt.“ Nicht zu vergessen:

unser extrem dichtes Straßennetz. Im Flächenfraß sind wir Europameister. „Seit dem Jahr 2000 ist der Bodenverbrauch drei Mal so schnell gewachsen wie die Bevölkerung“, resümiert der WWF für unser Land. Die mit der exzessiven Verbauung einhergehende Versiegelung hat Auswirkungen auf Lebensqualität (Stichwort „Hitzesommer“), Ernährungssicherheit, Artenvielfalt, Versickerung.

Bei all dem jammert die Baubranche. Auf die jahrelangen Höhenflüge folgte 2022 tatsächlich ein Rückgang der Nachfrage. Die Baubranche stöhnt lauter. Die Regierung beeilt sich zuzusichern, dass man die „Delle in der Baukonjunktur zielsicher bekämpfen will“, es gehe mithin darum, „Arbeitsplätze in der Baubranche zu halten“, so Vizekanzler Werner Kogler. Wir danken. Immerhin wissen wir jetzt, worum es tatsächlich geht.

Betonieren, asphaltieren, zementieren. Immer mehr und immer schneller werden verwilderte Flecken, Wiesen, Wälder und Felder in Bau-, Betriebs- und Verkehrsflächen umgewandelt. Vielfältiger Lebensraum verwandelt sich in monotone Betonwüste. „Der Beton ist die vollkommene Materialisierung der Wertlogik“, konstatiert Anselm Jappe (Beton. Massenkonstruktionswaffe des Kapitalismus, Mandelbaum-Verlag 2023). „Er ist seine Hypostase, seine Leibhaftigkeit. Er verkörpert par excellence *die konkrete Seite der Warenabstraktion*. ‚The concrete‘, also der Beton ist die sichtbare Seite der Abstraktion. (...) Er hat *keine eigene Form*, aber er kann alle annehmen. Er existiert in keinem Naturzustand, aber er ist allgegenwärtig. Das Gleiche gilt für den Wert: Er kann die Form wechseln, Geld sein, Ware werden, wieder Geld sein (...). Der kapitalistische Wert hat alle lokalen Besonderheiten und alle Traditionen abgeschafft und sich als das einzige Gesetz bis in die entferntesten Winkel des Planeten durchgesetzt (...). Genauso hat der Beton sein eintöniges Regime über die ganze Welt erstreckt und durch seine Gegenwart alle Orte einander angeglichen.“